

Morwirts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 30 Pf. monatlich, 1.10 Pf. wöchentlich, 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Pf. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.60 Pf., für das übrige Ausland 4 Pf. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst 1896.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungs-Artikeln 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (ganzjährig 2 Pf. gedruckt Wort), jedes weitere Wort 10 Pf. (ganzjährig 1 Pf.). Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Interesse für die nächste Nummer wählen die 5 Uhr nachmittags in der Expedition abzugeben. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 2. Dezember 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Anarchie in Zabern.

Wenn die „Kreuzzeitung“ von einer Anarchie in Zabern spricht, so irrt sie damit, wenn auch nicht in ihrem Sinne, den Nagel auf den Kopf. Denn was sich in diesen letzten Tagen in dem kleinen elsässischen Städtchen abgespielt hat, ist nichts anderes als Anarchie, nichts anderes als der offene Kriegszustand. Nicht nur von dem Militär der Bevölkerung gegenüber ausgeübt, sondern auch der Kriegszustand, proklamiert und betätigt von der Militär Gewalt gegenüber den Zivilbehörden. Nach den neuesten Nachrichten besteht nicht mehr der leiseste Zweifel, daß die Offiziere von Zabern nicht nur ohne jede Rücksicht und jeden vorherigen Verständigungsversuch mit den Zivilbehörden eigenmächtig und verfassungswidrig ihr vermeintliches Recht durchzusetzen versucht haben, sondern daß sie im Gegensatz zu den Wünschen der Zivilbehörden vorgegangen sind.

Eine offiziöse Nachricht versucht so darzustellen, als ob die unglaublichen militärischen Maßnahmen gegen ein oder zwei Dutzend Jugendlichen, die „Volksaufläufe“ inszeniert haben sollen, nur deshalb erfolgt wären, weil die Polizei versagt habe, weil gar keine Polizei da gewesen wäre, um ihrerseits Jagd auf ein paar junge Burschen zu machen, die die Herren Offiziere „beleidigt“ haben sollen. Schon diese Darstellung stellt die härteste Zumutung an das Urteil der Öffentlichkeit. Denn so wenig wie irgendeine Zivilperson ist ein Offizier berechtigt, zur Selbsthilfe zu greifen. Und zu welcher Art Selbsthilfe! Man nehme nur an, daß eine durch ein Spottwort sich gekränkt fühlende Zivilperson sofort einen Dolch aus dem Gewande zöge und mit geschwungener Waffe hinter dem Beleidiger her käme. Man nehme an, daß dieser beleidigte Zivilist etwa Mitglied einer Schützengilde wäre und nun schleunigst das gesamte Schützengildeführer, das mit scharf geladenen Gewehren auf den Straßen den Kriegszustand gegen die gesamte Bevölkerung proklamierte, das alle Bürger, darunter Staatsanwälte und Richter, fortzuschleppte und in irgendeinen schmutzigen Keller einsperrte. Natürlich würde in einem solchen Falle sofort die Feuerwache anrücken und die wildgewordenen Schützenbrüder durch Kaltwasserbesprengung zur Besinnung zu bringen suchen. In Zabern freilich holten die Offiziere eine halbe Kompagnie Soldaten heran, die das Bajonett aufpflanzten und scharf laden mußten. Wäre ihnen die Feuerwache entgegengetreten, so würden sie zweifellos mit blauen Bohlen dazwischen gepfeffert haben!

Aber das Säbelregiment des Militarismus herrschte ja nicht nur am Freitag in Zabern, sondern es übte das Schreckenregiment auch noch am Sonnabend und Sonntag aus, trotzdem ganz Deutschland, ja die ganze zivilisierte Welt über die am Freitag verübten Heldentaten die Hände über den Kopf zusammenschlug. Trotzdem nicht nur die ganze bürgerliche Presse, mit Ausnahme eifriger Scharfmacherblätter, ihr höchstes Erstaunen und ihre schärfste Mißbilligung über das Säbelregiment in Zabern ausgesprochen hatte, sondern trotzdem auch die Zivilbehörden von Zabern und Elsaß-Lothringen bereits Protest eingelegt hatten gegen die ungeheuerliche Säbeldiktatur, blieb es in Zabern bei dem Kriegszustand!

Man hüte sich wohl, etwa den Belagerungszustand zu verhängen. Man war sich offenbar bewußt, daß das nach den bestehenden Verfassungsbestimmungen eine Unmöglichkeit war, aber man beharrte bei dem Säbelregiment, das man einfach mit dem Rechte des Stärkeren dem Volke und den Behörden gegenüber etabliert hatte. Auch am Sonnabend und Sonntag durchzogen Militärpatrouillen mit aufgeflossenen Bajonetten die Straßen der Stadt. Vergebens waren von Zivilbehörden Gendarmen in größerer Zahl requiriert worden, um der Militärbehörde jede Ausrede zu nehmen, daß die Zivilmacht trotz ihres eventuell besten Willens außerstande sei, die Militärpersonen gegen Beleidigungen zu schützen. Vergebens ersuchten die Zivilbehörden die Militärbehörde, die Polizeigewalt doch verfassungsgemäß den Zivilbehörden zu überlassen. Man kümmerte sich einfach nicht um das Gesetz, man fühlte sich als den Träger des vornehmsten Rodes, als die Macht, die nun einmal ihre Macht ausüben kann, weil sie ja der stärkere Teil ist. Faustrecht nannte man das früher. Und wer sich einbildete, daß der Zustand des Faustrechtes dem finsternen Mittelalter angehört habe, den hat die mehrtägige Verhängung des Kriegszustandes über Zabern unter Nichtachtung aller verfassungsmäßigen Bestimmungen nur wohl eines besseren belehrt.

Eine Anarchie für wahr! Eine Anarchie, für die die Regierung, die höchsten Reichsbehörden von der Mißguld nicht freigesprochen werden können, denn am Sonnabend und Sonntag handelte es sich nicht mehr um eine Ueberrumpfung der ohnmächtigen Reichsbehörden. Herr v. Bethmann Hollweg, des Reiches Kanzler, und Herr v. Falkenhayn, der preussische Kriegsminister, hatten Zeit genug, die nötigen Maßnahmen zu treffen, resp. zu veranlassen. Oder die Anarchie müßte nicht nur in Zabern geherrscht haben! Der Kriegszustand des Militarismus gegen die ordentlichen Staatsbehörden müßte sich auf das ganze Reich erstrecken haben. Ausreden kann es es hier nicht geben. Es kann sich nur um die Auflehnung des

Militarismus gegen die gesetzlichen Gewalt handeln, wie sie bisher nur in wilden Ländern, in Mittel- und Südamerika etwa, üblich waren, wo es ja manchmal ein General fertig bringt, dem Präsidenten den Fehdehandschuh hinzuwerfen und das Banner der Rebellion aufzupflanzen. Einen Staatsstreich nennt man das in jenen „wilden“ Ländern. Wir sind neugierig, wie die Regierung die Zaberner Vorgänge am Mittwoch im Reichstage charakterisieren wird!

Der Reichskanzler über Zabern.

Herr v. Bethmann Hollweg gab am Montag im Reichstage, in Beantwortung der Interpellation der Elsaßer, über die Vorgänge in Zabern, folgende Erklärung ab:

Ich bin bereit, die Interpellation zu beantworten. Sie betrifft denselben Gegenstand wie die Interpellation der Fortschrittlichen Volkspartei, von der bisher zu erwarten war, daß sie nach Beendigung der ersten Etatslesung behandelt werden würde. Inzwischen haben sich in Zabern Vorgänge ereignet von so bedauerlicher Art, daß ich selbst den größten Wert darauf lege, baldmöglichst dem Reichstage und dem Lande darüber Auskunft zu geben und jeden Zweifel zu beseitigen, daß die Autorität der Gesetze ebenso geschützt wird wie die öffentliche Ordnung und die Autorität der öffentlichen Gewalt. Ich werde deshalb, sobald mir das Ergebnis der sofort eingeleiteten Untersuchung vorliegt, Ihren Herrn Präsidenten bitten, die eventuell bereits begonnene Etatslesung zu unterbrechen und die Interpellation sofort auf die Tagesordnung zu setzen. Ich hoffe, daß das Mittwoch möglich sein wird.

Wenn Worte überhaupt einen Sinn haben können, so kann wohl des Reichskanzlers Erklärung, daß die Autorität der Gesetze geschützt werden solle, nur den Sinn haben, daß die Zaberner Militärdiktatur ein ernstliches Nachspiel haben und künftigen Versuchen ähnlicher Art unter allen Umständen ein dicker Nagel vorgeschoben werden soll. Doch wollen wir Herrn v. Bethmann Hollweg einstweilen den Kommentar seiner Erklärung am Mittwoch selbst geben lassen.

Eine militäroffizielle Ausrede?

Eine zu halbamtliche Mitteilung benutzte Korrespondenz meldet:

Seitens des Generalkommandos in Straßburg sind am Sonnabend und Sonntag eingehende Untersuchungen über die neuesten Zwischenfälle angestellt worden. Oberst v. Reutter hatte bereits aus freien Stücken am Sonnabend einen ausführlichen Bericht nach Straßburg geschickt, der seitens des Generalkommandos telegraphisch dem Kriegsminister mitgeteilt worden war. Daraufhin hat sich der Kriegsminister sofort zum Kaiser nach Donaueshingen begeben. Die wir hören, soll Oberst v. Reutter auf dem Standpunkt stehen, daß die jüngsten Ereignisse sorgfältig vorbereitet worden sind und daß sie von einer bestimmten Stelle inszeniert werden, um die mißliebigen Offiziere aus Zabern zu entfernen. Es sieht fest, daß die Offiziere sich am Freitag keineswegs provokatorisch benommen haben und ohne Grund beschimpft worden sind. In ihrem Schutze mußte die Wache aufgestellt werden, weil Polizeibeamte nicht zur Stelle waren. Ein Anrufen der Zivilbehörden konnte angesichts der drohenden Haltung der Menge nicht erfolgen, zumal die Militärbehörde der Meinung ist, daß die Mittel der Zivilbehörde zur Unterdrückung größerer Ereignisse nicht ausreichend seien. Die Militärbehörde hat es als ihre Pflicht erachtet, Beleidigungen von Offizieren und Mannschaften mit eigenen Mitteln zu verhindern. Die Militärbehörde kann nicht dulden, daß Offiziere beschimpft werden, nachträgliche Beschwerden bei der Zivilbehörde würden zur Feststellung der Täter nicht führen. Von der Verhängung des Belagerungszustandes durch den Obersten des 99. Regiments kann nicht die Rede sein. Ob der Oberst richtig gehandelt hat, werden die näheren Untersuchungen ergeben. Der ausführliche Bericht des Generals von Deimling wird am Montag in Berlin erwartet.

Diese Ausreden verschlimmern für die Verantwortlichen der Ereignisse in Zabern noch den Tatbestand. Die Verhängung des Kriegszustandes ohne vorherige — in diesem Falle freilich völlig ungelegliche! — Proklamierung des Belagerungszustandes stellt eine doppelte Verfassungswidrigkeit dar. Ganz unglaublich aber ist das märchenhafte Gerede von der „drohenden Haltung“ der „Menge“ und der angeblichen Dohnmacht der Polizei. Der ganze militäroffizielle Beschönigungsversuch läuft auf nichts anderes hinaus, als auf die Proklamierung des Rechts des militärischen Absolutismus, der Militärdiktatur unter allen Umständen!

Neue militärische Uebergriffe.

Zabern, 1. Dezember. Der gestrige Tag verlief im großen und ganzen ruhig. Eine große Menge Fremder be-

wegte sich ständig durch die Straßen, und nur die ständige Aufforderung, nicht stehen zu bleiben, erinnert an die ungewohnte Situation. Von 4 Uhr ab durchzogen wieder starke Militärpatrouillen mit umgehängtem Gewehr die Straßen. Ein Mann an Ottersweiler, der lediglich fragte, ob ein vorübergehender Offizier der Leutnant von Forstner sei, wurde von einer Patrouille verhaftet und auf die Wache geführt. Ein Gendarmeriewachmeister, der den Verhafteten als Vertreter der Zivilpolizei für sich beanspruchte, wurde abgewiesen. Dies und der Umstand, daß auch heute (Montag) wieder Militärpatrouillen durch die Straßen zogen, ist angesichts der Depeschen des Kriegsministers und des Reichskanzlers an den Bürgermeister Knöpfler ganz unverständlich. Da Oberst von Reutter heute früh in Straßburg weilte, ist anzunehmen, daß auch in diesem Falle

wieder im Einverständnis mit dem Straßburger Militärkommando

vorgegangen wurde. Oberst von Reutter steht auf dem Standpunkt, daß die Ortspolizeibehörde nicht in genügender Weise für den Schutz der Offiziere gesorgt habe, eine Auffassung, die von den Zivilbehörden auf Grund der amtlichen Untersuchung als gänzlich unhaltbar bezeichnet werden darf. Da Oberst von Reutter offen erklärt hat, daß er lediglich auf Grund seiner Instruktionen handele, scheint der Fall immer mehr auf einen Konflikt zwischen dem General von Deimling und der Straßburger Zivilverwaltung hinauszulaufen.

Die Abführung der Gerichtspersonen

wird nach dem „A. Z.“ von dem Landgerichtsrat Kalisch folgendermaßen geschildert:

Wir kamen, fünf Juristen, aus der Sitzung, als Soldaten den Weg sperrten. Im Dunkel sah ich, wie Leutnant v. Forstner, der nicht in Dienstuniform war, sich auf einen Jungen stürzte und ihn abführen ließ. Als Jurist bin ich der Meinung, daß ein militärisches Einschreiten nur beim Belagerungszustand möglich ist, oder wenn die Zivilverwaltung militärische Hilfe requiriert. Ich machte darum einem Offizier auf das ungelegliche Verhalten aufmerksam. Plötzlich tauchte Leutnant Schadt mit einer Patrouille auf und ließ mich verhaften. Staatsanwalt Dr. Kleinböhm intervenierte, darauf wurde auch er für verhaftet erklärt. Als er seinen Namen nannte, ließ Leutnant Schadt von ihm ab mit dem Bemerkten: „Hätten Sie sich doch gleich vorgestellt!“ Ironisch fragte der Staatsanwalt: „hängt es denn davon ab, was man ist, wenn man verhaftet wird?“ Keine Kollegen folgten mir ins Schloß. Ein Teil von ihnen begab sich zum Landgerichtspräsidenten. Noch ehe dieser einztraf, wurde ich nach einer Unterredung mit Oberst Reutter auf freien Fuß gesetzt. Was am Zaberner Fall über seine lokale Bedeutung hinausgeht, ist die Ungefestigkeit des Vorgehens der Militärverwaltung. Der Kriegsminister beruft sich in seinem Telegramm an den Zaberner Bürgermeister auf das Generalkommando, das ihm ja nicht untersteht. Die Schuld an der Militärherrschaft liegt also bei Herrn v. Deimling.

Soweit Herr Dr. Kalisch. Seine Darstellung findet allgemeine Bestätigung. Die Bürger erklären, daß nach wie eine so tiefe Mißstimung geherrscht hat. Zabern war bisher gut deutsch und frei von Rationalismus. Bei der letzten Reichstagswahl traten in Zabern nur altdeutsche Parteien auf. In der Stichwahl siegte der fortschrittliche Hospitant Roejer über den bisherigen Reichsparteiler Hoefel.

Ein Massenprotest gegen die Vorgänge in Zabern

Am Sonntagvormittag auf Veranlassung unserer Partei in Mühlhausen i. E. statt. 7000 bis 8000 Personen aller Gesellschaftsklassen hatten sich in der gewaltigen neuen Markthalle versammelt, als von der einen Rednertribüne aus der Reichstagsabgeordnete L. Emmel, von der anderen das Reichstagsmitglied H. Widj mit ihrer Kritik des militärischen Systems einsetzten, das in Elsaß-Lothringen durch den Korpskommandeur v. Deimling in Straßburg und dem Oberst v. Reutter mit dem Leutnant v. Forstner in Zabern so kläglich verübt ist. Die Prozeduren der einheimischen Zivilbevölkerung und des französischen Nachbarvolkes in Zabern passen ganz in den Rahmen dieses Armeekorps, dessen Chef, der ehemalige Generallieutenant v. Deimling, hier im Grenzlande eine Diktatur nach der anderen gegen Frankreich halten darf, ohne daß ihm ob dieses für den Frieden so gefährlichen Treibens auch nur das geringste passiert. In der eingehendsten Resolution, die einstimmig angenommen wurde, erheben die Tausende „vor der zivilisierten Welt Protest dagegen, daß ein Offizier der deutschen Armee bei der Instruktion der Rekruten auf die Niederhaltung von Elsaß-Lothringern, die er „Wodes“ nennt, eine Geldprämie sehen kann, ohne daß er auch nur von der Stätte dieser feudalen Heldentat verjagt wird“. Die Versammelten erklärten sich jedamals solidarisch mit der in offener Verhöhnung von Recht und Gesetz vom Militär tyrannisierten Zivilbevölkerung von Zabern und sprachen am Schluß der Resolution aus, daß sie entschlossen sind, sich gegen die militärische Diktatur in Elsaß-Lothringen, wenn ihr nicht alsbald ein Ziel gesetzt wird, mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen, erforderlichen-

falls auch unter allgemeiner Anwendung der Arbeitseinstellung". Für die Fortschrittspartei in Mülhausen schlossen sich deren Vorsitzende, Kaufmann Charles Krebs und der Landtagsabgeordnete Eduard Drumm, jedem Worte der sozialdemokratischen Redner wie der Resolution ausdrücklich an. So stellte die Versammlung eine maßvolle Kundgebung der Arbeiterklasse wie des fortschrittlichen Bürgertums für die Demokratisierung der deutschen Armee und für die Freiheit Elsaß-Lothringens dar.

Der Kreisdirektor gegen die Säbeldiktatur.

Einem bürgerlichen Korrespondenten erklärte der Kreisdirektor:

„Noch niemals haben sich bei uns Vorfälle, wie die gegenwärtigen ereignet. Zabern ist der reichsdeutsche Kreis von Elsaß-Lothringen. Der frühere Oberst Barth, der vor einem Jahre pensioniert wurde und in Zabern lebt, genießt die herzogliche Zuneigung der Bevölkerung, jedermann grüßt ihn ehrerbietig. Zwischen Oberst Reutter und mir, oder der Regierung und der Militärverwaltung bestehen durchaus keine Zwistigkeiten; allerdings gehen unsere Meinungen auseinander. Ich bin der Ansicht, daß die Zivilverwaltung allein genügt, die Ordnung in Zabern aufrechtzuerhalten, und hinter mir steht die ganze Bürgerschaft. Oberst v. Reutter sagt aber, er sei von der Militärverwaltung im Stich gelassen worden. Jetzt haben wir Gendarmerie und Polizei verstärkt, und ich meine, das genügt. Die Patronillen, die tagsüber die Straßen durchwandern, reizen nur auf. Sie sind durchaus überflüssig.“ Ich fragte den Kreisdirektor, wann man für die Ruhe werde garantieren können? Er antwortete zunächst: „Das kann ich nicht sagen.“ fügte dann aber hinzu: „Früher herrschte immer das beste Einvernehmen zwischen Militär und Zivil, und es war nicht notwendig, Patronillen zu schicken.“ Er bemerkte noch: „Ich kann nicht genug betonen, daß wir das Militär nicht im Stich gelassen haben. Die gegenteilige Behauptung ist nicht begründet.“

Personalveränderungen in Elsaß-Lothringen?

Sonderbarerweise über Süddeutschland kommt die Meldung, in den höheren Stellen der Zivilverwaltung wie auch in dem Militärkommando Elsaß-Lothringens werde sich ein großer Personalwechsel vollziehen. Die „Süddeutsche Zeitung“ in Stuttgart berichtet: „Das Infanterieregiment Nr. 99 soll von Zabern vertrieben werden. Oberst Reutter werde den Abschied erhalten, Leutnant v. Forstner werde schon in den nächsten Tagen in eine altdeutsche Garnison versetzt. Als Nachfolger des Statthalters Grafen Wedell sei der kommandierende General des 14. Armeekorps Freiherr v. Huene in Aussicht genommen, und der Staatssekretär Jörn v. Bulach werde durch einen jüngeren süddeutschen Minister ersetzt. Dem kommandierenden General v. Deimling werde die Führung eines anderen, außerhalb des Reichslandes liegenden Armeekorps übertragen.“ Eine Bestätigung der Meldung liegt noch nicht vor.

Graf v. Wedel über die Säbeldiktatur.

Die „Nationalzeitung“ läßt sich von ihrem Straßburger Korrespondenten über eine Unterredung mit dem Grafen Wedel, dem Statthalter von Elsaß-Lothringen, berichten, deren Wiedergabe durch den Korrespondenten von dem Grafen Wedel gelesen und Wort für Wort ausgegeben worden sei.

Die Nachricht von einem bevorstehenden Rücktritt des Grafen v. Wedel werde von diesem nicht etwa desabonniert, sondern nur in ausgesprochenster Form beantwortet. Er könnte sich darüber nicht in bestimmter Form äußern, weil seine endgültige Stellungnahme von dem Abschluß der Affäre abhängig sei. Zum mindesten rechne der Statthalter von Elsaß-Lothringen also mit der Möglichkeit eines Rücktritts!

Auf die Frage, ob die Schadenersatzansprüche der durch die Säbeldiktatur geschädigten Bürger von Zabern eine rechtliche Grundlage und Aussicht auf Erfolg hätten, erklärte Graf v. Wedel, daß das Militär eingeschritten sei, obwohl kein Belagerungszustand über die Stadt verhängt worden sei. Der Belagerungszustand habe auch nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Kaisers verhängt werden dürfen.

Auf die Frage, ob die Vorgänge in Zabern einen Einzelfall darstellten, antwortete Graf v. Wedel, daß es sich in Zabern um eine Sondererscheinung gehandelt habe. Dieses sei um so befallenderwert und unerklärlicher, als Zabern eine urdeutsche Stadt sei.

Die Frage, ob nach Ansicht des Statthalters die Vorfälle in Zabern bei geschicktem Vorgehen des Militärs sich hätten vermeiden lassen, beantwortete Graf v. Wedel mit den Worten: „Auf diese Frage kann ich keine Antwort geben, ihre Beantwortung liegt außerhalb meiner Kompetenz.“ Des Weiteren erklärte der Statthalter, daß verschiedene persönliche Aussprachen zwischen ihm und dem General v. Deimling stattgefunden hätten, und daß dabei gelegentlich wohl Meinungsverschiedenheiten zutage getreten seien, daß aber von einem Konflikt keine Rede sein könne.

Daß in der Tat über die Affäre in Zabern die tiefgründigsten Meinungsverschiedenheiten zwischen Herrn v. Deimling und Herrn v. Wedel bestanden, beweisen doch wohl die Antworten des Statthalters von Elsaß-Lothringen in der schlagendsten Weise!

Eine Schilderung vom Kriegsschauplatz.

Die nationalliberale „Nationalzeitung“ läßt sich von ihrem nach Zabern entsandten Spezialkorrespondenten eine Schilderung der Situation vom Sonntag geben, in der es heißt:

„Die Leute beginnen sich freier zu bewegen, nur der Platz vor dem Schlosse, in dem sich die Kaserne befindet — etwa in der Mitte der Stadt — dieser Platz ist leer. Die Menge verhält in schauerlicher Distanz und lugt hinter zu den beiden Soldaten, die als Schildwachen vor dem Tore stehen. Ein paar halbwüchsige Jungen sind mutiger und beginnen auf dem freien Raum zu spielen, sie schreien noch Jungensart und haben sich, ihr Treiben ist wahrhaftig äußerst harmlos. Doch sogleich stellt sich einer der zwölf Gendarmen ein, die zur Verstärkung der nur vier Mann betragenden einheimischen Polizei aus Straßburg entsandt wurden, und kaum nähert sich der Geleiteswächter, so stiebt die Jugend schon nach allen Richtungen davon.“

Da, etwa gegen 4 Uhr nachmittags, durchzieht die Kunde die Stadt, daß wiederum eine ungelegliche Verhaftung vorgenommen worden sei. Jrgend ein

Mann wurde ohne Angabe von Gründen vom Fleck weg in die Kaserne abgeführt. Da sieht man auch schon neue Patrouillen die Straßen durchziehen, mit aufgepflanztem Bajonett, als ob die Stadt in Feindeshänden

wäre, schreiten die Soldatenabteilungen, je vier Mann, dahin, und alles weicht zur Seite. Auch die Offiziere, die während des Tages unsichtbar waren, tauchen auf, und am meisten ist man darüber empört, daß gerade die Leutnants v. Forstner und Schad, die Soldaten vom Freitag, sich in fast demonstrativer Weise der Öffentlichkeit zeigen. Die Bürgerschaft von Zabern ist überhaupt — ob mit Recht oder Unrecht, läßt sich nicht feststellen — der Ansicht, daß sich das Militär nicht nur terroristisch gebende, sondern eine ausgesprochen provokatorische Haltung einnehme.“

Dritter

christlich-nationaler Arbeiterkongreß.

Die Montagstagung des Kongresses wurde eingeleitet durch ein Referat des Redakteurs Joos-München-Gladbach über „Nationalentwicklung und soziale Bewegung in Deutschland“. Nach der Anschauung des Referenten haben wir es in Deutschland sowohl in politischer Hinsicht wie in sozialer Hinsicht herbeigeführt. Ein großer Teil der sozialen Arbeit sei Wilhelm II. zu danken. „Wären wir keine Monarchisten aus Treue und Glauben, wir würden es aus Eigennutz und Vernunft.“ Nebenbei fand der Referent in seinem Humus auf den prächtigen Gegenwartsstand schließlich auch einige Worte für das etwas weniger rosig Arbeiterdasein, das durch Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität noch immer ein unsicheres sei.

Reichlich Wasser in den Wein der Joos'schen Begeisterung schüttete Herr Giesberts, der das nächste Referat über die „Deutsche Sozialpolitik“ und ihre Gegner“ übernommen hätte. Nach der vorchristlichen Verbeugung vor dem sozialen Kaiserthum, sprach er die Vermutung aus, daß das Jahr des kaiserlichen Regierungsjubiläums zu einem Vorstoß aller sozialpolitischen Reaktionen benützt werde. Wir leben leider in einer Zeit sozialpolitischer Nüchternheit und sozialen Mißtrauens, und selten haben sich die antisozialen Bestrebungen so schroff hervorgewagt, wie jetzt. In scharfen Worten wandte sich der Redner gegen das Verzetzen auf Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter. „Politische Parteien, die sich auf den Boden der Beschränkung nach Arbeitswilligen stellen, treten in scharfen Gegensatz und in die schärfste Kampflinie zu den christlich-nationalen Arbeitern. Das berühmte Wort vom Schutz der Arbeitswilligen birgt eine ganze Welt von sozialpolitischer Reaktion in sich.“ Die stürmische Zustimmung, die der Redner beim letzten Satz fand, läßt klar erkennen, wie gering die politische Einsicht der Beifallstrebigen ist. Eben doch zur selben Zeit, wo der München-Gladbacher Giesberts voller Empörung gegen die Regierung- und Unternehmercharismatikerien auftritt, die politischen Vertreter der Reaktionen als Ehrengäste des Kongresses mitten unter ihnen.

Ein echtes Jesuitenstückchen leistete sich Herr Giesberts am Schluß seiner Ausführungen. Er sagte da: „Wir können ruhig abwarten, welche Heldentat die 111 Sozialdemokraten im Reichstag vollführen werden. Anstatt auf die bürgerlichen Parteien zu schimpfen, denen die Sozialpolitik doch in erster Reihe zu danken ist, mögen die Herren doch einmal ihre Kraft anwenden, um die Reichsregierung auf die Knie zu zwingen.“ Das hat Herr Giesberts natürlich nicht gesagt, doch wenn die Sozialdemokraten irgendwelche sozialpolitischen Forderungen erheben, sie zumeist die Gegnerschaft des Zentrums finden.

Die von Giesberts befürwortete Resolution fordert: 1. die weitestgehende Aufklärung des deutschen Volkes über die Notwendigkeit, den Charakter und die Wirkungen der sozialen Gesetzgebung und des Arbeiterschutzes; 2. daß sich die Regierung und die Parlamente von ihren Entschliessungen durch die sozialmachenden Bestrebungen in bezug auf den weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung in keiner Weise beeinflussen lassen; 3. daß die neuauftretenden Bestrebungen zur Einschränkung der Koalitionsrechte der Arbeiter bei Regierung und den Parlamenten entschiedene Zurückweisung finden, da jede Beeinträchtigung der Rechte der Arbeiter, namentlich des Koalitions- und Vereinigungsrechts, und die Abdröckelung der sozialen Gesetzgebung den heftigsten Widerstand aller Arbeiter ohne Unterschied der Partei hervorzurufen muß und nur geeignet sind, die Klasse gegenüber zu verschärfen. Der Kongreß empfiehlt als wirksamstes Mittel zur Abwehr gegen die antisozialen Strömungen die Stärkung der auf christlichem und nationalem Boden stehenden Organisationen der Arbeiter und Angestellten.

An das Giesbertsche Referat schloß sich eine sehr lange, zum Teil recht stürmische Debatte. Einen großen Widerspruch fand die Rede des Delegierten Oskar Richter. Die ungeschickte Verzerrung der Forderungen der katholischen Arbeitervereine Berliner Richtung durch den Diskussionsredner wurde oftmals hitzig unterbrochen. Schließlich schloß Redner, von fortwährenden Schlußrufen unterbrochen, indem er sich gegen die Sirellfreiheit wandte.

So h man n-Berlin führte aus, man solle nicht zu sehr gegen das in Leipzig gebildete Kartell der schaffenden Stände vorgehen, man müsse zunächst den praktischen Erfolg abwarten. (Stürmischer Widerspruch.) Abg. Schiffer konnte dem Redner in keiner Weise beipflichten. Der sozialmachende Zentrumsverband deutscher Industrieller sei doch zur Genüge bekannt. Die Führer des Bundes der Landwirte sind sämtlich für Beschränkung, wünschlich für Abschaffung der Koalitionsfreiheit. Es sei deshalb dringend notwendig, gegen diese Art Kartell entschieden Front zu machen. Es sprachen alsdann noch Fräulein Behm-Berlin für den Schutz der Heimarbeitenden, Friedeberg-Reuntdorfen für den Schutz der Bergarbeiter, Sindikus der Weinwirtschaftlichen Max Boh-Leipzig für die Gastwirtsgehlfen.

Es wurde alsdann mitgeteilt, daß Richter nicht im Namen sämtlicher katholischer Arbeitervereine, sondern nur im Namen des Verbandes der Berliner katholischen Arbeitervereine gesprochen habe. Die Anträge Richters, der Resolution Giesberts hinzuzufügen: „auf dem Boden der christlichen Kirche usw.“ wurde mit allen gegen etwa 10 Stimmen abgelehnt, dagegen die Resolution Giesberts gegen diese Minderheit angenommen. Außerdem wurden noch eine Reihe Resolutionen angenommen, die sich auf die Einführung der Sonntagruhe, auf den Schutz der Heimarbeitenden, der Bergarbeiter, der Arbeiter in der Nahrungsmittelbranche usw. erstreckten. Sodann wurde die Verhandlung auf Dienstag, vormittags 9 Uhr, vertagt.

Balkanpolitik ohne Freunde.

Aus Wien wird uns vom 30. November geschrieben:

Während die Delegierten ihre besänftigende Kritik an der Buchtoldischen Politik anheben, ist jene Pariser Enthüllung gekommen, aus der man über die Sachlage auf dem Balkan weit mehr erfahren hat, als aus dem wortreichen Exposé des Mannes, der Oesterreich-Ungarns auswärtige Politik lenkt. Daß Bulgarien und Serbien im vorigen Jahre, als die slavische Blutsbrüderchaft noch in ihrer Blütenblüte stand, eine militärische Vereinbarung getroffen hatten, mußte man. Was man aber nicht wußte und was die Schwarzgelben nun in eine so merkwürdige Situation bringt, ist das, daß sich der Balkanvertrag sehr wesentlich auch mit Oesterreich-Ungarn beschäftigt hat. Bulgarien verpflichtete sich nämlich, Serbien mit zweimalhunderttausend Mann zu Hilfe zu kommen, wenn Serbien gegen Oesterreich Krieg führen will. Daran läuft das Uebereinkommen hinaus, wengleich es äußerlich nur den Sandtschal ins Auge faßt. Wenn nämlich Oesterreich den Sandtschal besetzt, selbst mit der Zustimmung der Türkei, der er damals noch gehörte, so sei das für Serbien ein Kriegsfall, und Bulgarien müsse ihm zu Hilfe kommen. Aber auch dann, wenn Serbien es für nötig findet, in den Sandtschal einzumarschieren und dadurch mit Oesterreich in Konflikt gerät, auch dann tritt der Fall der bulgarischen Hilfe ein. Woraus sich ergibt, daß die Waffenhilfe Bulgariens eigentlich in die Willkür Serbiens gelegt wird, und da Serbien den Krieg ohne Russlands Willen natürlich nicht beginnt, geradezu in Russlands Willkür. Jener Vertrag belagt demnach, daß Bulgarien in dem Falle, daß es der Zar für wünschenswert findet, gegen Oesterreich-Ungarn zweihunderttausend Mann marschieren lassen wird.

Das ist nun für die exaltierten Schwarzgelben, die vor einem Jahre, als der Krieg ausgebrochen war, das Einmarschieren in den Sandtschal so hitzig begehrte haben, eine wahrhaft jämmerliche Beschämung. Die Narren sind befanntlich auch im Deutschen Reiche herumgelaufen, die ununterbrochen nach einer „föhnen Tat“ verlangten und nicht übel Lust hatten, den Sandtschal, jenes ärmliche Karstgebiet, das sich zwischen dem alten Serbien und dem alten Montenegro zog, als eine germanische Notwendigkeit zu erklären. Und die immer auch versicherten, daß niemand widerprechen werde, daß sich Serbien schon fügen und Russland sicher einschwenken würde; nur Mut und Entschlossenheit seien nötig. Zwar weiß man auch, daß Oesterreich ein vorgekrochenes und nationalfremdes Gebiet gegenwärtig nicht arm ist und froh sein könnte, wenn es mit den Schwierigkeiten fertig würde, die es heute quälen; und was es mit dem armseligen, wirtschaftlich verflochten und militärisch so schwer zu verteidigenden Sandtschal hätte beginnen sollen, ist schwer zu sagen. Aber die Schwarzgelben Imperialisten, noch größere Narren als überall, hatten sich in die Idee, Oesterreich müsse bei der Aufteilung der Türkei gleichfalls Beute machen, so verblissen, daß der Sandtschal ihre Lebenslüge wurde und ernsthafte Gefahr bestand, daß es darüber zu einem Einschreiten kommen könnte. Nun weiß man, was daraus geworden wäre: ein Krieg zwischen Oesterreich und Russland mit den entsetzlichen Möglichkeiten, die er einschließt! Es ist unbestreitbar, das Verdienst der Sozialdemokratie, daß sie dem Sandtschalsummel den Garaus gemacht und die Kriegsbetze damit gleichsam im ersten Aufblumen erstickt hat. Am 5. Oktober 1912, nach vor Beginn des Balkankrieges, eröffnete die Partei den Kampf gegen den Sandtschal mit einer Darlegung in der „Arbeiter-Zeitung“, die geschichtliche Bedeutung erlangte. „Der Sandtschal“ hieß sie! Es wurde auseinandergesetzt, daß der Sandtschal ein unwirtliches, kulturloses Land ist, dessen Besitz weder militärischen noch wirtschaftlichen Gewinn brächte; daß der Einmarsch österreichischer Truppen in den Sandtschal unvermeidlich zu einem furchtbaren Kriege führen müßte. Und die Betrachtung schloß mit den warnenden Worten: „Um des Sandtschals willen einen Krieg zu beginnen, die Söhne unserer Völker allen Schreden des Krieges auszuweichen, Tausende im Gefecht, Tausende an Typhus und Cholera zugrunde gehen zu lassen, unserer Volkswirtschaft den schwersten Schlag zu veretzen: das wäre ein Verbrechen, unfähig, unverantwortlich — ein Verbrechen, das an den Schuldigen furchtbar gerächt würde.“ Die falschen Patrioten hielten sich gegen die vernichtende Kritik wie immer: mit gellendem, denunziatorischem Geschrei über die „Vaterlandsverräter!“ Aber die Sozialdemokraten ließen sich nicht einschüchtern, und in der Delegation, im Abgeordnetenhause, auf dem Parteitag, in Volksversammlungen führten sie die Agitation kraftvoll fort. Nun liegt die furchtbarste Gefahr jener leichtfertigen Kriegsbetze freilich offen zutage; aber für die Völker wohl auch die Tat und das Verdienst der Sozialdemokratie, die in verantwortungsvoller Stunde allen Verleumdungen und Beschimpfungen die Stirne bot und ihre Pflicht so mutig und energisch erfüllt hat.

Aber die Schwarzgelben sind nun erst recht überliefert. Denn sie haben sich inzwischen jenen Bulgarenkönig, der den Vertrag zur Vernichtung Oesterreichs unterschrieben hatte, als den besten und treuesten Freund erforen und ihn mit der Aufgabe bekleidet, die antioesterreichlichen Serben in Schach zu halten. Und gerade, da er in Wien weilte, und während er von den Patrioten noch jählich umschmeichelt worden ist, erscheint er ihnen in der Pariser Enthüllung in seiner wahren Gestalt! Wohl möchten sie unterscheiden zwischen dem gut österreichisch gesinnten Koburger und der russophilen Regierung, die den Vertrag abschließt; aber das sind ohnmächtige Ausflüchte. Die Wahrheit ist, daß Oesterreich überhaupt keinen Freund auf dem Balkan hat und keinen findet, keine Vereinbarung immer trostloser und die Friedensgefahr, die sein Dasein bildet, immer bedrohlicher wird.

Die Militärverträge mit Russland.

Wien, 1. Dezember 1913. Die „Neue Freie Presse“ berichtet über eine Militärkonvention zwischen Russland, Serbien, Bulgarien und Montenegro. Diese Konvention soll bereits im Februar 1912 geschlossen worden sein. Es handle sich um mehrere Militärkonventionen, die als Ergänzung des zwischen Serbien und Bulgarien bestehenden Bündnisvertrages anzusehen waren. Diese Militärkonventionen hätten ein gemeinsames Vorgehen der vertragschließenden Teile zum Ziele gehabt und im Zusammenhang mit den durch den serbisch-bulgarischen Bündnisvertrag vorgesehenen Konfliktfällen gestanden. Sie sollen sich in erster Linie gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet haben. Russland habe die Verpflichtung übernommen, alle beim russischen Generalstab einlaufenden militärischen Informationen Serbien, Bulgarien und Montenegro zur Kenntnis zu bringen und die Kriegsausrüstung der Verbündeten durch Sendungen von Kriegsmaterial und durch Zumenbung von Geldmitteln zu unterstützen. Die Konventionen enthielten auch eine Bestimmung, durch welche den Kriegführenden

im Konfliktfall gegen die Türkei oder einen anderen Balkanstaat, womit Rumänien gemeint war, der Rüdenschuß gegen Oesterreich garantiert wurde.

Politische Ueberblick.

Ein Vorspiel zur Zaberner Reichstagsdebatte.

Im Reichstag benutzte Herr von Bethmann Hollweg am Montag die Gelegenheit der Frage des Präsidenten, wann er die Zaberner Interpellationen beantworten werde, um seinen Standpunkt zu der Leutnantsdikatur in der elsässischen Stadt schon vorweg zu nehmen. Natürlich konnte diese Stellungnahme, wenn der Reichstanzler nicht ausschließlich als Generalmajor v. Bethmann Hollweg weiter leben will, nur dahingehen, die unerhörten Vorfälle zu verurteilen. Das tat der Reichstanzler mit den Worten, daß die Autorität der Gesetze ebenso geschützt werden würde, als die der Ordnung und der öffentlichen Gewalt. Wozuviel ist das freilich nicht, denn leider hat man bisher ja wenig Erfahrungen nach der Richtung hin gemacht, daß der bürgerliche Staat energisch darauf halten würde, daß der Militarismus nur sein Werkzeug, aber nicht sein Herrscher ist. Das weitere wird man ja sehen! Am Mittwoch wird der Reichstag über Zabern sprechen.

Eine Vorlage über die Verlängerung des Handelsvertrages mit dem britischen Reiche wurde von dem Konservativen Giesch zu einem so ungeschickten Ausfall im Sinne des Bundes der Landwirte benutzt, daß sogar Herr Delbrück und der Zentrumsagrarianer Herold von ihm abrückten. Unsere Genossen Molkenbühr und Bernstein, sowie der Fortschrittler Dr. Pachnide, gaben dem vormitigen Agrarianer die gebührende Antwort.

Das Gesetz über die Wiederaufnahme eines Disziplinarverfahrens gegen Reichsbeamte wurde von dem Genossen Landsberg und Dr. Liebknicht ob seiner Niederigkeit einer scharfen Kritik unterzogen, wobei auch die die Wiederaufnahme bewußt erschwerenden Bestimmungen der Strafprozessordnung beleuchtet wurden. Wie berechtigt diese Kritik war, zeigt der Umstand, daß auch die Redner des Zentrums und der Liberalen sich ihr angeschlossen. Es kann also auf eine wesentliche Verbesserung des Gesetzes in der Kommission gehofft werden.

Zum Schluß kam die Petition eines durch ein Fehlurteil zu Grunde gerichteten Menschen zur Verhandlung, dem auch die spätere Freisprechung nicht geholfen hat. Der vom Genossen Thiele begründete Antrag, die Witte des Mannes um Erhöhung seiner Entschädigung — die er übrigens auf merkwürdige Weise nicht erhalten hat — dem Reichstanzler zur Verlässigung zu überweisen, wurde angenommen.

Am Dienstag steht außer kurzen Anfragen eine konservative Interpellation auf der Tagesordnung, die das unglaubliche Verlangen enthält, den Wählungsbeginn der Dienstbotenversicherung über Neuwahl hinauszuverschieben, dann folgen Wahlprüfungsabstimmungen und hierauf werden die Minister ihre Etatsreden halten.

Der Seniorenkonvent des Reichstages

bleibt am Montag eine Sitzung ab, um die Geschäfte des Reichstages für die nächste Zeit zu besprechen. Am Dienstag beginnt die Etatsdebatte, die aber am Mittwoch unterbrochen werden dürfte durch die Interpellation über die Zaberner Vorgänge. Man nimmt an, daß der Reichstanzler die Interpellation am Mittwoch beantworten wird.

Am Dienstag sollen zur ersten Sitzung des Etats lediglich die Regierungsvorleger (d. h. voraussichtlich der Reichstanzler v. Bethmann Hollweg und der Schatzreferent Mühl) zu Worte kommen. Für Mittwoch sollen dann die Interpellationen in der Zaberner Affäre auf die Tagesordnung gesetzt und besprochen werden. Erst nach deren Erledigung, also wohl nicht vor Freitag, soll dann die erste Etatsberatung mit den Reden der Vertreter der Fraktionen fortgesetzt werden.

Konservativer Vorstoß gegen die Dienstbotenversicherung.

Die konservative Fraktion (Kreuzstadt und Genossen) hat im Reichstage folgende Interpellation eingebracht:

„Ist dem Herrn Reichstanzler bekannt, daß das am 1. Januar 1914 bevorstehende Inkrafttreten der Bestimmungen über die Krankenversicherung in der Reichsversicherungsgesetzgebung, insbesondere die ärztliche Versorgung der Landkrankenassen und die Versicherung der Dienstboten, auf praktische Schwierigkeiten stößt, so daß es wünschenswert erscheint, im Interesse aller Beteiligten das Inkrafttreten dieser Bestimmungen noch hinauszuschieben?“

Den schwarzen Schwindlern ins Stammbuch.

Die Zentrumspresse, wie auch die Organe der christlichen Gewerkschaften sehen fort, die bekannte Sollinger Krankenassen-Skandalaffäre gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften auszuwickeln. Daß die Affäre auch in der Agitation anlässlich der kurzzeit stattfindenden sozialen Wahlen von den Zentrumschreibern grundlos ausgeschaltet wird, versteht sich am Rande. Die Sozialdemokratie hat mit den Mitgliedern in der Sollinger Krankenasse nichts zu tun, die Unterschlagungen sind begangen worden durch einen der bürgerlichen Parteien angehörenden Kardanten. Das ist nun so häufig festgestellt worden, daß man glauben sollte, die Schwarzherden würden ihre Verleumdungen nun endlich einstellen. Weit gefehlt! Immer noch geht man mit der Lüge weiter treiben, daß der Kassendirektor ein „Obergewisse“ gewesen sei. Dabei bleibt es, trotz aller wahrheitsgemäßen Mitteilungen. Jede Verdächtigungsart zeigt uns, daß die Lumpen und Verbrecher in den schwarzen Kreisen mehr zu Hause sind als anderswo. Alle Augenblicke hat der Staatsanwalt irgendeinen kranken Sittlichkeitsprediger oder Betrüger beim Stragen. Hierbei ist der katholische Priesterstand ganz besonders stark engagiert. Das wissen die schwarzen Lügenblätter, aber eben darum schreiben sie die Vergehen anderer um so lauter in die Welt hinaus nach der bekannten Weise: Haltet den Dieb!

In der Sollinger Krankenasse sind Unterschlagungen vorgenommen, und während die Zentrumspresse den Fall ausschaltet, kommt aus Wöhrbach (am 24. November) die Meldung, daß derselbe „der fromme Verwalter der Krankenasse, Koppf, wegen Unterschlagung verhaftet worden ist. Eine unermittelte Revision ergab ein Konto von 7—8000 M. Koppf ist im Jahre 1908 durch Fürsprache einer hervortretenden Zentrumsgröße als Verwalter der Wöhrbacher Krankenasse angestellt worden. Der Kassenvorstand ist sozialistenrein, die Christlichen besitzen die Mehrheit!

Wenige Tage vorher, am 18. November, enthielt die „Mühlhauser Volkszeitung“ folgende Notiz:

„Eine direkte Anfrage an die „Oberelsässische Landeszeitg.“ von verschiedenen bisherigen Mitgliedern der „Elsäß-Lothringischen Vereinigung für Volksfürsorge in Mühlhausen“, an deren Spitze bisher als Vorsitzender der berühmte „Christen“-Engel stand, wurden uns Kabulbriefe der „Vereins-Versicherungsgesellschaft für Deutschland, A. G. in Düsseldorf“ vorgelegt, in denen zur Zahlung der seit dem 1. April 1913 fälligen Prämien aufgefordert wird. Diese Prämien, behaupten die fraglichen Mitglieder glaubwürdig seien aber bereits bezahlt

worden! Wir fragen nun die „Landeszeitung“: „Ist es wahr, daß Herr Engel von Mühlhausen plötzlich verschwinden ist unter Zurücklassung seiner Kinder? Wo befindet sich das Geld, das die Mitglieder der „Elsäß-Lothringischen Vereinigung für Volksfürsorge“ an den Vorstand als Prämie bezahlt haben?“

Auf Antwort kann die „Mühlhauser Volkszeitung“ lange warten. Auch haben wir bisher noch nicht gelesen, daß die Zentrumspresse auf die beiden angeführten Verkommnisse auch nur mit einem Wort eingegangen ist. Sie wird sich hüten, weil dann schwarze Parteifreunde bloßgestellt werden müssen.

Die geweihte Stätte.

Der Breslauer Magistrat hat nach einer Meldung des „Berliner Lokal-Anzeigers“ beschlossen, die Jahrhunderthalle grundsätzlich nicht zur Veranstaltung politischer Versammlungen und zu sonstigen politischen Zwecken herzugeben. Er begründet dies der Stadtverordnetenversammlung gegenüber damit, daß der Verfall der Jahrhundertfeier der Halle einen solchen Stempel der Beize aufgedrückt habe, daß sie nicht zum Schauplatz politischer erregter Versammlungen werden darf.

Der Beschluß erscheint uns als ein Zeichen des politischen Verfalls, der im liberalen Bürgertum mehr und mehr um sich greift. Würde die sogenannte Jahrhunderthalle, diese durch die Erinnerungsfeier an die Befreiungskriege „geweihte Stätte“ nicht am besten gewürdigt werden können durch eine unbeschränkte Aussprache und Belehrung über des Staates Wohl und Wehe? Aber die Furcht vor der Sozialdemokratie wird diesen Beschluß verursacht haben! So sind nun die liberalen Männer von Breslau. Fürst Bülow hat also, wie man sieht, mit seiner Kritik recht.

Auch ein Säbelscheld.

Eine durch einen angetrunkenen Offizier veranlaßte nächtliche Strafenszene, die in Thorn viel besprochen wurde, beschäftigt jetzt noch das Kriegsgericht. Der Leutnant Hans Ritter vom 61. Infanterieregiment bedrohte vor kurzer Zeit in einem Restaurant in angetrunkenem Zustande einen Gast mit dem Degen, so daß einige Kameraden, die sich in Zivil in demselben Lokale befanden, es für geraten hielten, ihm die Waffe abzunehmen und ihn im Auto nach Hause zu schaffen. Leutnant Ritter weigerte sich jedoch, ohne Degen einzusteigen und verlangte auf der Straße so stürmisch nach der Waffe, daß ein Menschenankauf entstand. Ein vorübergehender Sergeant glaubte, dem Leutnant beizugehen zu müssen und entriß dem Offizier in Zivil den Degen. Da infolgedessen ein Balgerei entstand, schloß sich ein anderer Offizier in Zivil veranlaßt, die Waffe des Arrestanten zu requirieren. Dieser gegenüber weigerte sich Leutnant Ritter als Vorgesetzter auf und befehl den Soldaten, das Seitengewehr auszu-pflanzen. Der Szene machten einige Unteroffiziere des 61. Infanterieregiments ein Ende, indem sie ihren angetrunkenen Leutnant fortführten.

Leutnant Ritter zog sich aber wegen dieses Vorkommnisses eine Anklage wegen Verübung unehrerlicher Lärms und Annäherung einer Weisheitsmaßnahme zu. Der Gerichtshof erachtete zwar die Straf-ausschließungsgründe des § 51 des Strafgesetzbuchs nicht als vorliegend, sprach aber dennoch den Angeklagten frei, da ihm unter dem Einfluß des Alkohols wohl nicht zum Bewußtsein gekommen sei, daß er nicht Vorgesetzter der Waffe sei. Auch wurde nicht für erwiesen gehalten, wer bei dem wüsten Durcheinander eigentlich den unehrerlichen Lärm verursacht hat. Gegen das freisprechende Urteil wird wahrscheinlich Berufung vom Gerichtsherrn eingelegt werden.

Die Lage in Mexiko.

New York, 1. Dezember. Wie der „Associated Press“ aus der Stadt Mexiko gemeldet wird, ist Huerta gestern auf der interozeanischen Bahn heimlich nach Veracruz abgereist. Die Meldung stammt von Bahnbeamten, welche zu wissen behaupten, daß Huerta um 4 Uhr morgens abreiste. Die Anwesenheit des Ministers Roheno in Veracruz soll mit Huertas Plan, das Land zu verlassen, in Verbindung stehen.

Oesterreich-Ungarn.

Ein unerhörter Betrug.

Vor zwei Jahren wurde die zweijährige Dienstzeit für die Infanterie eingeführt, und durch dieses Zugeständnis der Krone und der Heeresgewaltigen ließ sich das Parlament bestimmen, die Erhöhung des Heereskontingents um 77 000 Mann zu bewilligen. Statt aber im Gesetz Sicherungen für die Durchführung der zweijährigen Dienstzeit vorzulegen, überließ man die Durchführung vertrauensvoll und in gewohnter Kaltenhaftigkeit dem Kriegsministerium. Und nun hat Genosse Leutner in der Delegation zahlenmäßig nachgewiesen, daß die zweijährige Dienstzeit — Konfiszierung wurde, daß man die zu entlassenden Soldaten einfach zur absolutistischen Landesverhöhung der Grenztruppen verwendet hat, ohne das Parlament auch nur zu fragen. Jetzt verlangt man eine neue Heeresvermehrung — aber das ist ja alles Pimpli, denn diese Erhöhung des Truppenstandes ist ja bereits durchgeführt. Die Regierungsparteien sagen natürlich kein Wort gegen diesen unerhörten Volksbetrug.

Aufhebung der Pressefreiheit.

Die Pressezensurenovelle, um die jetzt im Parlament gelämpft wird, ist das niederträchtigste Madwert, das jemals von losatischen Gehirnen ausgedacht worden ist. Nach ihrem Gesegwerden wäre sogar das Streikrecht der Arbeiter beseitigt, denn es wäre den bestreikten und selbst den boykottierten Unternehmern möglich, durch Schabenerlaglagen die Arbeiter um ihre Presse zu bringen und kein Wunder dürfte es dann auch nur wagen, den Arbeitern Flugblätter zu drucken. Einer Gewerkschaftsdeputation, die deshalb beim Justizpanduren war, wurde abernes Versteck zur Antwort und deshalb fordert die „Republik“ die hauptstädtischen Arbeiter jetzt auf, sich im Kampf für ihre Rechte auf den Straßen vorzubereiten. Anders wird man ja mit der Lisabande kaum fertig werden.

Frankreich.

Die Anleihe vor der Kammer.

Paris, 1. Dezember. In der Kammer wurden heute die Ver-
einigungen über die Anleihe fortgesetzt. Der französische Finanzminister Dumont erklärte, daß die Regierung mit dem Antrag Brüssle einverstanden sei, welcher die Anleihe auf 1500 Millionen Franc erhöhe. Diese Erklärung ruft große Bewegung hervor. Der Abgeordnete Kallay wirft der Regierung vor, daß sie die Kammer vor die Alternative stelle: Entweder 1000 Millionen Anleihe und 700 Millionen neue Steuern oder 1300 Millionen Anleihe und 400 Millionen neue Steuern oder 1500 Millionen Anleihe und 200 Millionen neue Steuern. In den Wandelgängen der Kammer kommentiert man lebhaft einen Zwischenfall Briand mit Caillaux. Dieser hatte in einer Rede auf einem Bankett Briand einen Irreführer genannt. Briand sagte nun, daß er sich vorbehalten müsse, öffentlich in einer Rede darauf zurückzukommen.

Die Anleihe angenommen.

Paris, 1. Dezember. (Privattelegramm des „Sor-wärts“.) Die Kammer stimmte mit 201 gegen 270 Stimmen für eine Anleihe von 1500 Millionen, wegen der Parthou die Vertrauensfrage gestellt hatte.

Portugal.

Die Gemeinderatswahlen.

Lissabon, 1. Dezember. Die Gemeinderatswahlen, die gestern stattgefunden haben, haben mit einem Siege der Regierung geendet. Nach den vorläufigen Ergebnissen sind in 158 Wahlkreisen ministerielle Kandidaten gewählt worden, während die Opposition in 14 Kreisen siegen konnte. Die endgültigen Resultate werden morgen veröffentlicht werden. Die Wahlen sind im allgemeinen ruhig verlaufen. Nur in Barcelos und Espinho kam es zu unbedeutenden Tumulten.

England.

Der Vertrag mit der Türkei.

London, 1. Dezember. Nach dem „Daily Telegraph“ steht der englisch-türkische Vertrag vor dem Abschluß. England erhält danach die Konzession für alle Petroleumquellen in Arabien, Mesopotamien und Syrien. Für den geplanten Uebergang von der Kohlen- zur Delfeuerung bei der britischen Marine ist dies natürlich sehr bedeutungsvoll. Zweitens werden die Grenzen des Sultanats Koweit auf Grund der englischen Forderungen geregelt; der Sultan, der unter englischer Vormundschaft steht, wird ein großes Hinterland erhalten. Die Schiffahrt auf dem Euphrat und Tigris soll eine internationale Gesellschaft erhalten, bei der England 50, die Türkei 25 und Deutschland 25 Proz. Anteile hat.

Schweden.

Russenheute und Spionage. — Die kommenden Militär-vorlagen.

Die Militärfrage macht zurzeit die ganze schwedische Leserschaft mobil. Die Zeitungen widmen ihr einen großen Teil ihres Inhalts, und das Publikum schauert. Der Forschungsreisende Sven Hedin treibt eine wüste Russenheute, und die Dynastie Bernadotte opponiert öffentlich wie bisher gegen die Maßnahmen der für unbedeuten liberalen Regierung. Es ist ja bekannt, daß die Bernadottes schon vom Urgroßvater her eine zweifelhafte strategische Kunst ihr eigen nennen, die in den politischen Kämpfen mit den Korwogern wiederholt Fiasco modus und schließlich die Entlassung der Familie aus norwegischen Diensten zur Folge hatte. In der gleichen Weise ist die Dynastie zurzeit wirksam, sich in Schweden möglichst unbeliebt zu machen. Als vor wenigen Wochen der Kriegsminister eine Erklärung eines Regimentskommandeurs über eine vor den Offizieren des Regiments gehaltene Hebräe Sven Hedins einforderte und sich dabei im amtlichen Briefstil eines alten Zopfes („aus altherhöhten Befehl“) bediente, wurde er vom Träger der Krone öffentlich desavouiert. Womit beendete wurde, daß die Dynastie gegen die Hebräe des Herrn Hedins nichts einzuwenden hat und es nicht bedenklich ist, wenn die Regierung darüber von den Militärbehörden Aufklärung fordert.

Zu gleicher Zeit spielt sich eine russische Spionage-affäre ab, an der ein schwedischer Unteroffizier, ein Student, irgendeine oblique Verbindlichkeit im Hintergrunde in Dänemark und schließlich der russische Militärattaché in Stockholm beteiligt sind. Der letztere verabschiedet bei Nacht und Nebel aus der schwedischen Residenz, um nicht wiederzutehren. Und gleichzeitig brüht ihren Mann und des Land auch die russische Schwiegermutter des Königs, eine Nichte des Zaren, deren Rückkehr nach Stockholm nicht mehr zu erwarten ist. Schwedische Jungen behaupten, ihre Abreise und kommende Eheverbindung hänge mit der Spionageaffäre in Verbindung; unser Stockholmer Parteiblatt ist aber der Meinung, daß die „Reigungen eines jungen warmblütigen Weibes“ schwerlich nach der Richtung gehen!

In der Militärvorlagenkommission läuft einwieweil noch alles bunt durcheinander. Die einzigen, deren Stellung sicher bekannt ist, sind die Konservativen, die eine Verlängerung der Übungszeit der Infanterie von 8 auf 10 1/2 Monate fordern, womit die sogenannte Winterausbildung verbunden werden soll. Die Liberalen sind in mehrere Gruppen geteilt; die „intellektuellen“ Stadterreiter gehen mit den Konservativen, während die liberalen Vertreter ländlicher Wähler Statusquo oder Neuwahlen fordern. Die Sozialdemokratie beginnt anscheinend auch, eine gewisse Einigung zu erzielen. Sie fordert Neuwahlen vor Erledigung der Militärfrage; außerdem aber scheint eine Aktion der Partei sich vorzubereiten, die zum Ziel die Wiedereinbringung der Anträge von 1911 hat, nämlich Herabsetzung der Übungszeit auf 6 Monate und der Kosten um 20 Millionen Kronen jährlich. Diese Anträge haben Aussicht, die Partei zu einigen. Allein man weiß noch nicht, wie die schließlich den Vorschläge der Militärkommission ausfallen werden und wie sich dann die einzelnen Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion dazu stellen werden. Darauf kommt es aber schließlich an. Eine einheitliche Stellungnahme der Fraktion würde auch draußen in der Partei Verständnis finden.

Letzte Nachrichten.

Parlamentarische Kommission für Zabern

Frankfurt a. M., 1. Dezember. (D. V.) Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Straßburg hört, wird das Zentrum sich nicht mit dem von Geheimrat Pauli verfaßten Bericht über die Vorgänge in Zabern begnügen, sondern eine parlamentarische Untersuchung verlangen.

Ein Kattentänig von Prozessen.

Zabern, 1. Dezember. (B. T. V.) Die Mehrzahl der am Freitag von Militärpatrouillen Verhafteten, bis jetzt zwanzig an der Zahl, hat bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige wegen ungeschlicher Festnahme erstattet. Außerdem ist von denselben eine Reihe von Zivilklagen anhängig gemacht betreffend Schadenersatz durch den Militärsiskus.

Ein Ministerprojet gegen Streikende.

Petersburg, 1. Dezember. (R. E.) Ein Ministerprojet gegen Arbeiter wird hier vorbereitet. Nach dem neuen Gesetz werden Streikende zur gerichtlichen Verantwortung gezogen und infolgedessen sind 1000 Arbeiter der elektrischen, technischen und Eisenbahnbetriebe, die kürzlich streikten, in Anklagezustand versetzt worden.

Huerta zurückgekehrt.

Mexiko City, 1. Dezember. (B. T. V.) Huerta ist heute nachmittag hierher zurückgekehrt. Seine Abwesenheit wird erklärt mit einem Besuch, den er auf einer Farm in der Nähe der Stadt gemacht hat.

Sechster Wahlkreis.

Dienstag, den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

Vier öffentliche politische Versammlungen

in folgenden Lokalen:

- Puhmanns Theater, Schönhauser Allee 147.**
- Frankes Festsäle, Badstr. 19.**
- Pharus-Säle, Müllerstr. 142.**
- Moabiter Gesellschaftshaus, Wicelstr. 24.**

Tagesordnung:

1. Die Kämpfe der Arbeiterklasse um ihre Rechte. 2. Diskussion.

Referenten sind: Redakteur **Ernst Däumig**, die Reichstagsabgeordneten **Georg Ledebour** und **Dr. Karl Liebknecht**, Landtagsabgeordneter **Heinrich Ströbel**.

Arbeiter und Arbeiterinnen: Erscheint in Massen.

Für die Einbußer: **Friedrich Stäffler**, Hochstädterstr. 16.

Warum lächelt er?



Er freut sich, weil er kostenlos unsere neuesten Pathé-Platten hört! Haben Sie schon einmal Pathé-Platten gehört? Wenn nicht, so lassen Sie sich sofort unseren trichterlosen Luxus-Sprechapparat nebst einer Kollektion von 20 Stücken auf 10 Pathé-Doppelplatten kommen. **Sie brauchen kein Geld dazu!**

Wir senden Ihnen alles kostenlos 5 Tage zur Probe, mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen! — Pathé-Platten sind eine Weltmarke und bringen stets das Neueste und Beste. Sie spielen ohne Nadelwechsel mit einem immerwährenden Saphirstift und sind daher unverwundlich. Herr E. H. in Nürnberg schreibt uns auf: „Ich habe eine Pathé-Platte



1200 Mal durchgespielt und sie zu meinem Erstaunen noch in völlig gutem Zustand befanden, wogegen eine gute Nadelplatte schon beim 25. Mal zu schrillen anfing und nicht mehr anzuhören war. Der Ton einer Pathé-Platte ist überhaupt das Schönste, was es gibt.“ Verlangen Sie sofort unsere Probefreileihung! Behalten Sie unsere Sendung, so haben Sie ohne jede Anzahlung nur 3 Mark pro Monat, bei Nichtgefallen nur die ganz minimale Hin- und Rückfracht zu zahlen. — Die Lieferung erfolgt sofort.

Alle Preise für Pathé-Fabrikate sind die von der Fabrik festgesetzten.

Senden Sie uns diesen Schein noch heute ein!

An die Fa. Bial & Freund in Breslau II, Postfach 120/672

Senden Sie mit einem allerneuesten Luxus-Sprechapparat ohne Trichter mit echter Pathé-Konzert-Schalldose, sowie 20 ausgewählte Stücke auf 10 doppelseitig bespielten, 5 Tage zur Probe. Wenn Sie die Sendung nicht innerhalb 5 Tagen nach Empfang an Ihre Adresse franco zurückschicken, behalte ich sie und zahle unter Anerkennung Ihres Eigentumsrechtes bis zum Ausgleich für den Apparat mit der Pathé-Konzert-Schalldose 60.— Mark und für die 10 Pathé-Doppelplatten 3.30 Mark in monatlichen Raten von 3.— Mark ginnend, Erfüllungsort Breslau.

Vor- u. Zunamen:

Beruf:

Ort:

Straße - Platz - Nr.

Unser Apparat

besitzt hochfein poliert, Eichengehäuse v. 37x37x20 cm Größe, Präzisions-Federwerk, akust. Tonarm, und kostet einschließlich der echten Pathé-Konzert-Schalldose nur 60.— Mark. Sie können nirgends reeller kaufen

Illust. Spezialkataloge über andere Sprechapparate, Violinen, Celli, Mandolinen, Zithern, photograph. Apparate, Waffen, Uhren, Ferngläser etc. gratis

Bial & Freund

Postfach 120/672 Breslau II

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin C., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling, Amt Norden, 2488.

Achtung!

Sie empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügungen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren

kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.

Geschäftszeit täglich von 10 1/2—1 Uhr mittags. Der Vorstand. Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 4. Quartal braun und muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist unzulässig und ist sofort anzuhalten.

Bekanntmachung.

Hierdurch machen wir die Mitteilung, daß wir unser Rosenlokal von Berlin C. 2, Dirschstr. 110 nach unserem eigenen Geschäftslokal

Berlin C., Dirschstr. 5, rechter Seitenflügel hochparterre voraussichtlich am 1. Dezember 1913 verlegen werden.

Krankenkasse der Personen - Lohnfuhrwerks - Innung zu Berlin. — N. H. S. Rose, Vorsitzender.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinsenstr. 41, Moritzplatz 10—2 5—7. Sonntage 10—12.

Erstklassige Briketts

1000 Stück M. 8.—
Halbsteine M. 0.80, Gaskoks M. 1.75, Steinkohlen M. 1.75, Brennholz
Michel-Brikett-Vertrieb
Neukölln, Telefon 1610
Kneesebeckstr. 118.

Zentralverband der proletarischen Freidenker

Mittwoch, den 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den Pharus-Sälen, Müllerstraße 145:

Gr. Volksversammlung

Die Kirche im Kampfe gegen die Arbeiterschaft.

Referent: Arbeitersekretär Genosse Bernh. Meute - Dresdener.

Die Herren Geistlichen aller Konfessionen sind ganz besonders eingeladen.

Zahlreichen Besuch der Arbeiterschaft erwartet.

Der Einbußer: **Georg Wendt**, Schöneberg, Goltzstraße 13.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Weichhorstr. 28, dort. Filiale Berlin. Arbeitnachw.: Köderstr. 9
Fernspr.: Amt Nordst. 4787. Fernspr.: Amt Norden 6708

Donnerstag, den 4. Dezember 1913, abends 8 1/2 Uhr:

Sektionsversammlung der Lackierer

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.

Tagesordnung:

1. Vortrag der Frau Regina Ruben über August Bebel. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Sie erwarten, daß die Mitglieder nebst ihren Frauen vollständig erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Sektionsleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Morgen Mittwoch, den 3. Dezember 1913, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Obmanns. 2. Bericht der Werkstatt-Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten. Jede Werkstatt muß vertreten sein. Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Versammlungslokale:

Tischler.

- Südwesten und Westen:** in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5/7.
- Süden:** bei Glieche, Wasserstr. 68.
- Südosten I u. II:** im Lokal Südost, Waldemarstr. 75.
- Osten I:** bei Schwarz, Langestr. 67.
- Osten II:** bei Guth, Warschauer Str. 61.
- Osten III:** bei Bergmann, Boghagener Str. 36.
- Oestliche Vororte:** bei W. Schulz, Lichtenberg, Kronprinzengasse 47, Ecke Schrammbergstraße.
- Nordosten:** bei Wiermann, Gr. Frankfurter Str. 16.
- Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:** bei Obiglio, Schwebler Straße 23.
- Wedding und Moabit:** bei Kaczarowski, Havenstr. 6.
- Weißensee:** im Prälaten, Wehberstr. 122. Abends 8 1/2 Uhr.
- Neukölln:** im Ideal-Kasino, Weichhorstr. 8.
- Charlottenburg:** bei Thunau, Wielandstr. 4.

Küchenmöbelbranche bei Knörig, An der Steglitzer Brücke 3.

Bautischler.

- Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten** bei Graßhoff, Admiralsstr. 18c.
- Bezirk 2: Osten** bei Bratner, Weidenweg 55.
- Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte** bei Glieche, Kopenhagener Str. 71.
- Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit** bei Tache, Hindenburg Str. 28.
- Bezirk 5: Neukölln** bei Zehnf, Rosenstr. 24.
- Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter**
- Osten:** bei Voeter, Wehberstr. 17.
- Südosten:** im Märktischen Hof, Admiralsstr. 18c.
- Norden:** bei Günther, Brunnenstr. 98.

Kisten- und Koffermacher abends 8 Uhr im Hermelo Vereinshaus, Holzmarktstr. 21.

Musikinstrumenten-Arbeiter abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Seel V.

Modell- und fabriktschler abends 8 Uhr, bei Waldb, Pfingststraße 5.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche.

- Norden** bei Döhling, Brunnenstr. 79.
- Osten** bei Hoff, Gubener Str. 19.
- Südosten und Südwesten** bei Timms, Ritterstr. 123.
- Die Vertrauensleute aus den Luxusmöbelwerkstätten gehen nach den Versammlungen der zuständigen Tischlerbezirke.
- Einsetzer** im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 9.
- Perlmutt-, Horn- u. Steinnußarbeiter** um 6 Uhr bei Ernst Thomas, Weichhorstr. 5.
- Bilderrahmenmacher** um 6 Uhr bei Wählich, Stallbergstr. 22.
- Bodenleger** 8 Uhr bei Hülla, Rungelstraße 9.
- Vergolder** im Luisenstädtischen Kasino, Dranienstr. 180.
- Kammacher** im Hermelo Vereinshaus, Holzmarktstr. 21.
- Stellmacher** bei Hummel, Sophienstr. 5.
- Jalousiearbeiter** abends 8 1/2 Uhr bei Walter, Adalbertstr. 62.

Maschinenarbeiter.

- Bezirk Norden:** bei Kaczarowski, Havenstr. 6.
- Südosten:** bei Glieche, Rathenower Str. 19.
- Osten:** bei Wählich, Petersburger Str. 81.
- Südwesten:** bei Jander, Hirschener Str. 88.

Donnerstag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr:

Laden- und Kontormöbelbranche bei Hermel, Holzmarktstr. 21.

Bürsten- und Pinselmacher.

Mittwoch, den 3. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Krüger, Holzmarktstraße 65:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Branchenkonferenz. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

BEBEL-BÜSTE

Der Bildhauer JULIUS OBST-Berlin hat eine Büste von AUGUST BEBEL geschaffen, deren Generalvertrieb die Buchhandlung Vorwärts Berlin übernommen hat.

Die Büste ist in vier Größen vorrätig:

- Größe 1, 80 cm hoch Preis 20 Mark
- Größe 2, 60 cm hoch Preis 15 Mark
- Größe 3, 40 cm hoch Preis 8 Mark
- Größe 4, 20 cm hoch Preis 2.50 Mark

Größe 1 eignet sich zur Dekoration von großen Sälen — Größe 2 ist für kleinere Säle, Vereinszimmer, Partei- und Gewerkschaftsbureaua bestimmt

Die Größen 3 und 4 sind besonders als Schmuck für Arbeiterwohnungen gedacht

Die Abgüsse der vom Bildhauer Julius Obst modellierten Büste tragen ein Schild: Buchhandlung Vorwärts Berlin, worauf wir zu achten bitten.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstraße 69.

Gewerkschaftliches.

Der Sympathiestreik in Großbritannien.

London, 29. November 1913. (Fig. Ber.)

Als das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses vorige Woche beschloß, auf den 9. Dezember einen allgemeinen Arbeiterkongreß einzuberufen...

Mit dem Veranlassen des Kongresses treten diese unangenehmen und die Arbeiterbewegung schädigenden Streitigkeiten immer mehr in den Hintergrund...

Ich bin für eine Sympathieaktion in diesem Falle, aber ich glaube, daß hier die Verantwortung für eine solche Aktion nicht ausschließlich auf den Verbänden der Transportarbeiter...

gehalten werden. Das würde vielleicht zu großen Verwicklungen führen und die Folgen würden vielleicht größer sein...

Darauf erwidert der „Daily Citizen“, das offizielle Organ der Bewegung:

Der Vorschlag wird natürlich der Konferenz unterbreitet werden und wird, ob er angenommen werden wird oder nicht, ausschließlich der freien Willkür der Teilnehmer unterbreitet...

Was die Befürworter des Sympathiestreiks gewöhnlich verheißt, ist, daß die Antwort der Arbeitgeber auf den Sympathiestreik die Sympathieausperrung ist...

Die oben skizzierten Ansichten des Sekretärs der Transportarbeiter sind natürlich nur die persönlichen Ansichten Williams. Sie werden jedoch von verschiedenen anderen Gewerkschaftsbeamten geteilt.

Berlin und Umgegend.

Statistik der Tischbranche.

Im Oktober dieses Jahres hat der Holzgewerkschaftsverband holländische Erhebungen in den der Herstellung von Tischen dienenden Betrieben veranstaltet.

Im Jahre 1911 gab es in Groß-Berlin 87 Betriebe der Tischbranche mit 822 Arbeitern und 16 Arbeiterinnen.

Die Kleinbetriebe sind vorherrschend in der Branche. 89 Betriebe beschäftigen weniger als 5 Arbeiter, darunter sind 14 Betriebe mit einem und 5 Betriebe ohne Arbeiter.

Es verdienen pro Stunde:

Table with 2 columns: '26 Arbeiter bis', '55 Pf.'. Rows show wage ranges from 58-60 to 7-8 Pfennig.

Der durchschnittliche Verdienst beträgt pro Stunde 88,5 Pf. oder pro Woche 34,94 M. Im Jahre 1911 belief sich der durchschnittliche Wochenverdienst auf 33,11 M.

Die Tarifbewegung der Brauereiarbeiter.

Auch die Brauereiarbeiter und Hilfsarbeiter befaßten sich in einer von allen in Betracht kommenden Organisationen einberufenen und sehr hart besuchten Versammlung mit dem neuen Tarif.

Kleines feuilleton.

Das Potsdamer Rathaus. Es ist immerhin eine berlinische Angelegenheit, wenn die Potsdamer ihren Platz an der Nikolaikirche verändern wollen.

Unter den Ergebnissen des Wettbewerbes, der für den Erweiterungsbau ausgeschrieben worden war, finden sich nur sehr wenige, was in solchem Sinne brauchbar wäre.

Ein sauberes Lesingtheater. In Hamburg hat ein Kino die Unverkennbarkeit besessen, sich Lesingtheater zu nennen...

Geht es nicht so dumme, wie er aussieht. Geht es nicht so dumme, wie er aussieht.

Der Hauptteil des Programms aber ist die Filmburleske: „Eine tolle Wette auf dem Imperator“.

Und dieses vortreffliche Stück wird (wiederum ganz im Geiste Lesings) in großen Annoncen mit dem Vermerk angezeigt: „Dieser Originalfilm wurde seiner Majestät dem Kaiser an Bord des Imperators vorgeführt.“

Bégoud in Räten. Das war in München. Bégoud hatte seine Flugturze absolviert, und es war alles gut gegangen.

Welch ein Widerspiel! Ein Mann, der den Mut hat, das Baggelstüchlein seit Menschengedenken zu vollführen, zittert um seinen Kopf beim Anprall des entsetzten weiblichen Elementes.

Er wird nicht nur mit Ehren, sondern auch mit Liebesbriefen überhäuft, er ist grenzenlos haltbar, aber es entbrennen tausende Frauenherzen für ihn.

Preise für Kinderzucht. Die „Annales Politiques et Littéraires“ gaben kürzlich einer Dame das Wort, die allen Erstes folgendes wirksame Mittel gegen die Geburtenabnahme empfiehlt.

Beispiel: Für die Preisverteilung des Jahres 1913 müssen die Preisdawerber zwischen dem 1. Januar 1908 und dem 31. Dezember 1912 geboren sein.

Humor und Satire.

Kameradschaft beim Militär.

In der Tat ist es ja auch nur dadurch geschehen, daß Soldaten ihre Dienstpflicht zu wiederholten Malen glücklicherweise verlegt haben.

übergegangen ist, glaube ich, mich hierzu jedes Kommentars enthalten zu sollen.

Notizen.

Das ist die Kameradschaft beim Militär: Das bunt ist, hält feste zusammen. Da gibt es nur eine Soldatenehr, für die alle Herzen entflammen.

Das ist die Kameradschaft beim Militär: Beim Drill regnet's „Esel“ und „Däsel“, Auch Kippstöße mit dem Seitengewehr, und die Faust traut das Kinn mit Bögen.

Das ist die Kameradschaft beim Militär: Man liebt sich „Wades“ und „Vader“, Und ich ... auf die Fahne vom andern Heer, und lebt fast wie Schwester und Bruder.

Das ist die Kameradschaft beim Militär, Den Kommiß dir bald zu verschaffen, Heut läßt man sie strahlen in zarter Couleur, Morgen trampelt man drauf mit den Füßen.

Notizen.

Wie man Chordirigent wird. Ein Mitglied des Deutschen Musikdirektorenverbandes erhielt folgende Postkarte:

Gerru Musikdirektor W... Durch Beschluß der Versammlung des Gesangsvereins „Niederstapel“ zu A... erhielt ich den Auftrag, den Verein zu dirigieren...

Hochachtungsvoll! J. R., Lokomotivführer in A.

Kulturchronik. Der Dramatik-Verein zu Neukölln gibt Freitag 8 Uhr, in der Neuen Welt sein Weihnachtsspektakel.

Borträge. Der zweite Vortragsabend des Wissenschaftlichen Vereins am 3. Dezember in der Urania läßt einen jungen Gelehrten, Professor v. Laue aus Zürich zu Wort kommen...

Professoren auswanderung aus Berlin. Der Berliner Gesellschaftsprofessor Max Lenz sieht in Unterhandlungen mit Hamburg, das ihn für seine Vorlesungskurse engagieren will.

Endlich! Der Hauptausfluß der allgemeinen deutschen Kunstgenossenschaft beabsichtigt eine Protestbewegung der Künstler gegen die lächerliche Beschlagnahme von Postkarten nach Berlin...

Sonntagsabend als eine der Grundforderungen aufgestellt. Im Anbetracht der Arbeitsverhältnisse in den Brauereien sei eine Verkürzung der Arbeitszeit dringend geboten, ganz abgesehen von der allgemeinen kulturellen Bedeutung des Achtstundentags. Weiterhin wird eine Lohnerhöhung als durchaus notwendig verlangt. Neben sich doch die Lohnverhältnisse für die Handwerker in den letzten 5 Jahren gar nicht oder doch ganz unwesentlich verbessert, zum Teil sogar (bei den Kupferfächern) sind die Einstellungsgehälter durch den letzten Tarif herabgesetzt worden. Für gleiche Arbeit soll gleicher Lohn gezahlt werden, so daß die Hilfsarbeiter nicht als Lohnbrüder bemitleidet werden können. Eine Regelung der Frage des Hausbrauens wird auch verlangt, und zwar in der Weise, daß dem Arbeiter das Bier, das er nicht trinken kann, in bar vergütet erhält. — In der Diskussion wurden die Leitsätze des Referenten gutgeheißen und noch unterstrichen. Verlangt wurde insbesondere, daß das Heberstundenunwesen eingeschränkt werde, über das schon familiäre Kategorien geklagt haben. Ebenfalls wurde über die rigorose Behandlung durch Unterbeamte lebhafte Beschwerden geführt. Ein Redner meinte: bei einem hohen Aufschlag auf die Heberstunden würden diese schon von selbst eingeschränkt werden. Rühne erklärte, daß die Beseitigung der Heberstunden in erster Linie Sache der Arbeiter selbst ist. Dann wurde die Lohnkommission genehmigt.

Aktion! Gastwirtsgehilfen! Die Verhandlungen mit dem Pächter der Amerikanischen Musikhalle, Badstr. 85/86, Herrn P. Kemson, und dem Verband der Gastwirtsgehilfen endeten mit einem günstigen Vertragsabschluss. Die Differenzen sind dadurch beseitigt und die Sperre über das genannte Lokal ist aufgehoben.

Deutsches Reich.

Arbeitslosenunterstützung im Bauarbeiterverband.

Wie uns ein Telegramm aus Hamburg mitteilt, beschloß der außerordentliche Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes mit 221 gegen 47 Stimmen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Arbeitszustände in einer Zentrumsdomäne.

Wie es mit der Arbeiterfreundlichkeit der Zentrumsler dort aussieht, wo die Arbeiter die unumkehrbare Macht haben, zeigen folgende Glanzbilder aus der über 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen zählenden Glasindustrie in Vallersbühl (Lehringen).

In der Nähe der Kreisstadt Saarburg in Lothringen befinden sich zwei Glashütten, deren Fabrikate Beltruf besitzen. 3000 Arbeiter werden in den beiden Glashütten beschäftigt, von denen die eine im letzten Geschäftsjahr allein einen Reingewinn von 1.400.000 M. herausgewirtschaftet hat. Die Arbeiter sind fast durchweg Einheimische, ein kleiner Teil kommt aus der Umgegend und bleibt während der Winternächte in Vallersbühl. Die in den Glashütten gezahlten Löhne sind wahre Hungerlöhne. So erhalten Tagelöhner 2,20 M. pro Tag. Im Afford werden 35 bis 45 M. verdient, aber nicht etwa in der Woche, sondern im Monat. Der Durchschnittslohn beträgt 60 bis 70 M. Ganz besonders qualifizierte Arbeiter kommen auf 100 M.; diese Arbeiter bilden aber eine Ausnahme. Aber nicht nur unter niedrigen Löhnen haben die Arbeiter zu leiden, sie schmachten auch noch unter einem sehr unglücklichen System der Produktionsmethode. So müssen die Glashütter einen großen Teil ihres Werkzeuges selbst stellen. Der Holz und die Formen müssen ebenfalls vom Arbeiter beschafft werden, und die Schleifer müssen die Steine, die manchmal einen Anschaffungspreis von 100 M. verursachen, ebenfalls stellen. Neben diesen Artikeln müssen Bindeweis, Schlappen, Petroleum und Lampenöfen von den Beschäftigten bezahlet werden. Aber nicht etwa zum Selbstkostenpreise können diese Hilfsmittel gekauft werden. Welche Betriebe haben Fabrikkonsum, wo die Waren bezogen werden, und zwar fast immer auf Kredit. Am Lohnstage wird dann alles verrechnet und abgezogen, so daß viele Arbeiter häufig ohne einen Pfennig Geld nach Hause gehen müssen, trotzdem noch viele u. a. zu bezahlen ist. Verdient ein Arbeiter nicht so viel, als er Schulden im Fabrikonsum hat, so erhält er im nächsten Monat nur so viel Waren, als er im Monatslohn restlos bezahlen kann. Im überhaupt Geld in die Finger zu bekommen, entnehmen viele Arbeiter aus dem Konsum Waren, die sie dann wieder verkaufen, billiger natürlich als im Konsum. Am Jahresabschluss erhalten die Arbeiter von ihren Einflüssen 5 Proz. Gehalts, aber auch das wird nicht in bar ausgezahlt, sondern hier gibt es wieder Waren dafür.

Neben der langen Fabrikarbeit treiben die Arbeiter, um nicht zu verhungern, Landwirtschaft. Das Geld zum Kauf oder zur Pacht eines Stück Landes streift die Fabrik mit 5 Proz. Zinsen verzeichnet. Da die meisten Arbeiter die Summe nicht zurückgeben können, sind sie dem Fabrikherrn auf Gnade und Ungnade überlassen.

Die familiären Verhältnisse sind in beiden Betrieben auf derselben Höhe, wie man nach den bisher geschilderten vorläufigen Zuständen sich selbst denken kann. Etwas „Modernes“ haben die Glashütter aber doch. Das sind die Pensionskassen. Von jeder Mark Verdienst werden 3,75 Pf. für diese Kasse abgezogen, aus der dann die Arbeiter nach 10, 12 und 15 M. Pension pro Monat beziehen. Scheidet aber ein Arbeiter vorher aus, so gehen die Beiträge von fünf Jahren dem Arbeiter verloren.

Die einzige Freude, die die Arbeiter in dieser klerikalen Hochburg haben, ist der Schnaps. Ja, Arbeiter der Glashütten bekennen ganz offen, daß ein Rausch der einzige Moment ihres Glückes sei.

Das Glanzbild, das hier der Offenheit unterbreitet wird, ist typisch für die soziale Tätigkeit der Zentrumsler. Wohl waren vor fünf Jahren die Christlichen in den Vogesenorten, aber ihre Fahrten per Auto mit den Fabrikanten und ihre sonstige Freundschaft mit den Unternehmern haben sie um jeden Kredit bei den Arbeitern gebracht. Weder der Abgeordnete des Reiches, noch die Weisheit haben bisher einen Finger für die Arbeiter gerührt. Hier hätten die schwarzen Herrschaften zeigen können, wie es um ihre sozialpolitische Herz bestellt ist. Nichts ist aber gegeben, um das traurige Los der Arbeiter zu bessern. Nur den freien Gewerkschaften hat man die Säule abgetrieben und die Sozialdemokratie wurde verleumdet. Jetzt zieht das aber nicht mehr. Die freien Gewerkschaften haben mit den Arbeitern Fühlung bekommen. Darum fahren jetzt auch so viele Autos mit klerikalen Rednern und „Arbeiterfreunden“ in der Gegend herum.

Auch eine „Nötigung“!

Wie wir in unserer Kammer vom 27. November berichtet haben, hatte die Staatsanwaltschaft zu Frankfurt gegen den Beamten des Deutschen Bauarbeiterverbandes, den Genossen Eberle in Mannheim, ein Verfahren wegen „Nötigung“ eingeleitet. Derselbe hatte in einer Beschwerde über die völlig ungenügende Durchführung des Bauarbeitergesetzes an das Bezirksamt „gedroht“, er werde, wenn keine Abhilfe erfolge, deren jeder Eingabe, die er in dieser Angelegenheit an das Bezirksamt mache, dem lgl. hayer. Ministerium eine Abschrift zugeben lassen. Daß daraufhin ein Verfahren wegen Nötigung eröffnet und ein fremdes Gericht sogar mit der Vernehmung des Inhabers betraut wurde, klingt so unglaublich, daß man die ganze unheimliche Aktion, die hier eingeleitet wurde, nicht für möglich halten sollte. Jetzt, nachdem unsere Parteigenossen Lärm geschlagen, ist der Frankfurter Staatsanwalt endlich ein Seifenfieder aufgegangen und sie hat — ohne dabei auch nur einen einzigen Grund anzugeben — das Verfahren gegen den Verdächtigen, der eine lgl. hayerische Beschwerde zu etwas Gutem zu nötigen anzubringen sich nicht getraut hatte, das h o s n o p e i n l i e h e Verfahren eingestellt.

Wie dringend notwendig aber ein energisches Eingreifen zum Schutze der Bauarbeiter im Frankfurter Bezirk ist, zeigt die ungeheuer große Zahl von Unfällen, die dort im letzten Jahre vorgekommen sind. Während die Frankfurter Staatsanwaltschaft in

Augenmerk einmal darauf richten, so würde sie hier eher Gelegenheit finden, strafgerichtlich einzuschreiten.

Ausland.

Vom Branddruckerstreik in Innsbruck.

Infolge des passiven Widerstandes der Buchdruckergehilfen können von Innsbrucker Zeitungen die „Tiroler Stimmen“ nur in beschränktem Umfang und der „Tiroler Anzeiger“ überhaupt nicht erscheinen. In der Vereinsdruckerei, wo die „Tiroler Stimmen“ herausgegeben werden, wurden gestern vormittag sämtliche Arbeiter entlassen.

Aus der Partei.

Kommunalwählerfolge.

Bei der Stadterordnetenwahl in Fienzburg wurden sämtliche drei zur Wahl stehenden Sitze durch die Sozialdemokratie erobert. Die Sozialdemokratie hat jetzt sechs Sitze im Rathaus.

In dem Kurort Kallentum im Fürstentum Liechtenstein erlangen unsere Genossen bei den Ortsauswahlgewahlen drei Mandate. Von den zwölf Sitzen im Ortsauswahlgremium gehören nunmehr sechs der Sozialdemokratie.

Der deutsche Kaisertrauer vor der russischen Justiz.

In Narwa (Estland) wurde der estnische Schriftsteller Joh. Köpfer während eines Besuchs beim Untersuchungsrichter, zu dem er als Zeuge zitiert war, festgenommen. Er wird beschuldigt, daß er als falscher Leiter des Arbeiterblattes „Aur“ (der nominelle Herausgeber war ein anderer) den veramtlichten Redakteur „überredet“ habe, den Aufruf des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie zum 1. Mai in estnischer Uebersetzung in „Aur“ abzuordnen. Köpfer wird nach § 129 des Kriminalgesetzes (Umschlag der bestehenden Staatsordnung) angeklagt.

Sozialistische Fortschritte in den Vereinigten Staaten.

Die Staats- und Gemeindevahlen brachten in einer Reihe von Staaten sozialistische Siege oder große Stimmzunahmen. In der Stadt New York wurde der erste Sozialist in den Stadtrat gewählt. Die Stimmzahl war insgesamt 3200, 5800 mehr, als bei der Mayorwahl der Kandidat, Genosse Russell, bei der letzten Gouverneurswahl erhalten hatte. — In Schenectady unterlag, wie zu erwarten war, Genosse Lunn als Mayor und die sozialistische Stadtratsmehrheit den diesmal vereinigten Gegnern mit 2100 Stimmen. Doch war die Stimmzahl über 2000 größer als vor zwei Jahren. Fünf sozialistische Stadtratsmitglieder und ein Landtagsabgeordneter wurden gewählt. Außerdem siegte Genosse Welch als erster sozialistischer Scheriff (Kreisrichter, Landrat) der Union. Vor fünf Jahren erhielt er im Bezirke 37 Stimmen, vor zwei Jahren einige Hundert weniger als der Gegner — diesmal siegte er mit 1059 Stimmen Mehrheit. — In Paterson, New-Jersey, wo die Stadtverwaltung in brutalster Weise gegen die streikenden Seidenarbeiter vorgegangen war, unterlag unser Kandidat nach einem heftigsten heftigen Kampfe den vereinigten Gegnern mit wenig hundert Stimmen. Für ihn stimmten 5155; auf den Kandidaten der Deaconen entfielen 54 Stimmen.

In Boston, Mass., wurde ein Genosse in den Landtag gewählt. In Staunton, Indiana, und Hamilton, Ohio, wurden nur Sozialisten gewählt, in einer Reihe anderer Orte in Ohio usw. sozialistische Mayors und Ratsmitglieder. In Indianapolis stieg die Stimmzahl seit 1912 von 955 auf 3500. In Cleveland, Ohio, erhielten wir 17.607 Stimmen. In Haledon, New-Jersey, dessen Mayor, Genosse Brüdmann, im Streik des beschwerten Vaterland die Rechte der Arbeiter entschieden gewahrt hatte, blieben die Sozialisten auch diesmal hegemon. Sie wählten zwei Ratsmitglieder und zwei Friedensrichter. Auch der Gouverneurskandidat Neilly erhielt von allen dort die höchste Stimmzahl.

Nach dem Berichte des Parteibureaus hat die Mitgliederzahl der Partei von Juni bis Oktober sich um rund 18.000 erhöht und nun die 100.000 überschritten. Es soll eine weitere planmäßige Werbearbeit betrieben werden, durch die man bis zur Kongresswahl von 1914 die Mitgliederzahl auf 150.000 zu bringen hofft. — Auch große Geldzuwendungen sind der Partei in letzter Zeit zufließen gekommen. Ein in Alaska gestorbener Genosse hat sein ganzes Vermögen, etwa 50.000 Dollar, der Partei zur Verbreitung von Literatur hinterlassen. Da er seinen in New Orleans wohnenden Geschwister nur je 1.50 Dollar vermacht hat, wollen sie das Testament anfechten. Ein anderer Genosse, der nicht genannt sein will, hat dem Wochenblatt „Appeal to Reason“ zur Einleitung einer großen Verbreitungskampagne ebenfalls 50.000 Dollar überwiesen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das „liberale“ Vereinsgesetz in der Praxis.

Dieser Tage wurde der Arbeiterturnverein einer Gemeinde bei Nordhausen als politischer Verein erklärt, trotzdem die geladenen Genossen, ebenso der als Zeuge vernommene Ortschuleausführer, von einer politischen Betätigung noch nie etwas bemerkt zu haben. Begründet für das Urteil wurde angeführt, daß sich die Mitglieder als „Turngenossen“ anreden, nicht „Gut Heil!“, sondern „Frei Heil!“ rufen und die Vereine besuchen, die der Deutschen Turnerschaft angehören. — Auch eine Argumentation!

Schwarze und rote Freischüler vor Gericht.

Zwei interessante Verleumdungsprozesse, die miteinander in Zusammenhang stehen, wurden am Sonnabend vor dem Nürnberger Schöffengericht verhandelt. Im ersten Fall handelte es sich um die „Nürnberger Volkzeitung“, eines der ruppigsten Zentrumsblätter. Auffallend häufig werden Angriffe gegen den Landtagsabgeordneten und Rechtsanwalt Genossen Dr. Süßheim geschleudert, der vor Gericht viel in Streitprozessen in Anspruch genommen wird und dabei im Interesse seiner Kandidaten sich manchmal veranlaßt sieht, die als Anzeiger und Zeugen auftretenden Schulleute etwas herzzunehmen und richtig zu charakterisieren. Im Februar brachte das Blatt an zwei aufeinander folgenden Tagen Artikel mit den ehrenrührigsten Angriffen gegen Dr. Süßheim, dem u. a. vorgeworfen war, daß er mit seinem Auftreten als Verteidiger auf die niedrigen Instanzen seiner Parteigenossen im Justizraum spekuliere, um ihnen ein häßliches Schicksal abzurufen usw. Er betreibe die Herabwürdigung der Schulleute sportemäßig und aus verwerflichen Motiven. Süßheim sah sich nun gezwungen, den veramtlichten Redakteur des schwarzen Blattes, Trochmann, einen christlichen Arbeiterführer, wegen Verleumdung zu verklagen. Die Klage sollte schon im Mai verhandelt werden, aber im Laufe der Verhandlung erklärte Trochmann plötzlich zur allgemeinen Verwunderung, daß er die Verantwortung für die Artikel ablehne, er habe diese vor dem Druck nicht gesehen. Als Verfasser nannte er seinen Mitredakteur Jäder, einen früheren Rechtspraktikanten. Süßheim dachte nun die Klage auch auf Jäder aus, die Verhandlung wurde darauf vertagt. Im Termin spielten die beiden Beklagten eine sehr komische Rolle. Alles Drehen und Winden half ihnen nichts. Trochmann wurde zu 300 M., Jäder zu 450 M. Geldstrafe verurteilt.

Im Anschluß daran mußte sich Genosse Schneider von der „Frankfurter Tagespost“ wegen Verleumdung des Herrn Trochmann verteidigen. Als bei der Verhandlung der Klage Süßheim Trochmann im Mai der letzten den Verfasser der Artikel genannt hatte, geteilt die „Frankfurter Tagespost“ dieses Vorgehen sehr scharf vom Standpunkt der journalistischen Berufsethre aus in zwei Artikeln. Es stellte sich aber dann heraus, daß Jäder mit seiner Einwilligung als Verfasser genannt worden war. Sein Anwalt hatte in der Verhandlung dem Vorsitzenden, der jetzt kurz vorher seine höchste Hebertragung über die Namensnennung ausgebrocht hatte, eine dahingehende Erklärung Jäders überreicht, die aber weder verlesen

noch ihrem Inhalte nach bekanntgemacht worden war. Auch die Berichterstatter der sämtlichen bürgerlichen Blätter hielten von dem Vorgang nichts bemerkt und befanden sich in dem gleichen Irrtum wie die „Frankfurter Tagespost“. Diese korrigierte sofort, als ihr der wahre Sachverhalt bekannt geworden war, ihre Bemerkungen über das Verhalten Trochmanns, der nun klugbar vorging und den Genossen Schneider wegen „verleumderischer“ Verleumdung bekräftigt haben sollte. Das Gericht sprach wegen Verleumdung in zwei Fällen Geldstrafen in Höhe von 100 M. und 150 M. aus, wobei der Irrtum, in dem sich unser Nürnberger Parteiblatt befand, geurteilt wurde.

Jugendbewegung.

Aus der evangelischen Jugendbewegung.

Der Westdeutsche Jünglingsbund, wohl der bedeutendste und lebendigste in der evangelischen Jugendbewegung, hat dieser Tage eine Vertreterversammlung in Elberfeld abgehalten. Laut dem Bericht des Bundesdirektors Pastor Meyer hat der Bund zurzeit 51 Kreisverbände und mehr als 52.000 Mitglieder, von denen aber nur 27.959 unter 20 Jahren sind, so daß man getrost annehmen darf: noch nicht die Hälfte der evangelischen Jugendbewegung (zurzeit etwa 180.000 Mitglieder besteht aus Jugendlichen unter 18 Jahren. In besonderen Anabenvereinigungen waren 4308 Mitglieder gesammelt. In Zukunft soll die Pflege der Mitglieder von 17—20 Jahren und die Fürsorge für entlassene Straflinge besonders lebhaft betrieben werden. Auch die jungen Deutschen im Auslande und die Marinevolksten sollen mit den Heilsbotschaften beglückt werden.

Recht eingehend diskutierte man über den Jungdeutschlandbund, konnte aber zu keiner Einigung gelangen. Die Frage soll durch einen besonderen Ausschuss geklärt werden. Auch die evangelische Jugendbewegung steht eben dem Jungdeutschlandbund recht reserviert gegenüber, ebenso gut wie die katholische. Beide fürchten, daß ihnen der junge Bruder über den Kopf wachsen könnte und sie eines Tages mit ihren Sidelprügeln ohne Jugendliche sitzen läßt.

Soziales.

Ein Fehlurteil des Gewerbegerichts.

Ein Vater klagte bei der 8. Kammer des hiesigen Gewerbegerichts gegen die Projektions-Kino-Gesellschaft Union aus folgendem Anlaß auf Zahlung des Lohns für eine Woche und auf Ausstellung eines Zeugnisses. Kläger ist ohne Einholung einer Kündigungsfrist sofort entlassen, weil er die Aufforderung, auf dem Ruhboden zu warten, mit dem Bemerkten ablehnte, dazu sei der Tisch im Paddock da. Die Beklagte lehnte es ab, für mehr als eine Woche zu zahlen und lehnte auch die verlangte Ausstellung eines Zeugnisses über Führung und Leistung ab.

Das Gericht verurteilte die Beklagte mit Recht zur Zahlung des eingeklagten Lohnes, da kein Grund zur sofortigen Entlassung vorgelegen hat. Im Widerspruch zu dieser Anerkennung des Rechts des Klägers stand aber das Verhalten des Gerichts hinsichtlich des Zeugnisses. Es verurteilte nämlich den Beklagten, der allerlei Einwendungen erhob, zur Ausstellung eines Zeugnisses, aber eines solchen, das folgenden Wortlaut haben soll:

„Der . . . war vom 1. Januar bis 18. Oktober 1913 bei uns als Vater tätig. Während der Tätigkeit des Direktors Stark bei uns, war er ein außerordentlich zuverlässiger, fleißiger, williger und durchaus ehrlicher Mann, der seine Pflichten jederzeit aus eifriger Erfüllung. Nachher hat er sich verabschiedet und ungebührlich betragen und mußte deswegen schließlich seine Entlassung erlangen.“

Der Schlussatz dieses Zeugnisses widerspricht der durch das vorher gefällte Urteil des Gewerbegerichts anerkannten Wahrheit. Durch Jubilierung des Gehalts für eine weitere Woche ist anerkannt, daß ein angeblich ungebührliches Betragen, das als Entlassungsgrund geltend gemacht wurde, nicht vorliegt. Wenn ein groß ungebührliches Betragen nicht festgestellt werden konnte, so durfte das Gericht auch nicht zulassen, daß in dem Zeugnis auf ein ungebührliches Betragen hingewiesen wird. Es liegt hier ein Fehlurteil vor, durch welchen der Inhaber des Zeugnisses schwer in seinem Fortkommen geschädigt wird. Das Zeugnis dürfte den Passus über angeblich ungebührliches Betragen überhaupt nicht enthalten. Denn es ist vom Gericht für widerlegt erachtet, daß die Beklagte den Kläger deshalb entlassen mußte; es hat vielmehr mit Recht angenommen, daß sie ihn deshalb nicht entlassen durfte.

Daß ein Gewerbegericht ein solches Urteil fällt, ist um so bedauerlicher, als es zum mindesten recht zweifelhaft ist, ob gegen das Fehlurteil eine Berufung zulässig ist.

Die Tochter gegen den Vater.

Die Tochter des Sargfabrikanten Breilmann klagte gestern vor dem Innungsgerichtsgericht gegen ihren Vater auf vorläufig 2100 Mark. Die Klagerin gibt an, seit Oktober 1906 im Gehalt ihres Vaters tätig zu sein; zunächst als Lehrmädchen gegen freie Kost und Logis. Im letzten Lehrjahre sollte sie monatlich 30 M. erhalten. Später hatte sie das Gehalt zu leiten und erhielt außer freier Station zunächst 30 M., später 75 M. zugeführt, aber niemals ausbezahlt. Demnach sprachen dieselbe sich die Schulsumme jetzt auf 4880 M. eingeklagt wurde jedoch nur obiger Teilbetrag. Verjährung wurde nicht eingewandt, vielmehr der Klagenanspruch voll anerkannt. Seinem Anerkenntnis gemäß wurde der Beklagte verurteilt. Die Kosten zahlte die Tochter.

Der Fall ist ein etwas merkwürdiger, recht selten vorkommender, daß ein Kind gegen seinen Vater aus einem angeblichen Arbeitsvertrag klagt. In der Regel wird das Vorhandensein eines solchen nicht als vorliegend sein, weil das Kind die Dienste in der Regel als unentgeltliche auf Grund des Gewaltverhältnisses zwischen Vater und Kind zu leisten hat. Ob es im vorliegenden Fall anders lag, läßt sich nicht ersehen, da das Gewaltverhältnis infolge des Anerkennnisses unaufgeklärt blieb. Das auf Grund dieses Anerkennnisses ergangene Urteil steht der Geltendmachung von Forderungen nicht entgegen, die etwa von Gläubigern erhoben werden und sich durch das Anerkenntnis benachteiligt fühlen.

Verlegung des Herzstreffs in Württemberg.

Zwischen dem Verband der württembergischen Krankenkassen ist, wie uns telegraphisch gemeldet wird, gestern unter Mitwirkung des Oberversicherungsamts ein Vertrag auf fünf Jahre zustande gekommen. Damit ist in Württemberg der Friede zwischen den Organisationen der Ärzte und den Krankenkassen gesichert.

Denn er hatte keine Herberge!

(Kein Weihnachtsmärchen.)

Der Arbeiter Karl Breit ist 77 Jahre alt und „ohne feilen Bahnhofs“. Trotz diesem hohen Alter ist Breit unbeschadet, bis auf 3 M., die er wegen „Betrug“ erhalten hat. Der Mann hatte einmal bei einem Bezirkskommando als „Veteran“, der 64, 65 und 70 mitgemacht“, Unterstützung beantragt. Bei der Nachforschung stellte sich dann heraus, daß Breit gar nicht Soldat gewesen war. In einem Tage im September legte sich der obdachlose Greis in einem Feld bei Dorfmuß müde und nach abends in einen Strohhäufen, um dort zu schlafen. Der Besitzer des Grundstücks tritt noch spät mit zwei Anechten ins Feld und auch an den Strohhäufen. Die Pferde traten dem alten Manne auf die Beine. Der Greis dachte auf die boshafte Aufforderung, sich fortzusetzen, ihn doch liegen zu lassen, er tue ja nichts. Geld habe er nicht und er wisse nicht, wohin. Der Landwirt gab dem Alten 30 Pf. mit dem Bemerkten, nach einer Herberge zu gehen. Dazu waren aber 30 Pf. notwendig. Als der Bauer und seine Arbeiter wieder fortgeritten

waren, ging Preis abermals nach dem Strohkaufen. In einem zweiten Haufen schloß ein Betannter des Altes. Der wurde nachts nach und er sah, daß der eine Strohhaufen brannte. Preis ging am Morgen zur Polizei, meldete sich krank und obdachlos und bezeugte sich der Brandstiftung. So befand der alte Mann, was er gern haben wollte: ein Obdach, nämlich im Gefängnis. Preis stand am Sonntagabend vor dem Schuratrüch in Dortmund. Er blieb bei seinem Gefändnis. Das Bein habe ihn geschmerzt, so gab Preis an; er habe nicht mehr recht voran gekonnt und nicht gemußt, moßin; da sie ihm der Gedanke gekommen, das Stroh anzugünden, damit er ins Gefängnis komme!

Der Geis mit weichen Haaren erhielt 8 Monate Gefängnis. Auf die Frage des Gerichtsvorsitzenden, ob er die Strafe annehme, antwortete der Alte: „Ja, ja! Da bekomme ich wenigstens zu essen!“ Und der Mann humpelte in seine Zelle.

Bald erschallt es wieder in allen Kirchen der Christenheit: „Ehre sei Gott in der Höhe, Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“ Bewogen Gemütes und fromm erschauend wird der Wär gedacht, daß der Heiland in einem Stalle geboren sei, diemeil man seine Herberge gehabt. Und man dankt seinem Gott, daß wir es doch nicht „so herrlich weit gebracht“, daß die „Kompostschüssel“ voll, und daß für den Arbeiter „gesorgt“ ist „bis ins hohe Alter...“!

Agarische Pachtwirtschaft auf dem Lande.

Der wohlhabende Landwirt Otto Reisch aus Beesen bei Halle an der Saale stand vor dem Schwurgericht wegen Raubmord unter Anklage. Obwohl der 30jährige Mann verheiratet ist, soll er wiederholt seine Dienstmädchen vergewaltigt haben. Auch die 14jährige Tochter eines Berginvaliden schonte er nicht. Die Verhandlung, zu der 19 Zeugen geladen waren, war nicht öffentlich und hatte das Ergebnis, daß Reisch unter Verjagung mildernder Umstände zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt wurde. In der Urteilsbegründung wurde betont, der Angeklagte besitze einen außerordentlich starken sinnlichen Hang und habe ihn gerade gegen solche weibliche Personen betätigt, die in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihm standen und ihm deshalb weniger Widerstand entgegenzusetzen konnten.

Einige Vergewaltigte sollen mit Geld „abgefunden“ worden sein.

Verfammlungen.

Am Vorabend neuer Kämpfe um den Zolltarif.

Heber dieses Thema sprach am Sonntag Genosse Emil Eichhorn in einer öffentlichen Schifferversammlung. In einem wirtschaftspolitischen Rückblick, in dem Redner ein anschauliches Bild von den Jollen entwarf, zeigte er, welche Folgen der Zolltarif von 1902 gezeitigt hatte. Alles, was unsere Genossen damals im Reichstage vorausgesagt hätten, sei eingetroffen. An Hand von vielen Beispielen aus dem täglichen Leben konnte Redner den Schiffen mit aller Deutlichkeit vor Augen führen, wie alle damals aufgebürdeten Lasten letzten Endes doch auf die Schultern der arbeitenden Massen, wozu die Stannschiffer ebenfalls gehören, abgewälzt worden sind. Gerade die Schifferbevölkerung sei von den Folgen dieses Zolltarifs besonders schwer getroffen und ihr ohnehin schon harter Kampf um die Existenz außerordentlich erschwert worden. Nunmehr stehe man wiederum am Vorabend neuer Zollkämpfe und schon zeige es sich, daß aufs neue ein Raubzug in Form eines lächerlichen Zolltarifs auf die Taschen der Vermissten unternommen werden soll. Agrarier und Großkapitalisten nebst ihrem Anhang haben schon gemeinsam ihre Schlichtungspläne festgelegt, und da diese Gruppen im Reichstag stark vertreten sind, hätten die arbeitenden Massen alle Ursache, den kommenden Dingen die ernstlichste Beachtung zu schenken. Schon ist die Krise bitter genug, gelingen den Volksfeinden ihre Pläne, so erhält das Wirtschaftsleben in der nächsten Zeit wiederum furchtbare Rückschläge. Eingehend zeigte Redner auch die ungünstige Einwirkung dieser Verfassung auf die Schiffer, wozu sich ergebe, daß die Schiffer allen Grund hätten, aufs schärfste den Kampf aufzunehmen.

Allseitiger Beifall lohnte den Redner am Schluß seiner Ausführungen. In der Diskussion sprach nur noch Genosse Schwedler, der den Schiffen die Ursachen auseinanderetzte, durch die der Kleinschiffer immer mehr in seinem Lebenserwerb bedrängt werde. Wollten sie nicht noch ganz und gar sich der wirtschaftlichen Krise preisgeben, so müßten sie ihre falschen Freunde energisch abschütteln und die wirkliche Vertreterin ihrer Interessen, die Sozialdemokratie unterstützen.

Wartpreise von Berlin am 29. November 1913, nach Ermittlungen des fgl. Volksgeldprüfungsamts. Reis (mispel), gute Sorte 16,00—16,90, mittel 00,00—00,60, geringe 00,00—00,00. Reis (runder), gute Sorte 14,80—15,10, mittleres 0,00. Hen 6,20—7,80.

Wartpreisenliste 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße 35,00—60,00. Linien 36,00—70,00. Kartoffeln (Kleinbül.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, vom der Seite 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,40—7,20. 1 Kilogramm Karotten 1,00—2,40. Sale 1,90—3,00. Bänder 1,20—3,20. Hefte 1,20—2,40. Wäsche 1,00—2,00. Schlei 1,90—3,20. Mele 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 1,00—2,40.

Witterungsbericht vom 1. Dezember 1913.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C
Stettin	756	SW	4	7	Köpenick	756	SW	4	7
Hamburg	759	SW	5	8	Petersburg	757	SW	4	8
Berlin	760	SW	6	9	Wien	760	SW	5	11
Frankfurt	768	SW	4	7	Berden	757	SW	4	7
München	770	SW	3	6	Paris	771	SW	2	5
Wien	766	SW	3	6					

Wetterprognose für Dienstag, den 2. Dezember 1913.
Etwas kühler, zeitweise auffarend, vorwiegend noch trübe mit geringen Niederschlägen und sehr kalten Winden.

Wasserstands-Richtlinien
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 30.11.		am 29.11.	
	am	seil	am	seil
Remel, Mühl	242	—	242	—
Bregel, Sanktburg	54	—	54	—
Reichel, Thon	184	—	184	—
Dber, Rathor	333	+89	333	+89
Krossen	159	—	159	—
Frankfurt	163	—	163	—
Wartze, Schimm	96	—	96	—
Landberg	65	+1	65	+1
Rege, Bardenau	6	0	6	0
Elbe, Zeitmerz	88	+50	88	+50
Dresden	-116	-12	-116	-12
Darbo	100	-1	100	-1
Wagdeburg	88	-2	88	-2

Allgemeine Ortskrankenkasse f. Neukölln.

Bekanntmachung.
Auf Grund des § 9 der Wahlordnung werden die **wahlberechtigten Ausschußvertreter** der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hierdurch davon in Kenntnis gesetzt, daß die eingereichten Wahlorschläge für die **Mitglieder des Kassenvorstandes** für gültig befunden worden sind.

Da sowohl auf dem für die Arbeitgeber-Vertreter als auch für die Versicherten-Vertreter eingereichten Wahlorschläge im ganzen nur so viele wählbare Bewerber genannt sind, wie Vorstandsmitglieder zu wählen waren, so gelten die vorgeschlagenen Bewerber als gewählt.

Die für den 3. Dezember 1913 anberaumten Wahlen der wahlberechtigten Ausschußvertreter werden demzufolge hiermit aufgehoben.

Gleichzeitig werden die Wahlberechtigten davon in Kenntnis gesetzt, daß der von den wahlberechtigten Arbeitgeber-Vertretern durch Herrn Hermann Rabitz, Neukölln, eingereichte Wahlorschlag 3 Vorstandsmitglieder und 6 Ersatzmänner derselben, beginnend mit Hermann Scherich, Neukölln, Müdenbruchstr. 61, enthält; der Wahlorschlag der wahlberechtigten Versicherten-Vertreter, eingereicht durch Herrn Gustav Wittig, Neukölln, enthält 6 Vorstandsmitglieder und 12 Ersatzmänner derselben, beginnend mit Ludwig Geiswinder, Neukölln, Boddinstr. 26.

Die Wahlorschläge können von den Wahlberechtigten im Kassentotal, Neukölln, 11/12, Zimmer 4, werktäglich in der Zeit von 8 bis 1 Uhr, eingesehen werden.

Sie können innerhalb zweier Wochen, vom Tage dieser Bekanntmachung ab gerechnet, angefochten werden.

Anfechtungen sind bei dem Vorstand oder bei dem Versicherungsausschuss Neukölln anzubringen.

Neukölln, den 1. Dezember 1913.

Der Kassenvorstand.
Fiedler, Vorsitzender. Zaleski, Schriftführer. 290/14

JOSETTI
Cigaretten

Vera Gold 3s

KON-LINON

Bei Rückgratverkrümmung glänzende Erfolge

mit meinem berühmten regulierbaren **Repressions-Apparat** — System Hans — für Erwachsene und Kinder. Mein Apparat wurde aus dem 16. Aerzte-Kongress in Lemberg mit dem 1. Preis ausgezeichnet und erhielt auf der Internationalen Hygiene Ausstellung in Dresden 1911 die silberne Medaille. Prospekt und sachverständige Erläuterung kostenlos.

F. Menzel, Berlin W. 35, Spandauer Ufer 23

Oskar Wollburg Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 55.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Änderungen sofort.

Bruchbandagen, Leibrinden, Geradhalter, Irrigatore, Spritzen etc., Suspensoren, sowie alle Artikel z. Krankenpflege empfiehlt **Fabrikant Pollmann**, jetzt Berlin N., Lothringer Str. 80. Eigene Werkstatt. Lieferant für Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Brauerei F. Happoldt Neuer Konzert-Saal
Gafenbeide 32,55 Eingang Gräfstraße.
Spielplan der Wintersaison 1913/14.
Jeden Sonntag und Dienstag: **Großes Konzert** des Russ. Corps des 2. G. R. 3. Reg. Obermusikmeister Max Graf. — Außerdem Dienstag: **Bioscope-Theater.** — Mittwochs: **Alfred Benders humoristischer Abend.**

Passauer Gänse
bratfertig, mit Fett u. Innereien, 4—6 Stk. schwer, per Pfd. 88—90 Pf., inkl. Fracht u. Verpackung geg. Nachnahme in nur feiner Ware. 231/77
Joh. Hagers Wwe.
Passau (Bayern).

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,
Zuh.: P. Golletz
Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 348.

PILSATOR
EIN GUTER TRUNK AM STAMMTISCH UND IM HAUSE
Überall zu haben in Flaschen, Kannen und Siphons
BÖHMISCHES BRAUHAUS
No 12. Teleph.: Amt Königsplatz 1028, 628/90

Reuters Werke Heines Werke
3 Bände 4 Mark Buchhandlung Vorwärts

Möbelfabrik Rob. Seelisch
Berlin O13, Rigaer Str. 71-73 a
empfiehlt gute preiswerte Möbel Einrichtungen von 187 M. bis 10,000 M.
154 Musterräume
Lagerräume: 6696 q-Mtr. groß.
Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.
Illustrierte Kataloge gratis und franko!

Beimotivmink
Gicht, Gliederreizen, Nerven- und Körper Schmerzen, Hüftweh, Gichtmuskeln usw. sind oft unerträglich, daher gebrauche man **Reichel's Elektricum**
(Echtes) Nichtenadelwaldwollschmelzreines ungeschädigtes Naturprodukt ohne Alkohol. Elektricum wirkt nicht nur momentan wie spirituelle Einreibungen auf den Körper, sondern ist von kräftig durchgreifender, schmerzstillender Wirkung.
Man nehme nur **Reichel's Elektricum**.
Flasche 60 Pf., 1.— Mark u. 2.— Mark.
Wenn in Drogerien nicht erhältlich: Dr. Otto Reichel, 50 43, Eisenbahnstr. 4.

Tätowierung
entfernt Dr. Schönemann
Spezialarzt für Hautkrankheiten
Berlin S., Oranienstraße 139.

Ortskrankenkasse Niederbarnim.

Auswahlwahl.

Endlich hat das Versicherungsamte den Wahltermin und die Bezirkseinteilung veröffentlicht. Die Wahl findet am Sonntag, den 4. Januar 1914, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 6 Uhr für die Arbeitgeber und Versicherten statt. Zu wählen sind von den Arbeitgebern 20 Vertreter und 40 Stellvertreter, von den Versicherten 40 Vertreter und 80 Stellvertreter. Da die Bekanntmachungen der neuen Kasse nur im Niederbarnimer Kreisblatt erfolgten, die jetzige aber zu umfangreich ist, um sie hier abdrucken zu können, müssen wir uns mit einem Auszug begnügen. Jeder der 14 Wahlbezirke ist wieder in eine Anzahl Stimmbezirke eingeteilt und für jeden dieser Stimmbezirke ist ein Wahllokal festgemacht. Wir wollen deshalb nur die Orte auflisten, die zu einem Wahlbezirk gehören.

Der 1. Wahlbezirk umfasst die Gemeinden Berg, Kienitz, Perpenzschleuse Ort und Gut, Großschönebeck, Eichhorst, Alandort, Schluff, Güter Großschönebeck, Forst, Weichsel-Forst, Groß-Schöneheide, Hemmerdorf und Gut, Liebenwalde, Stadt Liebenwalde, Gemeinde Kreuzbruch, Dorf und Gut Neuholand, Marienwerder, Mühlendorf, Sophienstadt und den Forstgutbezirk Diejenhof (Grasensbrück).

Der 2. Wahlbezirk besteht aus den Gemeinden Wandlitz, Bassdorf, Jätsdorf, Klosterfelde, Stolzenhagen, Malz, Bernsdorf, Rassenheide, Dorf und Gut Freienhagen, Friedrichsthal, Gutsbezirk-anteil Stadthagen, Lanke Dorf und Güter mit Freuden, Freuden Gemeinde, Güter Mehndorf, Arendsee, Reuderschen, Sachsenhausen, Gut Friedenthal, Schmachtenhagen, Wensikendorf, Zehendorf Dorf und Gut.

Der 3. Wahlbezirk gehören Birkenwerder, Dorf und Gut Vorgardorf, Bergfelde, Schönjoch Dorf und Gut, Dramenburger-Forst, Lehmitz, Dorf und Gut Rühlensfelde, Dorf und Gut Antonie-Summit, Hohenneudorf, Stolpe Dorf und Gut, Stadt Dramenburg und Gerandorf.

Der 4. Wahlbezirk umfasst Stadt Bernau, Gut Schmehrdorf, Buch Dorf und Gut, Diezholz, Schwanebeck, Dorf und Gut Bernide, Schönwalde Dorf und Gut, Schönow, Schönkerlinde, Gorin, Lindenberg, Karow, Löhmme, Dorf und Gut, Seefeld, Krümmenfelde, Zepernitz mit Kottenthal.

Der 5. Wahlbezirk gehören Gut Krohnau, Hermsdorf, Glienide, Lübars mit Waidmannslust, Berlin-Wittenau.

Der 6. Wahlbezirk umfasst Berlin-Regel, Schloß Regel-Forst (Nord) mit Schulzendorf, Regel-Forst (Jungfernhöhe), Regel-Forst (Wögensee) und Heiligensee.

Der 7. Wahlbezirk gehören Gemeinde und Gut Rosenthal, Schildow, Wlanenfelde Dorf und Gut, Dorf und Gut Nieder-Schönhausen mit Schönholz.

Der 8. Wahlbezirk wird gebildet aus der Gemeinde Berlin-Reinickendorf.

Der 9. Wahlbezirk umfasst Arensdorf, Mehrow Dorf und Gut, Eiche, Stadt und Gut Alt-Landsberg, Bruchmühle, Fredersdorf Dorf und Gut, Rogelsdorf Dorf und Gut, Söllensdorf Dorf und Gut, Eggersdorf, Gemeinde und Gut Blumberg, Hönow, Marzahn, Dorf und Gut Neuenhagen und Seeburg.

Der 10. Wahlbezirk umfasst Berlin-Buchholz, Dorf und Gut Wlanenburg, Dorf und Gut Jaisenberg, Dorf und Gut Wartenberg, Dorf und Gut Ralchow, Berlin-Friedrichsfelde, Berlin-Heinersdorf und Berlin-Hohenschönhausen.

Der 11. Wahlbezirk gehören Walsdorf, Dahlewitz-Doppelgarten Dorf und Gut, Biesdorf Gemeinde und Gut, Hellersdorf, Wühlgarten, Kaulsdorf, Gemeinde und Gut Schöneiche, Klein-Schönebeck und Mühlenshofe.

Der 12. Wahlbezirk umfasst Berlin-Oberschöneweide und Berlin-Stralau.

Der 13. Wahlbezirk umfasst Erkner, Spreeau, Werlsee, Gut Erkner Forst, Friedrichshagen, Rahnsdorf Gemeinde und Gut mit Wilhelmshagen, Köpenick Forst und Wuhlbeide.

Der 14. Wahlbezirk umfasst Pennisdorf, Herzfelde, Rogel, Aienbaum, Ralberge, Rehfelde, Lichtenow, Werder, Zinndorf, Müderdorf Gemeinde und Gut, Rasdorf Gemeinde und Gut und Woltersdorf.

Zu wählen sind:

1. Wahlbezirk	2 Arbeitgeber,	2 Versicherte
2.	1	1
3.	2	3
4.	2	3
5.	1	3
6.	1	2
7.	1	6
8.	2	5
9.	2	2
10.	3	4
11.	1	1
12.	1	4
13.	1	2
14.	1	2

Zusammen: 20 Arbeitgeber, 40 Versicherte

Wir weisen nochmals darauf hin, daß für jeden Vertreter noch die doppelte Anzahl Stellvertreter gewählt werden müssen. Die Bekanntgabe der Wahllokale und der Stimmbezirke wird jedenfalls in der Tagespresse erfolgen.

Die Wahlvorschläge sind spätestens bis zum 21. Dezember bei dem Versicherungsamte einzureichen, und zwar getrennt für die beteiligten Arbeitgeber und Versicherten jeder der 14 Wahlbezirke und müssen innerhalb eines Wahlbezirks von mindestens 30 Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe mit zusammen mindestens 30 Stimmen unterzeichnet sein.

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Am Sonnabend, den 6. Dezember, abends 9 Uhr, findet im großen Saale der Brauerei Friedrichshagen das **Beethoven-Konzert** statt. Billetts a 70 Pf., Tertbuch 10 Pf. sind im Bureau des Wahlvereins, Stralauer Platz 10/11, sowie in den Expeditionen W. Böhm, Kaufherr Platz 14/16; Juch, Immanuelstraße 12; Honisch, Adorfstr. 174; Hadelnisch, Petersburger Platz 4, und im Kolosse von P. Hoffmann, Königsberger Str. 28, zu haben.

Charlottenburg. Heute Dienstag, den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Die Militärvorlage und die Stellung der Sozialdemokratie zur Debattefrage. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Regel. Am Donnerstag, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr: Theatervorstellung (Eröffnung 7 1/2 Uhr) „Die Schiffbrüchigen“ im Neigs Festsaal, Bahnhofstr. 1. Mitglieder des Wahlvereins haben Vorkaufspreise von 50 Pf. für alle Sitzplätze (außer nummerierte). Billetts hierzu sind bei den Bezirksführern zu haben.

Vorignwalde-Wittenau. Donnerstag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, in den Vorignwalder Festsaal, letzter Vortrag des Genossen Wengels über „Die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“.

Reinickendorf-West. Am Donnerstag, den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet der dritte Vortragsabend über die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung (Referent: Genosse Ernst Dämmig) im Lokal „Eichbornstraße“, Eichbornstr. 60, statt.

Berliner Nachrichten.

Wohltäter.

Man muß ihnen die „milden“ Hände aufreihen und das „mitfühlende“ Herz mit Verheißungen auf himmlische Lustbarkeiten erbrechen. Sie geben nicht, sie geben sich nur her für wohltätige Zwecke. Sie helfen nicht, sie opfern nur ihre kostbare Zeit für die Armen. Sie reißen sich für die Darbenden keinen Rock vom Leibe, aber sie werfen sich zu deren Feßen in Seide und Samt. Sie brauen in silbernen Brunnengeräten Wohlhabrstees, aber in ihren Herzen gärt es nicht von Güte, sie knabbern Kaltes für alle, die da hungern, und sie verjagen sich keinen Bissen für die Wäuler, die nach Brot schreien.

Der Verein für verächtliche Arme hat einen Wohlfahrtssteuerveranstalter und dem „Lokal-Anzeiger“ tief darüber das Wasser im Munde zusammen. Hört nur:

„Ein Fest, von menschenfreundlichen Herzen erdacht, zum Besten derer, die im stillen leiden und ihre Not ängstlich vor den Augen der Mitmenschen verbergen — ein Fest, dem Geschmack und Reichtum Glanz verliehen und dem durch den Besuch der Kronprinzessin eine besondere Auszeichnung zuteil werden sollte, wurde gestern abend vom Verein für verächtliche Arme in den Festräumen des Zoologischen Gartens abgehalten.“

Ein rofiger Duft umwob zart den riesigen Raum des Marmorsaales.

Das ist nur der Anfang, die Aufzählung der Anwesenden und die Beschreibung der Toiletten sind eine lange Sauce für sich.

Zum Besten derer, die im stillen leiden, kann es öffentlich nicht lärmend genug hergehen. Die Reichen und Vornehmen fürchten sich nicht, vor Gott und der Welt für jene zu prunken, die ihre Not ängstlich vor ihrem Nächsten verbergen.

Koch lassen sich die Herrschaften von rofigen Dämpfen umgeben und Lieber von erlesenen Künstlern singen, aber wer weiß, wie nahe der Sturm ist, der ihnen Furchtbares in die Ohren heult.

Vom städtischen Fleischverkauf.

Der Magistrat teilt mit: „Nach den neuesten Feststellungen beträgt die Gesamtmenge des bis Ende November 1913 für Berlin und die Vororte bezogenen russischen Fleisches 6.884.172,15 Kilogramm im Werte von 9.092.491,91 M. Natürlich entfällt der weitaus größte Teil auf den Zeitraum von Oktober 1912 bis Juni 1913, nämlich 6.088.219,15 Kilogramm im Werte von 8.436.600,08 M. Während der Vertrieb in der gegenwärtigen Einfuhrperiode bislang so gut wie glatt abfließt und voraussichtlich keine Zubuße der Gemeinden erforderlich dürfte, ist, wie kürzlich berichtet, für die erste Periode von November 1912 bis Juni 1913 von den beteiligten Gemeinden nach einer vorläufigen Abrechnung ein Zuschuß von rund 150.000 M., d. i. von 1,77 Proz. der Gesamtumsatzsumme zu leisten. Diese Abschlußrechnung hat für die Kreise, die sich mit der Angelegenheit zu befassen hatten, nichts Ueberraschendes. Die Notwendigkeit einer Zubuße ist schon im Oktober 1912 bei Gelegenheit der Bewilligung des Kredits von 600.000 M. in der Berliner Stadterordnetenversammlung und später durch den Oberbürgermeister von Berlin im Herrenhause als wahrscheinlich bezeichnet worden. Eine völlige Abgleichung von Ausgaben und Einnahmen war um so weniger möglich, weil nach der Regierungsvorschrift die Gemeinden nur zum Selbstkostenpreise verkaufen dürfen, und weil es unmöglich erschien, die Kalkulationen von vornherein genau auf diese Selbstkosten zu stellen. Unter solchen Umständen darf man sagen, daß die Zubuße der Gemeinden, sofern sie sich bei der endgültigen Abrechnung nicht niedriger stellen sollte, als eine in der vorauszusehenden Grenze sich haltende zu bezeichnen ist.“

Wir haben kürzlich schon bemerkt, daß der zu leistende Zuschuß ein recht minimaler ist angesichts der allgemein nützlichen Maßnahme.

Das steuerfreie Kloster.

Die Ordensgenossenschaft der Schwestern „Zum guten Hirten“ unterhält unter dem Namen „Kloster zum guten Hirten“ in Berlin-Mariensfelde eine Anstalt zum Saug- und Gefährdeten Mädchen. Wir haben kürzlich die Einrichtungen geschildert. In der Anstalt befindet sich eine im modernsten Stil eingerichtete Dampfwascherei, in der 320 Personen beschäftigt werden. Der Grund und Boden und die darauf befindlichen Gebäude gehören der Unterbringungsanstalt „Zum guten Hirten“, S. m. h. G., in Münster. Für das Jahr 1909 wurde das Kloster vom Gemeindevorsteher in Berlin-Mariensfelde zu 5520 M. Gemeindecinkommensteuer veranlagt. Dagegen wurde beim Kreisaußschuß des Kreises Zeltow Einspruch erhoben und Freistellung beantragt. Kläger bestreitet, daß ein steuerpflichtiges Einkommen vorhanden sei und erhebt den formalen Einwand, daß die Ordensgenossenschaft der Schwestern nicht zu den Vereinigungen gehöre, die neben den physischen Personen als Steuerobjekt in Frage kämen. Als solche seien im Kommunalabgabengesetz nur Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Bergwerksvereine genannt; außerdem die eingetragenen Genossenschaften, deren Betrieb über den eigenen Kreis hinausgehe und die Konsumvereine mit offenen Läden. Die Aufzählung dieser Personenvereinigungen, die zur Einkommensteuer veranlagt werden könnten, sei eine vollständige. Das „Kloster zum guten Hirten“ gehöre nicht zu diesen Vereinigungen und sei deshalb steuerfrei. Der Kreisaußschuß schloß sich dieser Ansicht an und erkannte auf Freistellung von der veranlagten Gemeindecinkommensteuer.

Stille Zeit bei der Berliner Parkverwaltung.

Die Parkverwaltung der Stadt Berlin hat im Laufe der Jahresrente ihre Tätigkeit sich immer mehr erweitern gesehen. Sie beschäftigt schon eine beträchtliche Schar Arbeiter, wovon ein kleinerer Teil das ganze Jahr hindurch in Arbeit bleibt, der größere Teil nur für die arbeitsreichen Frühjahrs- und Sommermonate eingestellt wird. Diese Hilfskräfte werden, sobald der Herbst kommt und sie überflüssig macht, wieder entlassen. Um welche Masse von Arbeitern es sich dabei handelt, das dürfte nicht allgemein bekannt sein. Im Verwaltungsverzeichnis 1912/13 beschäftigte die Parkverwaltung das ganze Jahr hindurch 205 Gärtner, 468 Arbeiter, 26 Frauen, gegenüber 180 Gärtnern, 300 Arbeitern, 20 Frauen in 1911/12. Dazu kamen in den Frühjahrs- und Sommermonaten für 1912/13 noch 18 Gärtner, 1101 Arbeiter, 248 Frauen, gegenüber 30 Gärtnern, 500 Arbeitern, 200 Frauen für 1911/12. Vom vorletzten zum letzten Jahr hat die Zahl der auswärtsweise beschäftigten Arbeiter sich auf reichlich das Doppelte erhöht. Man sieht, daß hier für viele Personen, auch für sonst nur noch beschränkt Erwerbsfähige, sich vorübergehende Beschäftigung geboten hat. Der Verlust dieser Arbeits- und Erwerbgelegenheit ist für die meisten sehr hart, zumal da er sie gerade zu Beginn der kälteren Jahreszeit trifft.

Postverkehrsverehr bei der Sparkasse.

Das Kuratorium der städtischen Sparkasse hat in seiner letzten Sitzung die Einrichtung eines Post-

spendkontos beschlossen. Es können also in Zukunft Einzahlungen seitens der Sparer durch Ueberweisung auf das Postspendkonto der Sparkasse geleistet werden. Die Zahlung, die bekanntlich portofrei ist, wird im Sparbuch bei dessen nächster Vorlegung oder Einfindung vermerkt.

Selbstmord eines Untersuchungsgefängenen.

Der Kaufmann Erich Vester, der sich zurzeit wegen Beschäftigung in Untersuchungshaft befindet, erschob sich gestern vormittag im Gebäude des Landgerichts II, wohin er als Zeuge durch einen Schutzmänn geführt worden war. Wir erfahren hierzu folgendes: In einer Zivilsache, zu der Montag morgen vor dem Landgericht Termin anstand, wurde die Vernehmung des in Untersuchungshaft befindlichen Kaufmanns Erich Vester notwendig. Ein Schutzmänn wurde beauftragt, ihn zur Vernehmung aus Noabit abzuholen und vorzuführen. Nach der Vernehmung, bei der auch der Vater und die Braut des Vester zugegen waren, hat der Untersuchungsgefängene, einen Augenblick austreten zu dürfen. Kurz darauf ertönte aus der Toilette ein Schuß. V. hatte sich mit einem Revolver, der ihm anscheinend von einem seiner Angehörigen unbemerkt zugesteckt worden war, in die Brust geschossen. Nach zehn Minuten trat der Tod ein. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Liebestragödie.

Eine Liebestragödie spielte sich gestern nachmittags gegen 2 Uhr in der Bellebucallee im Tiergarten ab. Dort verfuhrte der 18 Jahre alte Tischler Leo Reinert, Vessingstr. 23 wohnhaft, seine Braut zu erschießen. Der Revolver verjagte jedoch. Darauf jagte sich A. selbst eine Kugel in den Kopf und war sofort tot.

In den Landwehrkanal gestürzt hat sich gestern nachmittags gegen 5 Uhr am Waterlooer eine unbekante Frau von ungefahr 60 Jahren. Mit einem Rettungsgelahr wurde sofort der Wasserlauf abgesucht und bald kam auch eine Frau zum Vorschein. Man fandete sie und brachte sie, da sie noch schwache Lebenszeichen von sich gab, nach dem Krankenhaus am Urban. Hier konnten die Ärzte aber nur noch ihren Tod feststellen. Die unbekante Frau, deren Leiche sich noch im Urban-Krankenhaus befindet, hat keinerlei Papiere oder dergleichen bei sich, durch die man ihre Persönlichkeit hätte feststellen können. Alle Bemühungen, sie zu rekonstruieren, blieben gestern ohne Erfolg. Die Tote, die ihrem Neuhoren nach dem Arbeiterstande angehört hat, ist ungefahr 1,60 bis 1,65 Meter groß, hat weißes Haar und trug einen schwarzen, rotgestreiften Rock, einen graublau gestreiften Unterrock und einen weißen Schal. Sie hat im Oberkiefer künstliche Zähne und trug Ohreringe mit kleinen Augen. Nach Angabe von Augenzeugen hat die Frau auch zwei Kinder im Alter von etwa zwei bis drei Jahren mit in das nasse Grab genommen. Trotz eifrigen Suchens konnten aber die Leichen nicht gefunden werden.

Ein Schwindlertrio.

Drei gefährliche Schwindler, ein Vermittlungsschwindler, ein Heiratschwindler und ein Kautionschwindler, sind wieder einmal hinter Schloß und Riegel gebracht worden. Zwei nahm die hiesige Kriminalpolizei fest, und der dritte wurde auf deren Veranlassung vorgelassen in Dresden verhaftet. Auf den Vermittlungsschwindler legte sich der 38 Jahre alte frühere Administrator Eduard Kolttermann, der hier in dem Hause Kanstrinstraße 10 seine „Geschäfte“ betrieb. Kolttermann begann mit einem Stellenvermittlungsgeschäft. Von Stellungsuchenden ließ er sich zuerst die ihm gefällig aussehenden Vorkasse geben, stellte dann aber auf Grund eines Scheines, den er sich unterschreiben ließ, bald darauf noch größere Honorarangelegenheiten angeblich für Infanterie aus. Auf Grund zahlreicher Anzeigen erließ der Untersuchungsrichter am Sonnabend gegen A. einen Haftbefehl. Die Kriminalpolizei nahm ihn daraufhin fest und beschlagnahmte im Bureau und in der Stieglager Privatwohnung des Verhafteten einen ganzen Berg von belastenden Schriftstücken.

Der Heiratschwindler, den die Kriminalpolizei unerschütterlich machte, ist ein Malermeister Artur S., der sich als Verleger einer großen Lackerei aufspielte. Er fährte an heiratungslustigen Mädchen, schilderte seine glänzenden Einnahmen und erschloß das Vertrauen seiner Opfer, die, sobald sie nach seinen Versicherungen auf dem Standesamt „alles für erledigt hielten“, mit ihren Ersparnissen bereitwilligst ausstapften, wenn es einmal Sonnabends „zur Lohnzahlung“ für die vielen Arbeiter nicht ganz reichte“. Durch diese und andere Vorspiegelungen erbeutete der Schwindler von verschiedenen Mädchen Beträge bis 3000 Mark. Wenn nichts mehr zu holen war, sorgte er dafür, daß es aus irgendeinem Grunde zum „Krad“ kam. Auf mehrere Anzeigen hin ermittelte die Kriminalpolizei, daß alles, was der Mann den Heiratskandidatinnen erzählt hatte, Schwindel war, und nahm ihn fest.

Der Kautionschwindler, ein schon vorbestrafter 52 Jahre alter „Agent“ Paul Vornat, bearbeitete von Berlin aus die größeren Provinzialstädte. Nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus im Juli dieses Jahres gelang es ihm, bei einer angesehenen Versicherungsgesellschaft Beschäftigung zu finden. Dort schleppte er nach und nach eine ganze Menge vorgegedruckter Formulare mit nach Hause, gab dann seine Stellung plötzlich auf und verschwand. In den größeren Provinzialzeitungen inserierte er dann, daß eine sehr angenehme Versicherungsgesellschaft an dem betreffenden Orte ein Zweiggeschäft zu eröffnen beabsichtige und dafür einen Subdirektor und Interpersonal suche. Wenn nun Leute erschienen, um sich um einen der ausgeschriebenen Posten zu bewerben, so eröffnete er ihnen, daß sie eine Vertrauensstellung erhalten würden und auch Gelder zu lastieren hätten und daher eine Bürgschaft leisten müßten; dann verlangte er Kautionsbeträge von 300 bis 1500 M., je nach der Stellung, die er vergab. In zahlreichen Fällen erhielt er auch das Geld, mit dem er dann auf Kummerweideweisen verschwand. Der Kriminalpolizei gelang es nach langen Bemühungen endlich, den Schwindler in Dresden zu ermitteln und festzunehmen.

Zur Verhandlung der Wödnig. Der Gemeindevorsteher von Erkner, Herr Möhrle, versendet eine längere Darlegung über die Pläne, die mit der Wödnig zusammenhängen. Er versucht zunächst darzutun, daß es sich bei der Ausbaggerung der Wödnig nur um eine Begräbnung handele, die den Wasserverkehr in Zukunft erleichtern sollen, er vergißt hierbei nur die von den Märkischen Sandwerken betriebene Ausbeutung der Wödniggrube, die ebenfalls den Wasserverkehr im Sommer auf das erheblichste beeinträchtigen. Besonders wird in der Zuschrift auf einen aufgestellten Bebauungsplan verwiesen, durch welchen die Wödnig nicht berührt werde, denn das Ufergelände soll, soweit es im Gemeindebezirk Erkner liegt, überhaupt nicht zur Bebauung herangezogen werden. Wir müssen bemerken, daß es vornehmlich der Fiskus ist, der an der Verhändlung der Wödnig arbeitet.

Die Märkischen Sandwerke wollen richtiggestellt haben, daß die Firma Siemens u. Halske die Märkischen Sandwerke nicht finanziert hätte oder sonst irgendwie mit derselben liiert sei.

Hierzu wollen wir bemerken, daß in der städtischen Tiefbaudeputation das gesagt wurde, wie wir am Sonntag in unserer Notiz „Wödnig-Aus in Gold verwandelt“ berichteten.

Zwei neue Ehrenbürger von Berlin. Der Magistrat der Reichshauptstadt Berlin hat beschlossen, der Stadterordnetenversammlung vorzuschlagen, dem Stadterordnetenvorsitzer Paul Richelet und seinem Stellvertreter Justizrat Oskar Cassele das Ehrenbürgerrecht zu verleihen wegen der hervorragenden Verdienste um die städtische Verwaltung und die Stadt.

Gegen Handtaschenräuber.

Zur Bekämpfung der Handtaschenräuberei hat die Kriminalpolizei besondere Maßnahmen getroffen. Sie hat in bestimmten Lokalen, auf den Arbeitsnachweisen und an anderen Stellen, an denen sich viel Publikum zu sammeln pflegt, folgende Bekanntmachung anbringen lassen: „100 Mark Belohnung. Wiederholt sind auf offener Straße, im Tiergarten sowie in anderen Gärten und auf freien Plätzen Damen die Handtaschen entrissen worden. Zur Nachweis der unbekannteten Täter wird jeden Fall eine Belohnung von 100 Mark gezahlt. Personen, welche für Festnahme von Handtaschenräubern auf frischer Tat Sorge tragen, erhalten gleichfalls eine angemessene Belohnung. Die Namen der Anzeigenden werden auf Wunsch nicht bekanntgegeben. Mitteilungen einschlägiger Art werden auf dem Polizeipräsidium im Zimmer 105 sowie auf jedem Polizeirevier entgegen genommen. Die Kriminalpolizei.“

Gefährlicher Dachstuhlbrand.

Ein gefährlicher Dachstuhlbrand, dessen Abkündigung mit großen Schwierigkeiten verknüpft war, beschäftigte gestern Montag früh zwei Löschzüge der Berliner Feuerwehr mehrere Stunden lang in der Burgsdorfer Straße 4. Das Feuer war kurz nach 6 Uhr morgens bemerkt worden und hatte schon sehr an Ausdehnung gewonnen, als die Feuerwehr eintraf. Der Löschangriff erfolgte mit zwei Schlauchleitungen, doch hatten die Rohrführer einen überaus schweren Stand. Durch den herrschenden starken Wind wurde der Qualm den Leuten direkt ins Gesicht gedrückt, so daß die Sappeure mehrfach abgelöst werden mußten. Da die Rauchentwicklung immer stärker wurde, so ließ der leitende Brandoffizier schließlich zwei Rauchschutzapparate in Bewegung nehmen. Trotzdem dauerte es lange Zeit, ehe das Vordringen der Löschmannschaften von Erfolg gekrönt war. Der Dachstuhl des Vorderhauses ist größtenteils vernichtet worden. Die vollständige Abkündigung mit den Aufbaumassnahmen zog sich bis gegen Mittag hin. Die Ursache ist nicht ermittelt. — In der Hennigsdorfer Straße stand vorher eine Raube in Flammen. Auch hier mußte kräftig Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. — In der Braunstr. 86 mußte in einer Wohnung ein Feuer abgelöscht werden, das Weiten erfaßt hatte. Wie die Untersuchung ergab, liegt hier Brandstiftung vor, denn es zeigte sich, daß die Betten mit Petroleum beheizt worden waren. Die Kriminalpolizei hat die weiteren Ermittlungen in die Wege geleitet.

Straßenüberschwemmung infolge Wasserrohrbruchs. In der Nacht zum Montag bari an dem Plage, der durch Kreuzung der Bad-, Kolonie-, Schweden-, Egerstr. und Iserstraße gebildet wird, ein Druckrohr der Kanalisationswerke, das einen Durchmesser von etwa 1 Meter hat. Aus einer großen Öffnung ergossen sich ungeheure Mengen schmutziger Abwässer auf die Straße und machten sie vollständig unpassierbar. Man alarmierte die Feuerwehr und benutzte die nächste Pumpe, die für Abperrung des Fußflusses sorgte. Das Wasser verlief sich zwar bald, doch war das Pflaster vor dem Grundstück Badstr. 40/41 derart unteripült, daß der Verkehr gesperrt werden und seinen Weg um den auf dem Plage befindlichen Inselperron nehmen mußte. Die Straßenbahnwagen wurden durch die Reinigendörfer und Egerstr. abgelenkt. Ein Keller auf dem Grundstück Badstr. 41a, das der „Großen Berliner“ gehört, war vollständig unter Wasser gesetzt und mußte von der Wehr ausgepumpt werden. Das städtische Tiefbauamt erhielt bereits entsprechende Mitteilungen und wird die nötigen Reparaturen unverzüglich vornehmen lassen.

Vorort-Nachrichten.

Auf dem Lügenpfade.

Zur bevorstehenden Krankenkassenwahl machen die „nationalen“ und sonstigen Kreise, denen der berechnete Einfluß der verschönten Arbeitnehmern auf die Verwaltung der für sie bestehenden sozialen Institutionen ein Greuel ist, mobil und bedienen sich dabei, wie immer, der nobelsten Mittel unter Aufwand eines besonderen Maßes von Wahrheitsliebe. In einem Sprechsaal-Artikel des „Lichterfelder Lokal-Anzeiger“ wird eine alte, ebenso oft wiederholte wie ebenso oft widerlegte erlogene Behauptung von der „Ausbeutung“ der Krankenkassen durch die Sozialdemokratie erneuert und damit begründet, weil die amtlichen Bekanntmachungen der Lichterfelder Kasse auch — im „Vorwärts“ erscheinen! Daß außer dem hiesigen „Lokal-Anzeiger“ auch noch der „Vorwärts“ die amtlichen Bekanntmachungen der Kasse zur Veröffentlichung erhält, das gilt bei diesen Leuten als eine „Ausbeutung“ im Interesse der sozialdemokratischen Partei! Es klingt beinahe wie ein hohes Reid über die Zersetzeneinnahme, die statt einem patriotischen, nicht ausbeutenden Zeitungsunternehmer dem Vaterlandlosen „Vorwärts“ zugeflossen ist.

Mit Recht hat der Geschäftsführer der Krankenkasse, Herr Kobay, diese im „Sprechsaal“ des „parteilosen“ „Lokal-Anzeiger“ erschienenen Lügen über sozialdemokratische Ausbeutung der Kasse niedriger gedünkt und nachgewiesen, daß bei Wahl der Publikationsorgane „Lokal-Anzeiger“ und „Vorwärts“ im Vorstände völlige Einstimmigkeit herrschte. Es wurde als ganz selbstverständlich angesehen, daß für die Arbeitnehmer, die der Kasse angehören, jenes Blatt für Bekanntmachungen gewählt werden müsse, das von diesen Kreisen gelesen werde — und das sei der „Vorwärts“.

In einem anderen Sprechsaal-Artikel, der offenbar bestellte Arbeit ist, wird die Wahl des „Vorwärts“ als Publikationsorgan nochmals als eine Begünstigung der Sozialdemokratie deklariert, was um so schmerzlicher empfunden wird, als dies Blatt „das bödartigste Gezblatt ist, den Klassenkampf schürt und die Autorität des Staates untergräbt“. Dann wird ausgeführt, daß dem „Vorwärts“ allein aus der einmaligen Bekanntmachung der jetzigen Ausschuwahlen rund 250 Mark Inzertionsgebühren zugeflossen sind. Das ist natürlich genau so erlogen, wie die übrigen Behauptungen auch. Die Inzertionskosten für diese erwähnte Bekanntmachung betragen nicht 250 Mark, sondern nur 130 Mark 50 Pf. Der Einsender der Sprechsaalnotiz hat wahrscheinlich die hohen Inzertionspreise der bürgerlichen Blätter im Auge, die allerdings keine Rücksicht auf den sozialen Zweck der Krankenkassen nehmen und sie nach Möglichkeit „ausbeuten“.

Die Klagen der Krankenkassenverwaltungen in dieser Beziehung sind ebenso bekannt wie die Anerkennung der Tatsache, daß die Bekanntmachungen im „Vorwärts“ von allen größeren Zeitungen am billigsten sind. Vielleicht nimmt der Vorstand der Lichterfelder Krankenkasse Gelegenheit wahr, zu prüfen, ob etwa der „Lichterfelder Lokal-Anzeiger“ einen ebenso hohen Rabatt auf die amtlichen Anzeigen gewährt wie der „Vorwärts“.

Die Wahlen am 15. Dezember geben den verschönten Arbeitern Gelegenheit, auf diese im „Lokal-Anzeiger“ enthaltenen Verdächtigungen ihrer Vertrauensleute die angemessene Antwort zu geben.

Weihenfeer.

Der Weihenfeer Bankrott vor der Gemeindevertretung. Bis in späte Nachtstunden hatte sich die letzte Gemeindevortretung wieder mit der Weihenfeer Bank zu befassen. Anlaß hierzu gab die letzte Generalversammlung der Bank, in welcher einzelne Redner die Gemeindevortretung für die augenblicklich missliche Lage der Bank verantwortlich machten, weil nach ihrer Meinung die Sanierungsbeschlüsse vom Gemeindevorstand diktiert gewesen seien. Eine überaus fragwürdige Rolle spielte hierbei der frühere Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Rechtsanwalt und Notar Appellat.

Er hatte nach der Generalversammlung in der „Weihenfeer Zeitung“ in einer Erklärung behauptet, daß der Vorschuß, die Anteile auf 2500 Mark und die Hoffmann auf 5000 Mark zu erhöhen, vom Gemeindevorstand fälschlich in Schriftform hierüber will er in seinem Besig haben. Der Bürgermeister wies dies als eine dreiste Behauptung zurück und wollte den ganzen Verdagang der Angelegenheit nochmals auf. Aus den vorliegenden Zeitungsberichten war zu ersehen, daß in der ständigen Generalversammlung vom 11. Juli d. J. tatsächlich der Aufsichtsrat den Verammelten den Antrag vorgelegt hatte, die Anteil- und Hoffmann in obiger Höhe zu genehmigen. Es hätte dem Rechtsanwalt wohl bekannt sein müssen, daß in der Finanzkommission immer davon gesprochen worden sei: die Gemeinde werde weiter helfen, wenn die Aufsichtsbehörde ihre Genehmigung erteilt. Auch wies der Bürgermeister zurück, daß der Gemeindevorstand eine Sanierung angeordnet hätte; es sei im Gegenteil verlangt worden, daß die Genossenschaft eine Sanierung selbst durchzuführen haben. Betont wurde, daß der frühere Vorsitzende des Aufsichtsrats mit seiner Erklärung nur Verwirrung unter den Genossenschaftlern und Sparten angerichtet habe. Eine Anzahl Redner rechneten dann gehörig mit den früheren Aufsichtsratsmitgliedern ab, die von Anfang an der Stand der Bank noch als günstig hielten, während sich jetzt herausstellt, daß es schon seit Jahren in der Bank trübele. Um nicht noch weiteres Unheil zu stiften, solle man getrost den Konkurs ansagen. Belogen und betrogen sei die Gemeindevortretung worden, als sie am 23. Mai d. J. in der Voraussicht, daß nur eine augenblickliche Geldlampe vorliege, 600.000 Mark opferte, um dem Ansturm der Geldemfänger standzuhalten. Die jetzigen Mitglieder des Aufsichtsrats gaben die Erklärung ab, daß sie niemals gekannt hätten, welcher Hirnwarr auf der Bank gederst habe. Während von einer Seite davon gesprochen wurde, daß die Gemeinde doch moralisch verpflichtet sei, noch weiter zu helfen, um nicht die eigenen Gelder zu gefährden, wurde von anderer Seite betont, keinen Sechser mehr zu opfern. Die Mitglieder des alten Aufsichtsrats, soweit sie der Vertretung angehören, hörten sich die Ausführungen ruhig an, erst auf direkte Anzuspörungen erklärte der eine, daß er sein Verhalten verantworten könne, ein anderer, daß man dem Bankrott vor dem viel Vertrauen entgegengebracht habe. Die Frage wurde in der geheimen Sitzung nochmals aufgerollt, als ein Schreiben von der Bankdirektion vorlesen wurde; in diesem wird betont, daß, wenn die Gemeinde nicht nochmals ausreicht mit Geldmitteln aus- helfe, der Konkurs angefragt werden müsse. Einzelne Herren wurden jetzt schon etwas deutlicher und man erfuhr, wie so nebenbei mal ein „Lauter“ verdient wurde. In der Hauptsache drehte sich die Debatte um weitere Unterstützung der Bank; die ganze Materie wurde zum Schluß der Finanzkommission übertragen. Inzwischen hat die Bankdirektion mit dem Bürgermeister über weitere Sanierungsprojekte konfiziert; sie hat die Ermächtigung erhalten, öffentlich zu erklären, daß in den nächsten Tagen die Vorschläge geprüft werden sollen. Die Direktion veröffentlicht weiter: Im Interesse der ruhigen Fortentwicklung ihrer Erfolg versprechenden Arbeiten bittet die Verwaltung die Gläubiger, insbesondere die Sparer, auch in deren eigenem Interesse dringend, einstweilen alle Zwangsmassregeln zu unterlassen. Die Interessenten werden, soweit es tunlich ist, über den Fortgang der Verhandlungen auf dem Laufenden erhalten. — Die Sparer und besonders die Sparvereine, welche ihre Spargelder zum Weihnachtsfest glauben abheben zu können, sind sehr verzweifelt, auch sie wollen in einer Versammlung zu dem Verhalten der früheren Bankverwaltung Stellung nehmen.

Wilmersdorf.

Eine Protestversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zahlstelle Wilmersdorf, nahm am Sonntag im Viktoriagarten zu den Maßnahmen der Regierung, insbesondere der Haltung der Wilmersdorfer Stadtverwaltung gegenüber der Arbeitslosigkeit Stellung. Genosse Rudolf Breitscheid hatte hierzu das einleitende Referat übernommen.

Ausgehend von der Arbeitslosenzählung der Berliner Gewerkschaftskommission, beurteilte er scharf die Haltung der Regierung, die aller Wahrscheinlichkeit nach, den Schrei der Scharmacher nach einem Arbeitswilligenauswechselfolge Rechnung trage, aber nichts für die Arbeitslosen tun werde. Besonders bedrückte der Referent sich mit der Antwort des Magistrats auf die Petition der Bauarbeiter. Mit nichtigsten leeren Redensarten wolle der Magistrat die Arbeitslosigkeit einschränken. Von großer volkswirtschaftlicher Unkenntnis zeugten auch die Ausführungen des Stadtverordneten Helmke, wozu in Wilmersdorf nicht viele Arbeitslose seien. Diese Herren könnten sich derartige Worte nur erlauben, weil jetzt nicht ein einziger sozialdemokratischer Stadtverordneter im Wilmersdorfer Stadtparlament säße. Daß ihnen dieser Zustand außerordentlich wohl gefalle, zeige die Hinausschiebung der Neuwahlen bis zum nächsten Jahre.

Scharf müsse verurteilt werden, daß die nach dem Beschluß der Armenkommission städtischen Betrieben zugewiesenen und der Arbeitssuchen Verdächtigen nicht denselben Lohn erhalten sollen wie die übrigen in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter und daß dieser Lohn oberhalb noch als Armenunterstützung gelten solle. Trotzdem die organisierte Arbeiterschaft jene wirklich arbeitssuchen Elemente nicht mit auf ihr Schiff nehme, könne dieser Beschluß doch mancher bösen Folgen haben. Seine Worte von der absichtlichen Umgehung der Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauten und Lieferungen im Geschäftsbereich der Gemeinde Wilmersdorf waren scharf und bitter für die, die sie angingen. Die Arbeiter lämen nicht als Bettende, sondern als Fordernde. Die Pflicht dieser Gesellschaft sei es, das Uebel zu beseitigen, an dem die Arbeiter vollkommen unschuldig sind. Die ungeheure Sammellosigkeit der Wilmersdorfer Stadtverwaltung zeige aber, daß die Arbeiter nicht eher etwas erwarten können, bis sie die genügende Macht dazu haben, ihre Forderungen durchzusetzen. Pflicht eines jeden Arbeiters müsse es daher sein, unaufrichtig an dem Ausbau der gewerkschaftlichen und politischen Organisation zu arbeiten. Stürmischer Beifall der bis dahin andächtig lauenden Versammlung lobte seine Ausführungen.

In der Diskussion wurde dann noch manche berechnigte Klage laut. Besonders kennzeichnete Genosse Durichsen von den Zimmerern die Ohnmacht der Stadtverwaltung dem Unternehmer Hausnasse gegenüber, der die ihm übertragenen Zimmerarbeiten in Brandenburg herstellen läßt und dort durch einen um 17 Pf. niedriger stehenden Stundenlohn pro Mann und Woche einen Profit von 7,46 Mark mehr einstreift. Gerade der Herr Hausnasse, als Wilmersdorfer Bürger und Stadtverordneter, hätte in erster Linie die moralische Pflicht gehabt, die vertraglichen Bestimmungen einzuhalten. Es scheint aber, als ob auch unter den Stadtverordneten von Wilmersdorf eine gewisse Kollegialität herrsche. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Diebe, noch an die so oft bewiesene Kampffähigkeit der Bauarbeiter appelliert, nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an:

„Die am Sonntag, den 30. November, im „Viktoriagarten“ versammelten Arbeiter des Baugewerbes nehmen mit Entrüstung Kenntnis von der ungeheuren Sammellosigkeit der Wilmersdorfer Stadtverwaltung gegenüber der Arbeitslosigkeit.“

Sie lehnen ferner, daß die Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauten nur für die betreffenden Firmen, nicht aber auch für die Arbeiter innewahalten werden. Die Versammelten protestieren auf das schärfste dagegen, daß trotz des Hinweises auf die Umgehung dieser Bestimmungen nicht ernsthaft Schritte unternommen wurden, diese durchzusetzen.

Damit die Arbeiter nicht Gefahr laufen, etwa wegen Verdrachts der Arbeitssuchen städtischen Betrieben zugewiesen zu werden und dadurch ihre politischen Rechte zu verlieren, fordern sie mit Nachdruck, daß unzulässig Kostbararbeiten in Angriff genommen werden, außerdem verlangen die Versammelten die Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung.“

Der schriftlich eingeladenen Magistrat hatte es nicht für nötig gehalten, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Vichtenberg.

Zu den am Sonnabend, den 8., und Sonntag, den 7. Dezember, im Schwarzen Adler stattfindenden Kinder-Kühnenpielen sind Billets

zum Preise von 10 Pf. in folgenden Verkaufsstellen zu haben: Zigarengeschäft John, Gärtnerstr. 33; Restaurant Schulz, Kronprinzenstr. 47; Restaurant Blume, Alt-Dorfhagen 58; Restaurant Krüger, Kirchhofsstr. 40; Zigarengeschäft Bergs, Wilhelmstraße 64; Restaurant Werner, Wilhelmstr. 66; Restaurant Niels, Möllendorffstr. 86.

Johannisthal.

Ueber die Arbeitslosenfrage referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Stadtverordneter Genosse Richter aus Charlottenburg. An der dem Referat anschließenden Diskussion beteiligten sich die Genossen Bonkur, Schulz, Palm, Dürring und Rehner. Gemeindevortretter Dürring gab den Versammelten die Ansichten der bürgerlichen Gemeindevortretter bekannt. Abdamu erstattete Genosse Rehner den Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. — Am 7. Dezember soll eine Besichtigung des Krematoriums in Baumhuldenweg vorgenommen werden. — Bei der letzten „Vorwärts“-Agitation sind 23 neue Abonnenten gewonnen worden.

Mariendorf.

Aus der Gemeindevortretung. Die der Gemeindevortretung mitteilte, sind die Bemühungen, die Linie 37 als dauernde Verbindung zu erhalten, gescheitert, dieselbe ist nur für die Sonntage zugestanden. Dagegen will die Straßenbahngesellschaft die Linie 96a bis Französischestr. als eine regelmäßige Verbindung an den Wochentagen zulassen, jedoch mit der Bedingung, daß von beiden Endpunkten kurz vor 10 Uhr abends die letzten Wagen abfahren. Genosse Weber fand das Entgegenkommen der „Großen Berliner“ als unbedeutend, er erwähnte dabei ein Gerücht, wonach von der Linie 70 die Anhängewagen eingezogen werden sollten. Redner empfahl mit der Omnibusgesellschaft in Verhandlung zu treten und außerdem die Benutzung der Eisenbahn. Auf derselben fahre man schneller, billiger und im Winter wärmer.

Auch die bürgerlichen Redner sprachen sich abfällig über das geringe Entgegenkommen der Gesellschaft aus. Als Herr Sauer dabei die Tätigkeit des Haus- und Grundbesitzervereins (speziell dessen Vorsitzenden Herrn Fidert) über der grünen Alee lobte, entgegnete der Gemeindevortretter scharf: „Die Wege, die andere gehen, wäre er schon wochenlang vorher gegangen. Auch sehe er keine Vermählungen fort; wenn nichts erreicht werde, so läge es nur daran, daß die Gemeinde als Bettende komme und ihren Forderungen keinen Nachdruck geben können.“

Bei Punkt Genehmigung des Vorentwurfs für die Errichtung der vierten Gemeindevorschule und Beschlußfassung über die Aufstellung des Kostenanschlages, empfahl Dr. Brück die Annahme des Beschlusses der Kommission. Danach sollen 23 Klassen mit den Nebenräumen, Wohnung für den Schuldiener, den Geizer, Aula und Turnhalle eingerichtet werden. Eine Dienstwohnung für den Leiter der Schule ist nicht vorgesehen. Zu den Nebenräumen gehören Arztzimmer, zahntechnische Klinik, Musikzimmer, Wirtschaftsstube und Vorratsraum. Von den Klassen sollen fünf an die Schule II (Königsstr.) angegliedert werden, so daß der Ort abdamu zwei achtklassige Doppelschulen mit je zwei Erzieherinnen hat. Genosse Weber sprach die Erwartung aus, daß auch für die Zahnklinik die Mittel bewilligt werden; er erinnerte an den bedauerlichen Beschluß der Vertretung im Frühjahr, wo die dafür in den Etat eingestellten Mittel geschränkt wurden. Dem Projekt sowie auch dem vom Genossen Reichardt geduldeten Wunsch, in Anbetracht der geplanten Neuerungen diese Schule als Mädchenkule zu benutzen, wurde zugestimmt. Zur Versicherung der Dienstboten gegen Krankheiten bemerkte der Gemeindevortretter, daß die Notwendigkeit zur Errichtung einer Krankenkasse für unseren Ort nicht bestehe, da nur etwa 800 Dienstboten in Frage kämen. Es wäre aber den Herrschaften die ordnungsgemäße Anmeldung innerhalb drei Tagen bei der zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Mariendorf trotz eines gestellten Befreiungsantrages bei der Kasse dringend zu empfehlen. Beiträge zu irgendeinem Rückversicherungsverein zur Privathilfe für eventuell betriebe Herrschaften dürfen aus Gemeindevortretungsmitteln nicht genommen werden. Doppel-Redensformulare sowie Werkblätter über die Dienstbotenversicherung würden an noch bekanntzumachenden Stellen gratis ausgegeben. Die voranschläglichen Beiträge der Klassen, in die die meisten Dienstboten fallen, betragen wärentlich: 48 Pf. (Klasse II) und 68 Pf. (Klasse III), also jährlich 24,96 Mark und 32,76 Mark. Sie bleiben mithin noch unter den Beträgen des Abkommensvereins. Diese geringen Sätze wurden in der Debatte von Herrn Road noch bemängelt. Es sollten höchstens 30 Mark jährlich genommen werden, denn die Dienstboten würden überhaupt nicht krank. Ueberhaupt müßte man über die Lasten, die auf der Herrschaft ruhen. Den Vogel schloß natürlich wieder Herr Sauer ab: Er erbat eine ungeheure Befähigung (!) der Dienstverhältnisse darin, daß die Dienstboten der Versicherung unterworfen werden. Genosse Reichardt nahm zunächst die Dienstboten in Schutz. Bei der häufig schlechten Beschaffenheit der Schlafstätten und des Mangels einer guten Pflege sei oftmals Krankenpflege notwendig. Redner forderte für den kommenden Etat Einstellung der Mittel für die Beschaffung eines Krankenzuges. Bei der Abstimmung wurden die eingangs erwähnten Leitsätze der Gemeindevortreters angenommen.

Bei der Krankenvorsorge am Dinstag sind einige Schirme vertauscht worden, dieselben können an der Garderobe des Theaters ausgetauscht werden.

Wannsee.

Ein großer Dachstuhlbrand kam in der Nacht zum Sonnabend in dem Hause des Maurers Weidert, Chausseestrasse, zum Ausbruch. Das Feuer entdeckten von Berlin kommende Möbelkutscher, die sofort die Bewohner des Hauses wackten und dann die Feuerwehr alarmierten. Als letztere erliefen, stand der Dachstuhl bereits in hellen Flammen. Nur dem Umstande, daß das Depot der Wehr gegenüber der Brandstelle liegt, ist es zu danken, daß nicht das ganze Gebäude abbrannte, sondern das Feuer auf den Dachstuhl beschränkt blieb.

Wittenwalde.

Für den Flottenverein. Bisher wollte es nirgend noch gelingen, Arbeiter als Mitglieder für die verschiedenartigsten patriotischen Vereine zu gewinnen. Für die Mitgliedschaft im Flottenverein war bisher sicherlich mit am wenigsten Reizung. Diesem Uebelstand wollen strebame „Geister“, die sich bei den Sorgenreichen in empfehlendwerte Erinnerung bringen möchten, abhelfen.

So wird uns berichtet, daß in der chemischen Fabrik „Merkur“ bei Wittenwalde ein Maschinenmeister während der Arbeitszeit an die Arbeiter herantritt mit den Worten: „Bringt morgen jeder eine Mark mit zum Eintritt in den Flottenverein“. Diese Aufforderung mußte um so mehr befremden, als die Arbeiter im allgemeinen nur einen Stundenlohn von 28 Pf. haben. Die eine Mark ist daher im Etat des Arbeiters nicht ohne Bedeutung. Unter dem Druck der Verhältnisse erklärten jedoch einige Arbeiter ihren Beitritt zum Flottenverein — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe. Wissen sie doch diese Summe für andere ihnen näher liegende Zwecke anzulegen.

Diese Art der Propaganda hindert unsere Hurnapatrioten jedoch nicht, gerade jetzt wieder in verstärktem Maße den Kampf gegen den Terrorismus der — Sozialdemokratie zu führen.

Alt-Landsberg.

Ueber die Aufstufung des Bürgermeisters Sauer werden recht sonderbare Anschuldigungen laut. Da der Magistrat von Alt-Landsberg die Aufsichtsbehörde der Ortskrankenkasse ist, so lag dem Bürgermeister in Gemeinlichkeit mit dem Kassenverwalter ein Kasser die Revision der Ortskrankenkasse ob. Anlässlich einer Revision im Frühjahr 1911 stellte sich angeblich ein Konto von 500 Mark heraus, das nicht aufgeführt werden konnte. Der Rendant der Ortskasse, Schmidt, soll Gelegenheit bekommen haben, den fehlenden Betrag herbeizuschaffen und mußte — so heißt es — an Kasser 20 Mark dafür zahlen, daß dieser die Bücher in Ordnung brachte. Die schätzbare Mitteilung an den Magistrat durch den Bürgermeister soll nicht erfolgt sein. Im Dezember erfolgt abermals eine

Reibung durch die Obengenannten. Diesmal soll der Feibetrag 1500 M. erreicht haben, welche Summe aber auf das Doppelte angewachsen sei, als nach Entfernung des Schmidts wieder die Kasse weitergeführt und näher nachsprühen konnte. Nach jetzt noch eine Mitteilung an den Magistrat unterblieben sein. Dagegen soll der Bürgermeister dem Schmidts erklärt haben, von einer strafrechtlichen Verfolgung absehen zu wollen. Es wird vermutet, daß dies geschah, um den damaligen Vorsitzenden der Ortskrankenkasse, Lauth, der zugleich auch Stadtvorordnetenvorsteher war und am 1. Oktober vom Vorsitz der Krankenkasse zurücktrat, vor Regressansprüchen zu schützen.

Sie weiter mitgeteilt wird, ist die Staatsanwaltschaft von diesen Dingen unterrichtet worden. Es hat hierauf eine gerichtliche Untersuchung stattgefunden, mit Rücksicht darauf aber, daß der Aufenthalt des Schmidts nicht bekannt ist, soll die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt haben. Nachdem diese Angelegenheit in Alt-Landsberg weitere Kreise gezogen hat, wird die Aufsichtsbehörde der Kasse nicht umhin können, sich zu den Aufschuldigungen zu äußern.

Bruchmäule.

Aus der Gemeindevorstellung. Zunächst machte der Gemeindevorsteher Mitteilung von einer Aenderung der Wassererträge mit dem Kreiswasserwerk; er drückte sein Bedauern darüber aus, daß der Kreis hinter dem Rücken der Gemeindevorstände mit den Grundbesitzern verhandelt habe. Wegen Anschlag an das Kreiswasserwerk soll erst abgewartet werden, was die Nachbargemeinde Petershagen beschließt. Um den Berg des neuerworbenen Grundstücks, der zum größten Teil aus Lehm besteht, zuzugewinnen, wurde beschloffen, den Einwohnern zu gestatten, sich bei Bedarf unentgeltlich Lehm karrenweise zu holen; bei Frauen sind 25 Pf. zu entrichten. Der Renbau der Waldbrücke mußte der hohen Kosten wegen noch zurückgestellt werden. Für Benutzung der Friedhofshalle wird bei Erwachsenen 1,50 M., bei Kindern 75 Pf. erhoben, doch werden Unbemittelte auf deren Antrag davon befreit. Die Besetzung des Steuerhauptausschusses konnte nach den Abmachungen einiger Vertreter nicht vorgenommen werden, weil unser Vertreter durchschlagende Gründe dagegen vortrugs.

Vernau.

Die Stadtvorordnetensammlung erledigte in ihrem öffentlichen Teil einige Vorlagen von geringer Bedeutung in kurzer Zeit. Dafür dauerte die nichtöffentliche Sitzung, in der die Einführung einer Befeldungsordnung für Beamte und Lehrer zur Beratung stand, um so länger. Von unseren Genossen wurde beantragt, die Verhandlung in öffentlicher Sitzung zu führen, dem wurde aber auf Einspruch des Vorsitzenden nicht stattgegeben. Nach der Geschäftsordnung bedarf es nur des Widerspruchs eines Stadtvorordneten. Die Befeldungsordnung sieht für Polizeiverwalter und Vollziehungsoffizianten ein Anfangsgehalt von 1500 und ein Endgehalt von 2400 M. vor. Für Postmeister und Magistratsassistenten Anfangsgehalt 1000 M., Endgehalt 2000 M. Stadtvorsteher und Maschinenmeister beginnen mit 2000, Endgehalt 3200 M., außerdem erhalten dieselben Dienstwohnungen im Werte von 300 M. Magistratssekretäre Anfangsgehalt 2400 M., Endgehalt 3300 M. Stadtschulassistenten, Stadtschreiber und Bauverwalter beginnen mit 1500 M., das Höchstgehalt beträgt 2200 M. Für sämtliche Endgehälter ist eine 14jährige Dienstzeit vorgelesen. Die Befeldungsordnung der Lehrer wurde der vorgelassenen Zeit wegen vertagt.

Trebbin (Kreis Zeltow).

Mit dem Verkauf des Stadtschlosses hatte sich die letzte Stadtvorordnetensammlung zu beschäftigen. Gemische Richter erzuhte die hiesigen Herren, die sonst im Städtischen die große Wort führen, in der Stadtvorordnetensammlung ihre Meinung über diese wichtige Frage zum Ausdruck zu bringen. Zur Sache selbst betonte der Redner, daß, wenn die bürgerlichen Vertreter früher die Interessen der Stadt zu wahren verstanden hätten, die Kirche nicht in den Besitz der Ländereien gekommen wäre; die Verwaltung braucht jetzt nicht auf Mittel bedacht sein, den Ort durch Herbeiziehen von Industrie zu heben. In namentlicher Abstimmung erklärten sich die Herren Drachholz, Thiel, Jung, Koch und Siebeck gegen den Verkauf. Stadtvorordneter Thiel verlangte unter allgemeiner Heterkeit, daß die Abstimmung protokolliert und öffentlich bekannt gemacht werden soll. Sodann wurde der Vertrag mit der Kontinentalen Gasgesellschaft Dessau angenommen. Der Vertrag beruht auf derselben Basis wie der zwischen dem Kreis Zeltow und der Gesellschaft geschlossene. Für den Ort kommt zunächst der Verbrauch von Gas für Kraft-, Heiz- und Kochzwecke in Betracht. Der Preis hierfür ist auf 18 Pf. pro Kubikmeter und für Kochzwecke auf 18 Pf. berechnet. Für Verbraucher zu beiden Zwecken ist ein Einheitspreis von 15,8 Pf. festgesetzt. Für die nach 8 Uhr abends fallenden Stunden der Fortbildungsschule kommt der Staatszuschuß in Betracht. Die Gaslieferung am 24. November hat einen Erlös von 1778,50 M. ergeben.

Spandau.

Bei dem geplanten Straßenbahnanstreich mit Berlin ist es zeitgemäß, einen Blick auf die hiesigen traurigen Verkehrsverhältnisse zu werfen. Ohne Rücksicht auf das Publikum und die Straßenbahnanstreich werden von dem Straßenbahndirektor mit Zustimmung des Magistrats dauernd die Lärmlinien erhöht, die Fahrten der Schaffner und Fahrer verkürzt und Verkehrserschwerungen eingeführt. Seit 1. November ist Halt des 6-Minuten-Verkehrs auf den einzelnen Linien der 7 1/2-Minuten-Verkehr eingestellt, die Haltezeit der Elektrischen auf dem Hauptbahnhof von 3 auf 1 Minute und an den Endhaltestellen von 5 auf 4 Minuten gekürzt worden. Da nun die einzelnen Wagen fast immer etwas Verspätung haben, so fallen die Fahrten der Angestellten fast gänzlich weg. Früher waren zu jedem Zuge Straßenbahnwagen am Bahnhof, um die Fahrgäste mitzunehmen. Wenn jetzt ein Eisenbahnzug hier eintrifft, so müssen die Fahrgäste am Hauptbahnhof mitunter in strömendem Regen fünf bis acht Minuten auf die Straßenbahnwagen warten, sie ziehen es dann meistens vor, zu Fuß zu gehen, weil sie so schneller nach Hause kommen. Nicht unerwähnt sei noch das schöne Bild an der Charlottenbrücke. Hier kann man des öfteren beobachten, daß ein zehnjähriger Junge sich mit dem Hochziehen der Brückenklappen aquavall. Da der Mechanismus der Brückenklappen oft nicht funktioniert, so müssen die Straßenbahnwagen auf beiden Seiten mitunter zehn bis zwanzig Minuten warten, bis sie weiterfahren können. Nebenbei sei noch erwähnt, daß morgens und abends, hauptsächlich auf der Romendammbahn, öfter die doppelte als vorgeschriebene Anzahl Fahrgäste in den Wagen eingewängt ist.

Mühlenberg.

In einer imposanten öffentlichen Versammlung im Gasthaus „Zur Sonne“ sprach am Sonntag Genossin Demning über das Thema: Die Frau in ihrer wirtschaftlichen Stellung einst und jetzt. Trotz des kalten Wetters war die Versammlung überaus gut besucht. Die Vorlesungen der Rednerin wurden mit großem Interesse verfolgt und am Schluß mit Beifall belohnt. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Bieth, Essing, Seifert und Buchweit. Einleitend und am Schluß der Versammlung trug der Gesangverein „Jugend“ Widerschwüeligen einige stimmungsvolle Lieder vor, die begeistert aufgenommen wurden.

Gerichts-Zeitung.

Die Gräfin als Angeklagte.

Aus der gestrigen Verhandlung verdienen zwei Punkte registriert zu werden.

Der Leutnant Hübel stand in intimen Beziehungen zur Angeklagten. Sie behauptet, ihn zum größten Teil aus ihren Mitteln unterhalten zu haben. Als K. im Begriff stand, sich zu verloben, verlor sie, daß er zurücktrete. Sie soll der Schwester des Angeklagten gedroht haben, mit Hilfe der Liebesbriefe des Leutnants

an sie die sie haufenweise befiel, einen Standal zu provozieren, soll aber schließlich von ihrer Drohung gegen Zahlung von 3000 M. Abstand genommen haben. Die Schwester des Hübel behauptete, daß der Hergang wie geschildert gewesen sei, die Angeklagte bestritt, eine Drohung gebraucht zu haben. Die Aussage der Zeugin ergab, daß ihre Mutter aus ihren geringen Mitteln und sie aus den Einnahmen, die sie durch Stundengeben sich verschaffte, dem jungen Leutnant, der nichts weniger als sparjam lebte, monatlich 30 M. Zuschuß sendeten.

Die geschickte Heiratsvermittlung, die den Regierungsbau- meister Dinkensbach betraf, wurde von diesem bekundet. Es ist dies der Zeuge, dem von dem Heiratsvermittler Kay in Aussicht gestellt worden war, ihm eine Ehefrau mit mindestens 300 000 M. zu beschaffen. Kay hatte einen Betrag von 300 M. erhalten, um nach Frankfurt a. M. zu fahren, in seinem Auftrage fuhr gegen Entgelt von 150 M. die Angeklagte nach Frankfurt a. M. Wie schon erwähnt, sollte dort mit der Prinzessin Alexandra zu Hensburg die Sache eingeleitet werden. Dem Zeugen waren vier Damen in einem kleinen Verzeichnis als passende Partien bezeichnet worden, darunter eine Jüdin, 28 Jahre alt, hübsch, fort 1 Million, ferner eine Spanierin, 30 Jahre, bildschön, ca. 1/2 Million, usw. Der Zeuge will dadurch in den Glauben versetzt worden sein, daß vier reiche Frankfurterinnen bereit seien, zum Zwecke späterer Heirat seine persönliche Bekanntschaft zu machen, er ist der Angeklagten nach Frankfurt nachgereist und hat sich dort acht Tage aufgehalten, um dann unrichtigter Sache nach Berlin zurückzuführen, da er von den reichen Damen nichts zu sehen und auch die Prinzessin nicht zu sprechen bekam, denn diese ältere Dame sei nur hier und da „vorübergeschwebt“. Die Angeklagte betont zu diesem Fall, daß sie von dem Zeugen doch keinerlei Provisions erhalten habe. Ueberreste habe sie in der Angelegenheit wirklich mit der Prinzessin Hensburg verhandelt; der Zeuge sei aber zu ungebildigt gewesen und habe die Zeit nicht abwarten können.

Ein Beschluß über eventuelle Vorführung der Prinzessin Hensburg wurde nicht gefaßt. Es soll versucht werden, diese Zeugin nochmals durch eine besondere Vorladung, an deren Zustellung dann nicht gezwweifelt werden kann, zum nächsten Sonnabend hierher zu zitieren. Es wird dann in dieser Woche nur noch heute und Sonnabend verhandelt werden.

Alimentenreid.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landrichters Hennard wurde am zwei bis in die Abendstunden sich ausdehnenden Sitzungstagen ein umfangreicher Meineidprozeß verhandelt, an dem fast das ganze Dorf Löwenbruch bei Ludwigfelde in der Mark aktiv beteiligt war.

Es handelte sich um einen jener berüchtigten Alimentenmeineide. Angeklagt war der Maurer Paul Egler aus Löwenbruch unter der Beschuldigung, in dem Unterhaltungsprozeß des münster-jährigen unehelichen Sohnes einer Bühnenkünstlerin gegen ihn einen ihm von der Zivilkammer des Mag. Landgerichts II auferlegten Eid wesentlich falsch geschworen zu haben. Er hatte diesen Eid prompt geleistet, obwohl der Botschafter es nicht unterließ, ihn in eindringlicher Form darauf aufmerksam zu machen, daß entweder er oder das Mädchen einen Meineid leisten würde. Nachdem der Angeklagte in der Verhandlung seinen Prozeß endgültig gewonnen hatte, fuhr er in sein Dorf zurück und verpötelte einen Arbeitskollegen, der einem Mädchen Alimente zahlen mußte und sagte ihm: Er wäre seinerzeit wohl recht dummt gewesen und würde heute wohl nicht zu zahlen brauchen, wenn er nur den einen Kniff beim Schwören gewußt hätte. Da der Verteidiger, K.-A. Dr. Herbert Fuchs, zahlreiche Personen zum Beweise der Angalobwürdigkeit der Hauptbeschuldigung und Staatsanwalt Dr. Schindler sehr viele Zeugen zum Gegenbeweise geladen hatte, so war tatsächlich fast das ganze Dorf im Zeugensaume versammelt. Nach Schluß der umfangreichen Beweisaufnahme beantragte Staatsanwalt Dr. Schindler das Schuldig wegen wissentlichem Meineid, während K.-A. Dr. Herbert Fuchs höchstens einen schlüssigen Meineid für vorliegend erachtete. Nach langer Beratung behielten die Geschworenen in späterer Abendstunde nur die Frage nach schlußfertigen Holzeid, worauf das Gericht dem Angeklagten zu einem Jahre Gefängnis unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft verurteilte.

Wißlungene Arbeitswilligenslage.

In Halle a. S., wo man den besten Vertreter der Arbeitswilligen, Schurzgeringen der Unternehmer und Gründer des Arbeitsklubs „Anonim“, Maurermeister Pfeiffer, ins Zuchthaus geschickt hat, scheint man nunmehr in der Bewertung von Arbeitswilligensausagen etwas vorsichtiger zu werden. Als im August d. J. 51 Arbeiter einer Klärstation bei Halle im Lohnkampf die Arbeit niedergelegt hatten, will der Arbeitswillige Max Lange von Dolan am 20. August auf dem Wege nach der Klärstation von dem bisher unbescholtenen 47-jährigen Maurer Karl Petersen genötigt und bedrängt worden sein. Lange beschwor vor dem Schöffengericht, als er mit dem Rabe an Petersen vorbeifuhr, habe der Streikende ihm zugerufen: „Schämst Du Dich denn nicht, Du wußt den Streik brechen; wenn Du heute noch heute kommst, dann geht Dein Rad in Stücke.“ R. wies darauf hin, es sei gar nicht möglich, daß ein Vorbeifahrender so viel Worte vernähme. Tatsächlich habe er dem R. auch nur die Worte zugerufen: „Wo willst Du denn hin?“ — Nachdem der Amtsanwalt für Kräftigen Arbeitswilligensschutz plädiert und gegen R. zwei Wochen Gefängnis beantragt hatte, kam das Gericht zur Freisprechung mit der Begründung, Zeuge Lange habe vor Gericht nicht den sichersten Eindruck gemacht.

Germanisation.

Der Uhrmacher Erich L. in Oberhausen, Rhld., hatte in seinem Schaufenster Ringe mit dem polnischen Adler und einer polnischen Inschrift ausgestellt. Die ins Deutsche überseht lautet: „Gott erlöse Polen!“ Die Baren hatte er von einem Engrosgehilfen aus Düsseldorf in Kommission erhalten. Wegen des Auslegens der Ringe im Schaufenster hatte das Schöffengericht Oberhausen den Angeklagten zu 15 M. Geldstrafe verurteilt, da die Tendenz der Inschrift geeignet sei, die nationalpolnische Bewegung zu heben, die darauf ausgeht, die ehemals polnischen Landesteile von der preussischen Herrschaft loszulösen. Gegen das Urteil legte der Amtsanwalt Berufung ein, weil nicht auf Unbrauchsverweigerung der vorgeschriebenen 14 Stück Ringe erkannt worden ist. Die Strafkammer Duisburg verwarf jetzt die Berufung, da nicht die Schrift strafbar ist, sondern nur das Auslegen der Ringe im Schaufenster.

Die fromme Mörderin.

Zu Hammen bei offen Kaiserstadt lebt ein gar frommes Bismlein. Eine lebende Mutter von Dienern und Dienerinnen im Weinberge des Herrn wehrt mit Erfolg den falschen Propheten, die das engel-reine Gemüt der guten Mörderin durch die Verlebrten der Keuzzeit vergiften wollen. Aus diesem frommen Winkel bringt oder hier und da gar wunderbare Kunde über die Wesle gläubiger Seelen. Vor einigen Jahren wurde dort ein Mädchenmörder Geffien abgeurteilt, der am Tage der Tat die Messe besuch, geschweigt und kommuniziert hatte. Dieser Tage stand eine Mörderin vor den hiesigen Geschworenen, deren Frommigkeit sich noch zartfühlender äußerte. Das Häßliche Weib, Mutter von 11 Kindern, war des angetroffenen Mannes überdrüssig, und sie sehnte sich danach, ihn durch einen jungen Knecdt zu erschießen. Da aber die katholische Kirche die Scheidung verbietet, sann die Frau, sich auf andere Weise des Ueberflüssigen zu entledigen. Sie hätte ihn erschießen oder erwürgen können, aber dann hätte der plötzliche Tod ihr Opfer gebühret, die Leiche kirchliche Begehrung mit in die Ewigkeit zu nehmen. Und das wollte die fromme Mörderin den zum Tode Gezeichneten nicht antun. Sie beschloß daher, ihren Mann zu vergiften. Die Schmeizler der Vergiftung, so falsulierte die treue Seele, würden den Todesstandarten rechtzeitig daran mahnen, daß sein letztes

Stündlein geschlagen habe, und so werde ihm die Möglichkeit bleiben, aus der Hand eines katholischen Priesters die letzte Delaha zu erhalten. War diese gute Absicht der frommen Bismlein nicht ein Erfolg religiöser Erziehung? Wann je hätte ein ungläubiger Väterder soviel Jartgefühl geäußert, so rührend für das Seelenheil seines Opfers gesorgt? Leider wurde der edle Plan der frommen Katholikin zunichten. Dreimal Judie sie dem Manne durch Arsenik die Freuden der himmlischen Seligkeit zu verschaffen, aber jedesmal lebte der Unantbare die vergiftete Suppe ab. Da konnte denn endlich auch diese zartempfindende Mörderin auf das Seelenheil des Mannes keine Rücksicht mehr nehmen. Sie bestimmte ihren Liebsten, den lästigen Dritten durch wohlgezielte Revolvererschüsse aus der Welt zu schaffen. Morgens ging die gläubige Frau mit Mann und Kind in die heilige Messe. Dann drückte sie dem Knecdt den Revolver mit fünf Patronen in die Hand: „Jetzt wird der Knecdt erschossen.“ Ahnungslos ging der Mann mit dem Knecdt auf ein Kriegerversandsfest, und auf dem Heimweg hat er dann sein Leben lassen müssen.

Das hiesige Schwurgericht hat nun über die Gattenmörderin und ihren Helfershelfer das Todesurteil gesprochen.

Aus aller Welt.

Ein Kulturdokument.

Die blutige Ironie klingt eine „Bekanntmachung an die Bevölkerung Westfalens“, die der Landeshauptmann von Westfalen in der ganzen Provinz durch Anschlag verhängen läßt und an deren Verbreitung auch Behörden in der Rheinprovinz sich beteiligen. Die Bekanntmachung verdient wirklich Verbreitung, weshalb sie hier wiedergegeben sei. (Die gesperrten Sätze sind in dem Original durch große Lettern besonders hervorgehoben):

Geht keinerlei Almosen mehr an ortsfremde Wanderer.

Vettele Wanderer müssen ein für allemal an die Polizei- oder Gemeindebehörde verwiesen werden.

Rot braucht kein arbeitswilliger Wanderer mehr zu leiden.

Die von der Provinz eingerichteten Wandererarbeitstätten gewähren jedem arbeitslosen Wanderer gegen angemessene Arbeitsleistung unentgeltliche Verpflegung und Unterkunft. Soweit irgend möglich, wird in den Wandererarbeitstätten auch unentgeltlich Arbeit nachgewiesen. Der Wandererarbeit und die Landwirthe werden aufgerufen, wenn die Bevölkerung alle ortsfremden Wanderer abweist, weil für sie durch die Wandererarbeitstätten gesorgt wird. Wer ihnen Almosen gibt, übt falsches und andere schädigendes Mitleid und verleitet zum Landstreichen und Betteln.

Inhalt und Geist dieser Bekanntmachung wirken in einer Zeit der zunehmenden Arbeitslosigkeit besonders „wohltuend“. Kann man sich angesichts des Massenelends, das die Arbeitslosigkeit in den Großstädten des Reichs im Gefolge hat und das die Arbeitslosen zu Tausenden auf die Landstraße treibt — als „ortsfremde Wanderer“ — eine anreizendere Sprache denken, als diese Bekanntmachung?

Auch ein Grund.

Ein gewiß seltener Mensch hat in Gotha seinem Leben freiwillig ein Ende bereitet. Ein erst 34 Jahre alter unbekannter Rentier, der ein Vermögen von 150 000 M. sein eigen nannte, erhängte sich, weil die Gefahr für ihn vorlag, 250 M. einzubüßen. In einem Zivilprozeß wollte der Beklagte den Eid ablegen, daß er die Summe bereits ein mal bezahlt und der Kläger, genannter Rentier, sie ein zweites Mal fordere! Wegen dieser Sache geriet nun der Geldmann so in Aufregung, daß er einen Tag vor dem Eidestermin seines Gegners sich in seiner Wohnung das Leben nahm. Der Mann verlebte seine Zeit in aller Speißbürgerliche und Einsamkeit, aber um des lieben Mammons wegen ließ er sich, wie Figure zeigt, von seinem „Leidensgenossen“ übertreffen.

Kleine Notizen.

Grubenunglück. Auf der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ in Hamborn wurden am Sonntag bei einem Kanaleinbruch vier Arbeiter verschüttet. Einer wurde sofort getötet, die drei anderen haben schwere Verletzungen davongetragen.

Sturm auf Eiferfucht. Der 19-jährige Arbeiter Storn hat am Sonntag in Segeberg auf offener Straße das 21-jährige Mädchen Bittern durch einen Stich ins Herz getötet. Das Motiv ist Eiferfucht. Der Mörder hat sich selbst der Polizei gestellt.

Sturm an der skandinavischen Küste. Aus vielen Orten Norwegens wird Sturm gemeldet. In der Nähe von Bergen extranken in der vorletzten Nacht zwei Fährlente und drei Mann von der Besatzung des Dampfers „Bergensfjord“ beim Versuch, zum Dampfer hinauszuwandern.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, dann vier Wochen — Gedruckt — wöchentlich von 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonntags, von 1/2 bis 6 Uhr abends hat. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Wunsch und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht einzeln. Anfragen, denen keine Abnormenentscheidung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

R. 2. 15. 1. Rein, Ihre Frau ist dadurch, daß sie in Verbindung getreten ist, Kasse mitleidig geworden. 2. und 3. Es genügt die Mitteilung des Schneidermeisters an die Kasse, daß Ihre Frau in Verbindung getreten ist. 4. Eine Bescheinigung wäre dann nicht mehr erforderlich. Sie kann jedoch bei der Aufschreibebüro, Magistrat zu Westfalen, erhoben werden. — R. 2. 21. 3. Ja, sofern die Krankheit nicht länger als 14 Tage andauert. — R. 2. 22. 1. Rein, die Ringe wäre zu erwarren. — Gedruckt. Es kann beim Amtsgericht, in dessen Bezirk der Erbfalle verstorben ist, das Aufgebotsverfahren beantragt werden. Die Aufgebotsfrist soll das Gericht fest. Die Kosten gehen von der Nachlassenschaft ab. — W. 2. 33. Es genügt auch andere amtliche Urkunden, aus denen sich Ihre Religionszugehörigkeit ergibt. 2. Ja, jedoch nicht früher, spätestens aber vor Ablauf von 6 Wochen. — O. 2. 23. Rein. — O. W. 71. 1. Ja. 2. Rein, die Erklärung muß dem Amtsgericht gegenüber abgeben werden. — München 13. Sofern U. gleichgültiger Erwerber war, ist er nicht verpflichtet, ohne Bezahlung seiner Forderung die Maschine herauszugeben. — 211. W. 3. Eine Schadenersatzklage würde nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn Sie vorher von dem Vermittler verlangt haben, daß er für den Beschluß der Vorabendliche Sorge trägt. — R. 3. 7955. 1. Nein, allerdings wird häufig nach der Richtung hin eingewirkt. 2. Ja, jedoch bei der Aufschreibebüro. Ihre Frau kann herangezogen werden, sofern sie nicht ebenfalls erkranket. — O. W. 34. Die Verlebrten würde dürfte aufrechnen. — R. A. G. 200. Unreines Erchtens nem. — W. W. 95. 1. Rein. 2. Nach ihrer Darstellung nicht. — Paul 110. Kommt auf den Inhalt des Antragsantrags an. In der Regel wird Berücksichtigungspflicht in solchen Fällen vorliegen. — Rams 97. 1. und 2. In geringem Umfang ja, es darf jedoch der Ausbildungszeit nicht darunter leben. 3. Aufschreibungsanträge werden mangels Vorliegen eines schriftlichen Verweises nicht geltend gemacht werden können. 4. Ja. — O. 2. 1. Der Alimentationsanspruch entspricht den heutigen Sitten. 2. Sofern man Ihre Darstellung zu ergehen läßt, ausgesetzte Alimente rückständig sind, der Betrag der 20 M. möglichen übersteigt. 3. Ja, jedoch erst nach Aufstellung eines Pfandbuchs und Niederschreibungsbeschlusses. — E. H. 28. Die Schriftstücke darften voranschicktig ausreichen. Wir raten, zu Beginn der Frist die Erklärung abzugeben, damit Sie eventuell noch Zeit haben, die Aufschreibungszeit zu besorgen. — W. R. 46. 1. und 2. Die sofortige Aufnahme der Handbühle darf nur dann erfolgen, wenn die Verlebrung des Gläubigers gefährdet wird. Es müssen Tatsachen vorliegen, die eine Gefährdung begründen. Die Pfandbücherei hat der Gerichtsbarkeit. Eine Bescheinigung ist beim Vollstreckungsgericht anzureichen. Die Vorschrift ist im § 96 Absatz 2 der Pfandpfaundersordnung enthalten.

Teilzahlung

Wochenrate von **1 M.** an

Vornehme

**Herrn-Ulster
Paletots, Anzüge**
fertig und nach Mass

J. Kurzberg

Mass-Schneiderei

Rosenthaler Str. 36
Frankfurter Allee 104
Reinickendorfer Str. 4



Achtung

Sammeln Sie die in jeder Wyberf-Schachtel liegenden runden Prospekte mit der Abbildung der „Bonbonniere“. Wer 20 dieser Prospekte einendet, erhält eine reizende Bonbonniere gratis. Verlangen Sie überall Wyberf-Reglamente. In allen Apotheken und Drogerien sind Wyberf-Tabletten für 1 M. erhältlich.

Phänomen



Eigene Kürschnerei.
Reparaturen
gut, schnell, billigst.

Eile zu Weile

Spezialhaus für Pelzwaren
Berlin S., 119 Dresdener Str. 119
am Oranienplatz.

1000 Pelzstolas

Schals, Colliers, Muffen nur prima
offeriere ich infolge günstiger
Abschlüsse

zu hervorragend billigen Preisen.

Echt Skunks-Stola . . von 95 M. an
Herzmurmel-Stola von 12.50 M. an
mit Köpfen und Schweifen.

Alaska-Fuchs-Imitation . . . 7.50 M.

Marder, Nerz, Persianer,
Opopsum, Biber, Iltis etc.

in allen modernen Formen stets
am Lager.

Bitte Eile zu Weile

Dresdener Str. 119 zu achten.
Jedermann erhält die im Fenster
ausgestellten Gegenstände sofort
für den bezeichneten Preis.
Sonntags 12-2 geöffnet.

Theater.

Dienstag, den 2. Dezember 1913.
Anfang 6 Uhr.

Cines Palast am Zoo. Variété-
Sitzspiele.

Anfang 6 1/2 Uhr.

Cines Nollendorf-Theater. Variété-
Sitzspiele.

Anfang 7 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Die Walküre.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Schauspielhaus. Hans Lange.
Deutsches Opernhaus. Lollo.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Mit dem Imperator nach
Neu York.
Kammerspiele. Andros und der
Ehre.

Veffing. Hagnallion.
Königsgräber Straße. Die Kron-
braut.

Theater am Nollendorfsplatz. Der
Nikado.

Theater des Westens. Colendat.
Berliner. Die erste im Nat.

Deutsches Künstler-Theater.
Hanneles Himmelfahrt. Der zer-
brochene Krug.

Deutsches Opernhaus. Undine.
Deutsches Schauspielhaus. Die
heitere Keßberg.

Thalia. Die Langoprinzessin.
Romöbischhaus. Hinter Mauern.
Montis Operetten. Die ideale
Gattin.

Schiller O. Jugendfreunde.
Schiller Charlottenburg. Die
Jungfrau von Orleans.

Heißberg. Hohheit — der Franz.
Metropol. Die Heße um die Welt
in 40 Tagen.

Kaffee. Herdbrand der Jugend-
heße.

Kleinod. Die Sibbe.
Kaiser. Berlin, wie es weint und
lacht.

Lehrer-Theater. Die spanische Fliege.
Trianon. Seine Geliebte.
Hollis. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.
Cines Friedrich-Wilhelmstadt.
Die Almodogran.

Herrfeld. Was sagen Sie zu
Leibsch?

Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Luisen. Doppelrath's Erben.
Folies Caprice. Der Rind.
Wanderschwindel.

Walpalle. Der Liebesonkel.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Rubber
Reis.

Clympia. Großer Internationaler
Zirkus.

Anfang 9 Uhr.

Admiralpalast. Die lustige Puppe.
Cines Nollendorf-Theater. Variété-
Sitzspiele.

Sternwarte. Jubiläumstr. 57-59

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater).

Dienstag, abends 8 Uhr:

Jugendfreunde.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Wenn der neue Wein blüht
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Heimg'unden.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.

Dienstag, abends 8 Uhr:

Die Jungfrau von Orleans.
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr:
Maria Stuart.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Die Jungfrau von Orleans.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.

Theater am Nollendorfsplatz 5.

Abend 8 Uhr: Mikado.

Mittwoch, 3. Dezbr., nachm. 4 Uhr
(zu klein. Breiten): Frau Holle.

Deutsches Schauspielhaus

8 Uhr: Die heitere Keßberg.
Theater in der Königsgräber Straße
8 Uhr:

Die Kronbraut.

Komödienhaus.

8 Uhr: Hinter Mauern.

Berliner Theater.

8 Uhr:
Wie einst im Mai.

Lessing-Theater.

8 Uhr: Pygmalion.

Luftspiel von Bernard Shaw.

Theater des Westens.

8 Uhr: Polenblut.

Mittwoch u. Sonnabendnachm. 4 Uhr:
Das tapfere Schneiderlein.

Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr: Gräfin Fifi.

Deutsches Künstlertheater

Sozialität.
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollend. 1383.

Dienstag 8 Uhr:
Hanneles Himmelfahrt.
Der zerbrochene Krug.

Mittwoch 8 Uhr:
John Gabriel Borkman.

Montis Operettentheater.

Täglich 8 Uhr: Lehrer-Novität:
Die ideale Gattin.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater
30-31 Chausseestr. 30-31.

Operetten-Gastspiel
am 29. Male:
Die Kinokönigin

Operette in 3 Akten
von Georgi Montowski u. Jul. Freund.
Musik von Jean Gilbert.

Kaffeeeröffnung. 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Residenz-Theater

8 Uhr:
Hohheit — der Franz!

Ruffallische Grotte in 3 Akten von
Arthur Landberger und Ed. Wolf.
Musik von Robert Winterberg.

Abend 8 Uhr: Hohheit — der Franz!

ROSE=THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Berlin, wie es weint
und lacht.

Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Im weißen Rößl.

Sonabendnachmittags:
Gisônia und Goldbringschen.

Metropol-Theater.

Abends präzis 7 Uhr 53:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.

Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Seine Geliebte.

Sonntagnachm. 3 Uhr: Die Liebe wacht.

Passage-Panoptikum

50 wilde
Kongoweiber
Männer und Kinder
in einem eigens auf-
gebauten Kongodorf.
Der Froschschlucken.
Die gr. Kino-Variété-Vorstellung
von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

Vierter Wahlkreis

Sonabend, den 6. Dezember 1913, im großen Saal der Brauerei Friedrichshain:

Beethoven = Konzert

Mitwirkende: Frau Schauer-Bergmann (Breslau) Sopran — Fräulein
Haenisch, Sopran — Fräulein Stapelfeld, Alt — Herr Ludwig Heß, Tenor —
Herr Dr. Guttmann, Tenor. — Herr van Eweyck, Bass — Am Kavier: Herr
Lütschig — Berliner Volkschor — Bläser-Orchester. — Dirigent:
Herr Dr. Ernst Zander.

Vortragsfolge: 1. Leonoren-Ouverture Nr. 3.
2. Phantasie für Klavier, Orchester und Chor.
3. Die neunte Sinfonie.

Billets a 70 Pf., Textbuch 10 Pf., sind zu haben im Bureau des Wahlvereins,
Stralauer Platz 10/11, sowie in den Expeditionen P. Böhm, Lausitzer Platz 14/15,
Häckelbusch, Petersburger Platz 4, Zucht, Emanuelkirchstr. 12, Hantsch, Acker-
straße 174 und im Lokal von P. Hoffmann, Königsberger Straße 38. 215/14

Die CINES Theater

Palast am Zoo
Täglich Anfang 6 Uhr.
Sonntags, 8 Uhr: Matinee.
Komplettes Programm grosser
Variété-Akte
sowie unsere
renommierten Lichtspiele
Preis von 65 Pfennig an.

Nollendorf-Theater

Cleopatra

Die Herrin des Nils
Das Filmwunder der Welt
wurde mit großem
Beifall aufgenommen.
Wochentags Anfang 6 u. 9 Uhr
Sonntags 4, 6 u. 9 Uhr.

Jugend-Vorstellung
Mittwoch und Sonnabend 4 Uhr
zu halben Preisen.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger
Zickenheens Künstler-
Agentur.

Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.
3 Uhr zu ermäß.
Preisen: Der
Kompagnieball
u. Weihnachts-Pr.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luisen-Theater.
8 1/2 Uhr:
Hopfenraths Erben.

Vollständ. mit Ges. u. Tanz in 5 Akten.

„Clou“ Berliner ::

Konzert

Heute: Großes Konzert
des Berliner Sängervereins E. V.

(„Cecilia Melodia“, gegr. 1856).

Chormeister: Kgl. Musikdirektor Max Eschke
unter Mitwirkung des Berliner Konzerthaus-Orchesters
Dirig.: Komp. Frz. v. Blon und Hofkapellmstr. Prof. Traugott Ochs.
Anfang 8 Uhr.

Karten im Vorverkauf a 50 Pf. im „Clou“ und den mit Plakaten
belegten Handl. Abendkasse 75 Pf. Alle Vergünstigungen aufgeh.

Einzelkartenl. verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin 98.

MARMORHAUS

LICHT-
SPIELE
Kurfürstendamm 236.

Zum 107. Male:

Die
blaue
Maus

m. Madge Lessing

Regie: MAX MACK

Vorstellungen 5, 7, 9 U.

Folies Caprice.

Der Kuckuck.
Manöverschwindel.

Anfang
8 1/2 Uhr

Casino-Theater

Lothringer Str. 67. Täglich 8 Uhr.

Das glänzende Dezember-Feier-
Gastspiel der amerikanischen Sensation
„Am Bull-Dog-Target-Ziel.“

Darunter seit Eröffnung total ausverkauft:
Ferdinand der Eugendhafte.

Sonntagnachm. 4 Uhr: Mutterliebe.

WINTERGARTEN

Neues Programm!
Rita Sacchetto

Serene Nord Robert Steidl.

Die Tangotänzer

Oscar und Suzette

und eine Auslese
hervorragender Kunstkräfte!

Rauchen gestattet!

UT

Lichtspiele

Moritzplatz

Hasenheide

Weinbergsweg
16-17 (2 Min. v.
Rosenth. Tor)

Reinicken-
dorfer
Straße 14

Protea

Phantastisches Schauspiel
in 4 Akten.

Schöneberg, Hauptstr. 49

Täglich:
Das glänzende
Eröffnungsprogramm
mit

TANGO-FIEBER

Filmburleske von
Edmund Edel u. Karl Wilhelm.

URANIA

Taubenstraße 48/49.
Sonntag 8 Uhr:
Mit dem „Imperator“
nach New York.

Zirkus Busch.

Heute Dienstag, 2. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr:
Das neue große Dezember-
Programm.

Kapt. Hulig
eine Nordpolreise i. Zirkus Busch.

La Dorando
Jonglier-Akt.

Ed. Smaragda, die größte u.
vollkommensten Tauben-Dress.
Hierzu die größte und prachtvollste
Kunststückerpantomime

Pompeji.

Keine Steuer, ant. Sonntg.

Zirkus Alb. Schumann.

Heute Dienstag, 2. Dezbr.,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung.
Neu! U. a.: Neu!

Flack Brothers
komische Gymnastiker am
Looping The Loop Trapez.

Grand Succes! Mit Mariettas
5 dress. Seelöwen zu Pferde!

und die übrigen neuen
Dezember-Attraktionen.

Um 9 1/2 Uhr:

Tango vor Gericht!

Pantomimische Burleske
in 3 Akten mit Gesang u. Tanz

Apollo-Theater

Friedrichstraße 218

Vornehmstes Variété

Costantino Bernardi

4 Schwestern Romanos
Salerno

und ein weiteres großes Pro-
gramm der
besten Variétékünstler.
Rauchen überall gestattet.

Beginn 8 Uhr.
Ab 7 1/2 Uhr: KONZERT.

Admiralpalast.

Eis-Arena. — Abends
das neue mit durchschlagendem
Erfolg aufgeführte Eisballett

Die lustige Puppe.

Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenpreise.

Lichtenberg, Schwarzer Adler.

Dienstag, den 2. Dezember:
1. Gastspiel des Boigt-Theaters:
Kajernenluft.

Schauspiel in 4 Akten von Stein
und Bögggen.

Kaffeeeröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Berliner Humor-Quartett

W. Wutzky Odeberger Str. 36

Für den Inhalt der Anzeiger
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Reichstag.

179. Sitzung. Montag, den 1. Dezember 1913, mittags 2 Uhr.

Am Bundesratssitz: v. Bethmann Hollweg, Delbrück, Präsident Raempf: Meine Herren! Im Auftrage des Gemeinderates und des Bürgermeisters von Zabern ist folgendes

Telegramm

Beim Reichstagspräsidium eingegangen:

„Gestern abend sind ungefähr 30 ruhige Bürger von einer Militärpatrouille ohne Grund gewaltsam festgenommen und abgeführt worden. (Zehlfastes hört! hört! links.) Alle mit Ausnahme eines Landrichters haben trotz Einspruches der Zivilbehörden die Nacht im Keller der Kaserne verbringen müssen und sind erst heute gegen mittag dem Zivilrichter vorgeführt worden, der sofort ihre Freilassung angeordnet hat. Der Gemeinderat von Zabern hat in besonderer Sitzung einstimmig seine Entrüstung darüber Ausdruck gegeben (Zehlfastes Bravo! links und bei den Essäffern) sowie über das provokatorische Vorgehen des Obersten v. Reutter. Der Gemeinderat bittet dringend, unerbittlich die nötigen Maßregeln zu ergreifen, um der Bürgerchaft von Zabern den Schutz angedeihen zu lassen, auf welchen sie rechtlich Anspruch hat.“ (Zehlfastes Beifall links und bei den Essäffern.)

Dem Herrn Reichskanzler habe ich von dem Inhalt dieser Depesche sofort Kenntnis gegeben. Es wird in die Tagesordnung eingetragen. Zunächst steht auf ihr die Interpellation der Abgg. Delbrück und Genossen (l.) betreffend

die Vorgänge in Zabern.

Auf die Frage, ob und wann er die Interpellation zu beantworten gedenke, erklärt der

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Ich bin bereit, die Interpellation zu beantworten. Sie betrifft denselben Gegenstand, wie die Interpellation der Fortschrittlichen Volkspartei, von der bisher zu erwarten war, daß sie nach Beendigung der ersten Lesung des Etats behandelt werden würde. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Wir haben auch interpelliert.) Gewiß, es liegen mehrere Interpellationen vor. Inzwischen haben sich in Zabern Vorgänge ereignet von so bedauerlicher Art, daß ich selbst den größten Wert darauf lege, baldmöglichst dem Reichstage und dem Lande darüber Auskunft zu geben und jeden Zweifel zu beseitigen, daß die Autorität der Gesetze ebenso geschützt wird, wie die der öffentlichen Gewalt.

Ich werde daher, sobald das Resultat der sofort eingeleiteten Untersuchung vorliegt, den Herrn Präsidenten bitten, die erste Lesung des Etats zu unterbrechen und die Interpellation auf die Tagesordnung zu setzen. Ich hoffe, daß das am Mittwoch möglich sein wird.

Handelsvertragsgegengesetz mit Großbritannien

(Verlängerung bis 1915 inkl.) beklagt sich

Abg. Hoersch (l.)

Über einen Zollrückgang für deutsche Produkte in Kanada, während man anderen Staaten Sonderrechte gewährt habe. Deshalb seien die Handelsbeziehungen abzubrechen und die Vorlage abzulehnen.

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück:

Der Vordrucker ist gegen die Vorlage, aber was soll denn werden, wenn am 1. Januar ein vertragsloser Zustand mit Großbritannien beginnen würde? Eine so schwierige Frage will er wohl nicht öffentlich erörtern. Infolge der wachsenden imperialistischen Tendenz im britischen Reiche behandeln die Kolonien des Mutterland günstiger als andere Länder. Schon 1901 hat die Reichstagsmehrheit entgegen einem Antrag Rowenlow (W. d. Landes.) die Haltung der Regierung, die heute noch die gleiche ist, wie heute, gebilligt. Wenn wir Kanada Konzessionen machen, so nutzt das unseren gesamten Handelsbeziehungen zum britischen Reich. Vertreter der nach Kanada exportierenden Industrien haben mir erklärt, daß so wünschenswert auch die Aufhebung der Differenzierung zwischen uns und Kanada ist, dieser Zustand doch wesentlich besser ist, als der früher bestandene und erst recht besser, als nach dem Rezept des Abg. Hoersch den Zollkrieg mit Kanada ewig fortzusetzen. Der Redner weist auf den gewaltigen Umfang der Handelsbeziehungen mit dem britischen Reiche hin und erhofft die Annahme des Gesetzentwurfes.

Abg. Rolkensulz (Soz.):

Auch ich hätte erwartet, daß der Entwurf, der ja nur den jetzigen Zustand verlängert, ohne Debatte angenommen wird. Merkwürdig ist, daß die Leute über Strafzölle klagen, die am liebsten die ganze Welt in straffollungsgürtete Gebiete einteilen würden. Wer die uns alljährlich unterbreiteten Zahlen der Handelsstatistik zu lesen versteht, der weiß, wie sehr ein dauerndes Vertragsverhältnis zwischen uns und dem britischen Reiche zu wünschen wäre. Aber gewissen Leuten in Deutschland, namentlich den Alldutschen und Rüstungshebern, gilt ja England immer als ein Feind. Nicht die Differenzierung in Kanada, sondern die gesteigerte Getreideproduktion in Nordamerika erhöht die Getreideversorgung von New York nach Europa, die Herrn Hoersch so unangenehm ist. Alle Treiberreien werden den durch die Weltmarktlage bedingten Getreideimport nach Deutschland nicht beseitigen können. Aber diese Angriffe und ein eventueller Zollkrieg sollen den Boden für die agrarische Zollvertragsagitation vorbereiten, damit man dann sagen könne, man habe keine Grundlage eines bestehenden Vertrages und könne daher die Zölle möglichst hoch, ohne Rücksichtnahme auf die schon ganz hohen bestehenden Zölle, festsetzen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Herold (l.):

Handelsbeziehungen abzubrechen ist sehr leicht, aber es ist sehr schwer, einmal abgebrochene Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen. Ich bitte, der Vorlage unbedenklich zuzustimmen.

Abg. Dr. Baasche (natl.)

tritt ebenfalls für die Annahme der Vorlage ein.

Abg. Dr. Baasche (Sp.):

Auch wir glaubten, die Vorlage würde ohne Debatte angenommen werden. Aber die Herren wollten jetzt schon einen Aufsturz zu den neuen Handelsverträgen geben. Die Folgen der Ablehnung der Vorlage, die lediglich den gegenwärtigen Zustand aufrechterhalten will, würden unabsehbar sein: es würde ein Zollkrieg unserer gesamten Handelsbeziehungen sich ergeben, dessen Folgen verhängnisvoll sein müßten.

Abg. Hoersch (l.)

betont noch einmal, daß eine energische Kompandrogung für die Gestaltung unserer Handelsbeziehungen mit England am besten wäre. Unsere Position gegen England wird nicht gestärkt, wenn wir von unseren Rechten in den britischen Kolonien Stück für Stück abdröckeln

lassen. (Sehr richtig! rechts.) Wir dürfen das Provisorium nicht immer wieder verlängern, sondern müssen endlich zu definitiven Zuständen kommen. Dieses Ziel werden wir durch Ablehnung des Provisoriums erreichen.

Abg. Bernstein (Soz.):

Wie stellen die Herren sich denn die Entwicklung der Dinge vor, wenn ihr Antrag auf Ablehnung der Vorlage angenommen wird? (Abg. Graf Westarp (konf.): Wie stellen Sie sich die Dinge vor, wenn der Etat abgelehnt wird? Weiterkeit rechts.) Das ist etwas ganz anderes, der Reichstag ist eine innere Angelegenheit des Deutschen Reiches und der Parteien, hier aber handelt es sich um Handelsverträge mit einem Weltreich und seinen Kolonien, über die wir nicht einseitig entscheiden können. Machen Sie einen Reichstag dem wir zustimmen können, dann werden wir das tun. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Herr Hoersch wünschte eine energische Politik gegen England, eine Politik der geäußerten Faust. Ich weiß nicht, ob Herr Hoersch Kaufmann ist (Zuruf: Rittmeisterbesitzer). Auch als solcher muß er wissen, daß man im Handel mit Drohungen nicht durchkommt. Gewiß wollen auch wir gern zu einem Definitivum kommen; aber gar so schlimm steht es mit diesem Provisorium nicht, es ist hauptsächlich geschaffen worden wegen der Schwierigkeiten, die England mit seinen Kolonien hat.

Die Diskussion ist erschöpft. In zweiter Lesung wird die Vorlage debattelos angenommen. Das Gesetz betreffend die

Einführung des Wiederaufnahmeverfahrens im Disziplinarverfahren gegen Reichsbeamte

wird von

Staatssekretär Dr. Delbrück

kurz begründet. Eine wesentliche Belastung des Disziplinarhofes ist dadurch nicht zu befürchten, da erfahrungsgemäß sehr wenige Disziplinarfälle vorkommen. Das Verfahren schließt sich eng an die Strafprozedur an. Das Gesetz bringt auch Bestimmungen über die Schadloshaltung von unschuldig Verurteilten und zwar soll sie darin bestehen, daß sie von der Rechtskraft der aufgehobenen Entscheidung ab die Stellung und die Bezüge eines einstweilig in den Ruhestand versetzten Beamten erhalten; wenn die Entscheidung nach dem Tode des entlassenen Beamten aufgehoben wird, so erhalten die Hinterbliebenen von seinem Tode ab die Hinterbliebenenversorgung.

Abg. Landsberg (Soz.):

Die Regierung hätte die Gelegenheit benützen müssen, um auch andere Lücken des Reichsbeamtengesetzes auszufüllen. So wenig es dem modernen Rechtsempfinden entspricht, daß die Wiederaufnahme des Verfahrens bisher nicht zulässig war, so wenig entspricht es dem modernen Rechtsempfinden, daß dem Beamten ohne Disziplinarverfahren im Aufstufungswege Geldstrafen auferlegt werden können, daß er seine Personalakten nicht einsehen, daß er wegen seiner politischen Gesinnung diszipliniert werden kann. Auch die Zusammenlegung der Disziplinkammern ist reformbedürftig, ein Teil der Mitglieder müßte aus Wählern der Beamten hervorgehen. Ferner bringt der Entwurf die Wiederaufnahme nur, wenn auf Dienstentlassung erkannt ist, nicht auch bei Verwarnungen, Verweisen, Geldstrafen, mögen sie für den Betroffenen auch noch so empfindlich sein. Jeder Staat müßte verhindern, daß irgend ein Bürger zu Unrecht verurteilt werden kann. Nichts kann die Autorität der Gerichte so sehr schädigen, wie die Unmöglichkeit, falsche Urteile zu beseitigen. Unsere Strafprozedur aber hat das umgekehrte Motto, daß möglichst wenig Urteile wieder aufgehoben werden dürfen. Es ist heute fürchterlich schwer, ein Wiederaufnahmeverfahren herbeizuführen, obgleich sich dann fast immer die Unschuld der Verurteilten glänzend herausgestellt hat. Ich erinnere an die Essener Meinungsstragale — meistens erfolgt die Rehabilitierung erst, nachdem die Strafe verbüßt ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der § 4 der Strafprozedurordnung sagt, daß ein auf ein falsches Zeugnis hin erfolgtes Urteil erst dann der Wiederaufnahme unterzogen werden kann, wenn der betreffende Zeuge wegen Meineids und Falscheid rechtskräftig verurteilt ist. Also, derselbe Staatsanwalt, der die Aussage des meineidigen Zeugen für wahr gehalten und auf sie hin die Verurteilung des Angeklagten herbeigeführt hat, soll den meineidigen Zeugen wegen Meineids anklagen! Und wie schwer ist selbst noch, wenn das schon geschieht, der Nachweis des Meineides zu führen! Wenn nun zum Zweck der Wiederaufnahme bewiesen wird, daß ein solcher Zeuge ein Schurke oder Spitzhube ist, so stellen sich manche Gerichte, z. B. das Oberlandesgericht Raumburg auf den Standpunkt, daß ein solcher Beweis nicht zur Grundfolge des Wiederaufnahmeverfahrens gemacht werden könne, weil der betreffende Zeuge noch nicht wegen falscher Zeugenaussage bestraft sei. Da eine Beschwerde über das Oberlandesgericht hinaus unmöglich ist, bedeutet eine solche falsche Gesetzesauslegung, daß für die Bewohner des betreffenden Gebietes das Wiederaufnahmeverfahren einfach nicht existiert! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist bedauerlich, daß der Staatssekretär das Anwendungsgebiet eines so heidnischen Gesetzes noch erweitern will, und daß er nicht den Ehrgeiz nach etwas Besserem hat. Man hat doch z. B. beim Kolonialgerichtshof den Begriff der Revision erweitert. Hoffentlich übertrifft der Reichstag den Staatssekretär!

Zu der Bestimmung über die Schadloshaltung bemerke ich, daß der unschuldig Verurteilte jedenfalls den Anspruch haben muß, die mit seinem früheren Amt verbundenen Bezüge unverkürzt zu erhalten. Man kann doch nicht jemanden dafür noch schädigen, daß sich das Gericht zu seinem Nachteil geirrt hat. Wenn nach dem Entwurf die Hinterbliebenen ihre gesetzlichen Bezüge in dem Fall, daß die Rehabilitierung erst nach dem Tode des Verurteilten erfolgt, erst von seinem Tode an beziehen sollen, so würde das Reich das gesamte Gehalt von der Zeit der falschen Verurteilung an sparen! Dabon kann keine Rede sein. Un glaublich kleinlich ist auch die Bestimmung des Entwurfs, daß, wenn der Schwaben durch die Reichsentschädigung ausgeglichen ist, dem Reichsstaatskasse anheimfällt. Weitere Bedenken werden wir in der Kommission von 21 Mitgliedern vorbringen, an die wir den Entwurf zu überweisen beantragen. (Beifall d. d. Soz.)

Abg. Holz (l.):

Zahlreiche andere, auch schon vom Reichstag erhobene Beamtenwünsche bleiben immer noch unerfüllt, so z. B. der auf Abschaffung der geheimen Personalakten, die nur für die Kolonialbeamten beseitigt sind. Mindestens müßten diese Akten von Zeit zu Zeit gereinigt werden, z. B. von Jugendverfehlungen gegen eine der unzulässigen Ordnungsvorschriften. Mit den Ausführungen des Vordruckers erkläre ich mich in großem Umfange einverstanden, namentlich in bezug auf die Schadloshaltung. Eine Abgrenzung der Rechte und Pflichten der Reichstagsbeamten wäre notwendig.

Abg. Thoma (natl.):

Dieser Novelle sollte rückwirkende Kraft gegeben werden. Zu kritisieren ist ferner, daß die Wiederaufnahme des Verfahrens nach der Vorlage nur in einem viel zu engen Rahmen möglich ist. Auch müßte der im Wiederaufnahmeverfahren Freigesprochene volle Entschädigung erhalten.

Abg. Viehling (Sp.):

bedauert den überaus engen Rahmen des Entwurfs. Auch hätten sehr wohl noch andere Punkte des Beamtengesetzes bei dieser Gelegenheit reformiert werden können. Vielleicht kann diesem Mangel in der Kommission abgeholfen werden.

Abg. Dr. v. Veit (konf.):

Meine Freunde begrüßen die Vorlage, und halten die in ihr enthaltene Beschränkung der Wiederaufnahme des Verfahrens auf den Fall der Dienstentlassung und die Regelung der Entschädigungsfrage für durchaus angemessen.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Daß für das Wiederaufnahmeverfahren dieselbe Strafkammer zuständig sein soll, die im früheren Verfahren entschieden hat, ist eine durchaus nicht zu billigende Bestimmung des Entwurfs. Eine ganz ersaumliche Bestimmung ist, daß die Wiederaufnahme des Verfahrens unzulässig ist, wenn der Beamte inzwischen eine strafrechtliche Verurteilung erlitten hat, die den Verlust des Amtes von selbst nach sich zieht. Wer soll denn das entscheiden? Ganz ungeheuerlich ist die Bestimmung, daß die Wiederaufnahme auch bei Beibringung neuer Tatsachen, die die Unschuld darzutun geeignet sind, nicht zulässig sein soll, wenn noch ein begründeter Verdacht vorliegt. Wir haben hier also die reine Verdachtsfrage. Das Gesetz genügt in keiner Weise den berechtigten Ansprüchen und Bedarf in der Kommission einer gründlichen Umarbeitung.

Die Debatte schließt.

Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Petitionen.

Eine Petition des unschuldig wegen Brandstiftung verurteilt und vier Jahre im Zuchthaus (davon wurde ein Teil auf die nicht aufgehobene Verurteilung wegen Wechselfähigkeit gerechnet) eingekerkert gewesenen Gerbereibesizers Brohm in Pödned um Rechtshilfe zur Erlangung der Erhöhung der Entschädigung, beantragt die Kommission als Material ein Antrag Albrecht (Soz.) zur Berücksichtigung zu überweisen.

Berichterstattet ist

Abg. Thiele (Soz.),

der den völligen Ruin des Brohm durch den Prozeß und die auf falschem Zeugnis hin erfolgte Verurteilung schildert. Die Entschädigung für 6 Jahre Zuchthaus betrug 2350 M., da das Wiederaufnahmegericht annahm, daß er als Gerber gefesse nach dem schon vor der Verhaftung erfolgten geschäftlichen Ruin wieder erwerbstätig sein könne. Von dieser Summe aber hat die weimarerische Regierung 1440 M. für Anwaltskosten in dem Entschädigungsprozeß einbehalten, den Rest pfändete ein Gläubiger. Dabei hat er durch die Schuld der Zuchthausverwaltung, die ihn auch schlecht behandelt habe, die Beschwerdefrist ans Reichsgericht veräußert. — Das Gesetz verlangt Entschädigung des Vermögensschadens. Die Kommission ist der Ansicht, daß einer Wiederholung solcher Vorkommnisse vorgebeugt werden müsse.

Abg. v. Gräfe (l.):

Wir würden ja alle dem Mann gern helfen, aber wie soll unser Beschluß im Sinne des sozialdemokratischen Antrages ihm etwas nützen? Die Ueberweisung als Material wird hoffentlich von der Regierung beachtet werden.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.)

ist für Ueberweisung zur Berücksichtigung, bei gutem Willen kann dem Mann eine Existenz verschafft werden.

Abg. Thiele (Soz.):

Auch die Kommission wünscht ja, daß aus Billigkeitsgründen die Entschädigung erhöht werde.

Der sozialdemokratische Antrag wird gegen die Rechte angenommen. — Das Haus vertagt sich.

Eine konservative Interpellation wünscht Verschiebung des Inkrafttretens der Dienstbotenversicherung über den 1. Januar 1914 hinaus. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr pünktlich: Kurze Anfragen, Dienstbotenversicherunginterpellation, Wahlprüfungsabstimmungen, erste Lesung des Etats, jedoch nur die Ministerreden schon morgen. — Schluß 6 1/4 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Staatliches Petroleummonopol in Amerika? Der Marineminister Daniel hat der Regierung und dem Komitee der Marineverteidigung die Frage vorgelegt, ob die Regierung der Vereinigten Staaten selbst die Petroleumquellen aufkaufen wolle, da diese sich augenblicklich in den Händen des Petroleumkonglomerats befinden und der Trust Phantasiepreise festsetzen könne wie er wolle.

Kapitalkonzentration in Oesterreich. Die Ausdehnung österreichischer Braunkohlenbergwerksbetriebe auf das Gebiet des Deutschen Reiches, die seit einiger Zeit vor sich geht, hat durch die von der Kohlenhandlung Westfal in Kuzig vorgenommene Erwerbung eines großen Teiles der Anteile der Rheinischen Braunkohlenwerke sich fortgesetzt. Auf dem Gebiete des Steinkohlenbergbaues wölgt sich dieselbe Bewegung. Der Westböhmische Bergbauaktienverein hat von dem deutsch-oesterreichischen Kohlenbergbauverein in Berlin Grubenfelder in vier oberösterreichischen Gemarkungen erworben, um dort Schächte einzutreiben. Daneben vollzieht sich eine Betriebskonzentration, indem die Staatsbahngesellschaft in ihren Kohlenwerken in Madno die bisher auf freien kleineren Schächte verteilte Förderung vom Ende nächsten Jahres an in zwei großen Schächten vornehmen lassen wird.

In der Zuderindustrie dieselbe Entwicklung. In der Pulownia kam vor 2 Jahren zu den schon seit Jahren bestehenden zwei Zuderfabriken eine dritte hinzu, die dem Zuderartell nicht beitrug. Das Artell brachte es aber fertig, ihr den Geldmarkt zu sperren und sie so zur Unterwerfung zu zwingen. Nun hat das Artell die Fabrik aufgekauft, um sie stillzusetzen. Ein Produktionsbetrieb, in dem 7 Millionen Kronen angelegt und viele Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind, wird außer Betrieb gesetzt, um durch Niedrighaltung der Erzeugung die Hochhaltung der Preise zu erleichtern. — Daß dabei, wie der „Arb.-Zig.“ berichtet wird, ein bekannter Abgeordneter aus der Pulownia als Vermittler mitgewirkt hat, ist bei der engen Verquickung von bürgerlicher Politik und kapitalistischem Geschäftsbetrieb nicht weiter auffällig. Ist doch das ganze Zuderartell mit seinen hohen Beziehungen und seiner durch die Steuergesetzgebung gesicherten Auswucherung der Konsumenten ein Schulbeispiel dieser intimen Beziehungen.

Arbeitslosigkeit in England. Nach dem sechsten erschienenen Bericht des Arbeitsstatistischen Amtes betrug die Arbeitslosigkeit in den Gemerkchaften 1912 durchschnittlich 3,2 gegen 3 Proz. im Vorjahr. Nicht mitgerechnet sind Personen, die infolge von Arbeitskonflikten, wegen Krankheit oder hohen Alters arbeitslos waren. Der Sach war: 3,6 Proz. in Metallindustrie und Schiffbau, 3,7 Proz. im Baugewerbe, 3,1 Proz. in Textilindustrie, 5,2 Proz. graphisches Gewerbe, 2,1 Proz. in allen anderen Berufen. Von den verheirateten Arbeitslosen bezogen 62 Proz. die Arbeitslosenunterstützung.

Frauen-Leseabende.

Dritter Kreis. Dienstag, den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr: Gemeinlicher Lesabend im Gesellschaftshaus, Genossin Huben spricht über: „Die Arbeiter und die Kirche“.

Friedrichshagen. Dienstag, den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Jugendheim, Friedrichstr. 60, 2. Hof part. links: Vortrag des Genossen Bartels über: „Wohnungswoesen und Wohnungsreform“.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Stralauer Viertel, Box 309.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unter Genosse, der Mitglied
Wilhelm Hasche
Am Ostbahnhof 18, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 2. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Georgen-Kirchhofes,
Rundberger Allee, aus statt.
218/13 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Am 29. d. M. verstarb unser
Genosse, der Restaurateur
Max Rudolph
Orinifalerstr. 34.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des
Kramerhause aus nach dem
nächsten Krematorium, Gerichts-
straße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
222/19 Der Vorstand.

Volks-Feuerbestattungs-Verein
Groß-Berlin.
Am 29. November verstarb unser
Mitglied, Herr
Max Rudolph
Berlin, Orinifaler Str. 34.
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 3 Uhr, vom
Kramerhaus, um 3 Uhr, im Kre-
matorium Berlin, Gerichtsstraße 37,
statt.
Rege Beteiligung erwartet
225/14 Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme und die reichen Kranzspenden bei
der Beerdigung unseres innigstgeliebten
Leibstehenden **Erns**, sagen wir allen
Verwandten, Freunden und Bekannten
unseren herzlichsten Dank.
1675
A. Zimmermann nebst Frau.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, die Kollegin
Anna Brandes
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 2. Dezember,
nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichen-
halle des Kufner-Kirchhofes in
Lankwitz aus statt.
Ferner starb unser Mitglied,
der Schlosser
Rich. Glauert
am 28. November an Herzleiden.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 2. Dezember, nach-
mittags 3/4 Uhr, von der Leichen-
halle des Kufner-Kirchhofes in
Lankwitz aus statt.

Ferner starb unser Mitglied,
der Klempner
Franz Hippler
Kolonnestraße 33, am 27. November an
Nierenleiden.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 2. Dezember, nach-
mittags 3/4 Uhr, von der Leichen-
halle des Sophien-Kirchhofes in
der Freiwalder Straße aus statt.
Ferner starb unser Mitglied,
der Schlosser
Ernst Burkert
Huppiner Straße 16, am 29. No-
vember an Lungenleiden.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 2. Dezember, nach-
mittags 3/4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
130/16 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Kreis Niederharnim.
Bestir Waldmannsdorf.
Nachruf.
Am Freitag, den 28. November,
starb im Alter von 37 Jahren
nach kurzem, schwerem Leiden
unser Mitglied, Frau **Margarete Hoffmann**
in Waldmannsdorf.
Ehre ihrem Andenken!

Zentralverband der Schuhmacher
Deutschlands.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Ball-
schuhmacher
Otto Haube
Friedrichsbergstr. 6 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 2. Dezember, nach-
mittags 3/4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
169/20 Der Vorstand.

Verband der Steinsetzer,
Plasterer u. Berulsg. Deutschlands
Zentrale Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Stein-
bauer
Wilhelm Nennemann
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 2. Dezember, nach-
mittags 3/4 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
175/13 Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter
Deutschlands.
Zahlstelle Groß-Berlin.
Am Sonntag, den 30. November,
verstarb unser Mitglied
August Ehrhardt.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 2. Dezember, nach-
mittags 3/4 Uhr, auf dem Fried-
hof der Elisabeth-Gemeinde,
Hirtenallee, statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Am Montag, den 1. Dezember,
verstarb meine liebe, gute Frau
und Mutter
Elisabeth Kernchen.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des Briger
Gemeinde-Friedhofes in Brig,
Chausseestraße, aus statt. 174b
Paul Kernchen nebst Kindern.

Allen Freunden, Bekannten
und Genossen die traurige Nach-
richt, daß meine liebe Frau und
gute Mutter
Emma Jannack geb. Koschel
im Alter von 37 Jahren nach
langem, schwerem Leiden ver-
storben ist.
Dies zeigen betrübt an
Paul Jannack
nebst Sohn.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von
der Leichenhalle des Städtischen
Friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt. 1705

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung
meines lieben Mannes
Hermann Becker
sichere ich hiermit, insbesondere den
Kollegen der Rudolfschule und
brüderliche sowie dem Gesangsverein
„Apographta“, nochmals meinen
verbindlichen Dank aus.
Auguste Becker,
Berlin-Tempelhof.
1905

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung
unserer lieben Mutter, Schwegelmutter
und Großmutter sagen wir allen
Verwandten, Freunden und Bekannten,
insbesondere dem Deutschen Trans-
portarbeiter-Verbande Berlin (sowie
dem Sozialdemokratischen Wahlverein
Friedrichsfelde und dem Gesangsverein
„Apographta“) herzlichsten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Emil Klaus.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher
Teilnahme während der Krankheit
und anlässlich des Ablebens meiner
lieben Frau sage ich allen Verwandten,
Bekanntem, den Genossinnen und
Genossen des Wahlvereins „Kieker-
Schützen“ und dem Gesangsverein
„Jugend“ meinen herzlichsten Dank.
1905 **Richard Schirge.**

Für die überaus rege Beteiligung und
die zahlreichen Kranzspenden bei der
Beerdigung meiner lieben Frau
Martha Greulich
insbesondere den Sängern der
„Apographta“, den Kollegen der
Jugend, den Mitgliedern des
Sozialdemokratischen Wahlvereins in
Kieker, den Hausgenossen und
Mitgliedern der „Jugend“ sowie allen
Freunden und Bekannten.
Emil Greulich.

Dankfagung.
Für die herliche Teilnahme und die
zahlreichen Kranzspenden bei der
Beerdigung meiner lieben Mutter
Emilie Ostwald
geb. **Täbbecke,**
sage ich allen Freunden und Bekannten,
dem Deutschen Buchbinder-Verband,
Johannis Berlin, sowie allen Kollegen
und Kolleginnen der Firma Karl
Fischer und Söhne meinen herzlichsten
Dank. 8701
Will Täbbecke.

Spezialarzt
f. Haut-, Horn-, Frauenleiden,
neuro. Schwäche, Weintränke jeder
Art, Ehrlich Data - Kuren in
u. Co. Lang-
Laborat. f.
Dr. Homeyer
Blut-
untersuchung, Fäden i. Harnröhre,
gegenüber
Friedrichstr. 81,
Sper. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Herren-Moden
fertig und nach Maß!
Julius Fabian
Schneidemeister
Gr. Frankfurter Str. 37, 1.
Turmstr. 18, 1, kein Laden
Kottbusser Strasse 14, nur
2. Etage.
Vorläufer dieser Annonce
erhält 5 Prozent
Rabatt!

Betriebs-Krankenkasse
der Stadtgemeinde Berlin.
Bekanntmachung.
Die mit den Bestimmungen der
Reichsversicherungsordnung in Ein-
klang gebrachte neue Satzung der
Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde
Berlin nebst der Wahlordnung ist vom
Königl. Oberverwaltungsamt Groß-
Berlin unterm 31. D. d. A. genehmigt
worden. Sie tritt am 1. Januar 1914
in Kraft. Die wesentlichen Änderun-
gen gegen die alten Satzungen
sind folgende:
Erhöhung des versicherungspflichti-
gen Jahresarbeitsverdienstes bei
Betriebsbeamten, Werkmeistern und
anderen Angestellten in ähnlich ge-
haltener Stellung, Handlungsgehilfen
(sowie Lehrlern und Erlernern auf
2500 M.
Festlegung des Grundlohnes
für die I. Lohnstufe auf 1 M.
II. „ „ „ 2 „
III. „ „ „ 3 „
IV. „ „ „ 4 „
V. „ „ „ 5 „
VI. „ „ „ 6 „

Für die Klassenmitglieder selbst Ge-
minderung von Krankentopf, Zusatz zu
größeren Heilmitteln bis 20 M.,
Bekämpfung durch Krankenschwester
und Schwestern, Erhöhung des Hausgeldes
nach einhalbjähriger ununterbrochener
Mitgliedschaft auf das volle Kranken-
geld, bei ununterbrochener Erhöhung
des Leistungsgeldes bei Krankenhausein-
lieferung auf ein Drittel des Krankengeldes,
Pflicht zur Genesung, Zahlung des
Wohngeldes auf acht Wochen, Be-
zahlung von Hebammenkosten, Ge-
minderung von Schwangeren- und
Stillgeld.
Für berechtigte Familienangehörige
der Mitglieder Gewährung eines Zu-
schusses zu Heilmitteln bis
6 M., eines Zuschusses bei Krank-
hauseinlieferung von 1 M. täglich, Sterbe-
geld für Ehefrauen und Kinder unter
15 Jahren.
Druckexemplare der Satzung nebst
dem vom Versicherungsamt der Stadt
Berlin genehmigten Krankenrechnung
werden durch die Verwaltungen,
Kantinen und Betriebe - welche die
nötige Anzahl von Satzungen von
der Betriebskrankenkasse abzu-
langen haben - zur Verfügung
unter die Mitglieder gelangen.
Freiwillige Mitglieder und Ver-
sicherungsberechtigte können sie in der
Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde
Berlin, Alexanderstr. 39/40, selbst ab-
langen.
(V.-Nr. 293 S. 8. 10.)
Berlin, den 27. November 1913.
Der Vorstand
der Betriebskrankenkasse der Stadt-
gemeinde Berlin.
299/15 J. U. Zimm.

B. Preussisch-Süddeutsche
(229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie
5. Klasse 20. Ziehungstag 1. Dezember 1913. Vormittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe
Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die volle
gleiche Nummer in den beiden Ziehungen I u. II.

Für die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr u. St.-A. f. S.) (Nachdruck verboten)

33 (500) 115 45 303 410 660 908 1071 215 335 59 692 43	73 621 33 668 523 2115 42 333 55 612 641 43 704 93 3075	321 35 43 66 114 778 126 62 71001 637 15009 895 15000 95	222 35 43 66 114 778 126 62 71001 637 15009 895 15000 95	110061 72 403 592 (3000) 642 53 98884 811 (1000) 111070	310 (500) 63 37 451 504 45 112021 185 235 (500) 374 410 (1000)	565 (500) 781 (1000) 895 98 981 113103 49 217 598 796 (500)	822 35 43 66 114 778 126 62 71001 637 15009 895 15000 95	110061 72 403 592 (3000) 642 53 98884 811 (1000) 111070	310 (500) 63 37 451 504 45 112021 185 235 (500) 374 410 (1000)	565 (500) 781 (1000) 895 98 981 113103 49 217 598 796 (500)	822 35 43 66 114 778 126 62 71001 637 15009 895 15000 95
--	---	--	--	---	--	---	--	---	--	---	--

B. Preussisch-Süddeutsche
(229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie
5. Klasse 20. Ziehungstag 1. Dezember 1913. Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe
Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die volle
gleiche Nummer in den beiden Ziehungen I u. II.

Für die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr u. St.-A. f. S.) (Nachdruck verboten)

110061 72 403 592 (3000) 642 53 98884 811 (1000) 111070	310 (500) 63 37 451 504 45 112021 185 235 (500) 374 410 (1000)	565 (500) 781 (1000) 895 98 981 113103 49 217 598 796 (500)	822 35 43 66 114 778 126 62 71001 637 15009 895 15000 95	110061 72 403 592 (3000) 642 53 98884 811 (1000) 111070	310 (500) 63 37 451 504 45 112021 185 235 (500) 374 410 (1000)	565 (500) 781 (1000) 895 98 981 113103 49 217 598 796 (500)	822 35 43 66 114 778 126 62 71001 637 15009 895 15000 95	110061 72 403 592 (3000) 642 53 98884 811 (1000) 111070	310 (500) 63 37 451 504 45 112021 185 235 (500) 374 410 (1000)	565 (500) 781 (1000) 895 98 981 113103 49 217 598 796 (500)	822 35 43 66 114 778 126 62 71001 637 15009 895 15000 95
---	--	---	--	---	--	---	--	---	--	---	--

B. Preussisch-Süddeutsche
(229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie
5. Klasse 20. Ziehungstag 1. Dezember 1913. Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe
Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die volle
gleiche Nummer in den beiden Ziehungen I u. II.

Für die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr u. St.-A. f. S.) (Nachdruck verboten)

110061 72 403 592 (3000) 642 53 98884 811 (1000) 111070	310 (500) 63 37 451 504 45 112021 185 235 (500) 374 410 (1000)	565 (500) 781 (1000) 895 98 981 113103 49 217 598 796 (500)	822 35 43 66 114 778 126 62 71001 637 15009 895 15000 95	110061 72 403 592 (3000) 642 53 98884 811 (1000) 111070	310 (500) 63 37 451 504 45 112021 185 235 (500) 374 410 (1000)	565 (500) 781 (1000) 895 98 981 113103 49 217 598 796 (500)	822 35 43 66 114 778 126 62 71001 637 15009 895 15000 95	110061 72 403 592 (3000) 642 53 98884 811 (1000) 111070	310 (500) 63 37 451 504 45 112021 185 235 (500) 374 410 (1000)	565 (500) 781 (1000) 895 98 981 113103 49 217 598 796 (500)	822 35 43 66 114 778 126 62 71001 637 15009 895 15000 95
---	--	---	--	---	--	---	--	---	--	---	--